

Mittelbayerische
Z E I T U N G

DOKUMENTATION



Wackersdorf
Kreis Schwandorf i. Bay.

Acht Jahre Streit um die WAA in der Oberpfalz

Nachdruck der Sonderbeilage
zur Ausgabe vom 25. Juli 1989 der
Mittelbayerischen Zeitung

DOKUMENTATION



Wackersdorf

Kreis Schwandorf i. Bay.

Acht Jahre Streit um die WAA in der Oberpfalz

D Das

W war

W Wackersdorf

Es war ein Lehrstück für alle, das uns Oberpfälzern in den letzten Jahren geboten wurde. Der Bogen läßt sich spannen von der allgemein gepflegten Fortschrittgläubigkeit, die wir aus den siebziger Jahren herübergerettet hatten, über den Glaubenskrieg mit all seinen rhetorischen und (leider auch) tatsächlichen Waffen bis hin zum Glaubensbekenntnis im Sinne von St. Florian, unter dessen güterer Mithilfe die Oberpfälzer im Grunde froh sind, daß nun alles vorbei ist! Der Mann, der all das quasi als „deus ex machina“ ausgelöst hat, heißt Rudolf von Bennigsen-Foerder. Was den VEBA-Chef tatsächlich bewog, auf die Offerte aus Frankreich einzugehen und damit das Projekt Wackersdorf aufzugeben, wird man kaum auf einen einzigen Nenner bringen können. Sicher ist nur, daß ein Unternehmer vom Schlage Bennigsen-Foerders nur allzu gut weiß, daß gerade sensible und von der Finanzierung wie der Realisierung her langfristig angelegte Sektoren auf Dauer nicht ohne Konsens der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen auskommen können. Dies gilt umso mehr, wenn sich der Streit regional begrenzt abspielt. Zerreißproben, wie sie die mittlere Oberpfalz und Kommunen à la Wackersdorf im Zeichen der drei Großbuchstaben WAA erlebt und erlitten haben, sind nur für eine gewisse Zeit verkraftbar. Verbeißt sich eine Region allzulange in kontroverse Auseinandersetzungen, denen allmählich selbst der leiseste Hauch an Kreativität abhanden kam, dann fällt jeder Versuch der Versöhnung umso schwerer.

Versöhnung aber ist notwendig. Dies ist nicht zuletzt auch der Grund, warum sich die MITTELBAYERISCHE ZEITUNG entschloß, diese Dokumentation vorzulegen. Wir waren als Beobachter und Kommentatoren, als Chronisten und manchmal auch als konkret Betroffene Zeugen einer Auseinandersetzung, wie sie eine Region nur selten erlebt. Für die Redaktion, aber auch für den gesamten Verlag „mitten im WAA-Land“, waren diese Jahre zweifellos eine Herausforderung. Denn das Geschehen um die WAA ging selbst hartgesottenen Zeitungsmachern unter die Haut. Aber auch mit den Lesern kam es zu bis dahin nicht gekannten Kontakten. Die Leserbriefseite – Jahre zuvor schon unter der Aufforderung „Sag Deine Meinung“ stärker geöffnet – spiegelt dies am besten wider. An Themen wird es auch in der „Nach-WAA-Zeit“ nicht mangeln. Es wird spannend sein zu beobachten, wie das durch die WAA enorm gestiegene politische Interesse der Menschen in der Oberpfalz öffentliche Entscheidungsprozesse beeinflussen wird.

Den Titel für diese Dokumentation lieferte die WAA-Bauherrin selbst. Aus der DWK-Zentrale Hannover wurde vor einigen Jahren eine eigene „Tochter“ für das Wackersdorfer Projekt ausgegliedert, dieses Firmenkürzel dient uns jetzt als Motto: DWW – DAS WAR WACKERSDORF.

Gerd Otto

Von Gorleben bis Wackersdorf

Chronik einer „nationalen“ WAA

Genaugenommen wurde der Grundstein für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf im September 1979 in Bonn gelegt. Damals einigte sich der Bundestag mit Zustimmung der Länder auf das sogenannte „integrierte Entsorgungskonzept“, das eine Wiederaufarbeitung abgebrannter Reaktorbrennelemente und die anschließende Endlagerung hochradioaktiver Abfälle unter Tage vorsah. Federführend für dieses Konzept war die damalige sozial-liberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Im niedersächsischen Gorleben sollte das bundesdeutsche „Nukleare Entsorgungszentrum“ (NEZ) entstehen. Vorgesehen war eine Wiederaufarbeitungsanlage mit einem Jahresdurchsatz von 1400 Tonnen, die radioaktiven Abfälle sollten in einem darunter liegenden Salzstock endgelagert werden. Nach einem Expertenhearing unter Leitung des Atomphysikers Carl-Friedrich von Weizsäcker erklärte Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) am 18. Mai 1979, die auf einer Fläche von 1200 Hektaren geplante WAA sei zwar „sicherheitstechnisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar“. Das Endlager von Gorleben sollte ursprünglich Mitte der 90er Jahre in Betrieb gehen. Heute (Stand: Juli 1989) gilt als frühestmöglicher Fertigstellungstermin dieses Lagers das Jahr 2003. Das Genehmigungsverfahren um die WAA Wackersdorf wuchs sich zu einem beispiellosen Dschungel aus, in dem sich nur noch absolute Experten zurechtfinden.

Chronik

3. Dezember 1980:

Ministerpräsident Franz Josef Strauß signalisiert sein grundsätzliches Einverständnis, die Standortmöglichkeiten für eine WAA im Freistaat zu prüfen. Knapp ein Jahr später taucht in der Vorschlagsliste der Staatsregierung erstmals der Standort Schwandorf auf.

18. Februar 1982:

Die DWK beantragt bei der Regierung der Oberpfalz das Raumordnungsverfahren für drei mögliche Standorte im Landkreis Schwandorf (Teublitz, Steinberg, Wackersdorf) – der erste Schritt im langwierigen Genehmigungsverfahren für die WAA. Die endgültige Entscheidung für Wackersdorf fällt erst drei Jahre später.

September 1982:

Die Regierung der Oberpfalz schließt das Raumordnungsverfahren nach nur sieben Monaten ab.

23. August 1983:

Die DWK reicht beim Umweltministerium den Antrag auf Erteilung der ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung (TEG) ein. Der Antrag zur Errichtung einer WAA bei Wackersdorf sowie der Sicherheitsbericht liegen von September bis November zur Einsicht im Landratsamt Schwandorf aus. Bis zum Schlußtag der Einwendungsfrist werden 53 017 Einwendungen gesammelt.

7. Februar 1984:

In Neunburg vorm Wald beginnt der Erörterungstermin zur ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung. Drei Tage später verlassen die WAA-Gegner unter Protest die Veranstaltung.

18. März 1984:

Bei den Kommunalwahlen wird SPD-Landrat Hans Schuierer mit 70 Prozent wiedergewählt, die CSU verliert ihre absolute Mehrheit im Kreistag. Schuierer, der in seinem Engagement gegen die geplante Anlage im Taxölderner Forst zur Symbolfigur des Widerstands wird, blockiert im September desselben Jahres die Auslegung des Bebauungsplans, muß aber auf Weisung des Innenministeriums 14 Tage später einlenken.

3. Oktober 1984:

Die SPD-Fraktion im Landtag schwenkt um und lehnt den Bau einer WAA ab.

25. Januar 1985:

Die Bundesregierung bekräftigt den Bundesländer-Beschluß des Jahres 1979 und spricht sich für die vorrangige Errichtung einer WAA aus. Zwischen Bayern und Niedersachsen entbrennt ein heftiges Tauziehen um den Standortzuschlag.

4. Februar 1985:

Die Mehrheit der Gesellschafter der DWK entscheidet sich für den WAA-Standort Wackersdorf.

April 1985:

Die Regierung der Oberpfalz genehmigt für das gemeindefreie Gebiet Taxölderner Forst den Bebauungsplan.

9. Juli 1985:

Der Landtag beschließt das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes, in dem das „Selbsteintrittsrecht“ der Regierung verankert wird. Es wird im Oktober desselben Jahres erstmals angewandt, als sich der stellvertretende Landrat Dietmar Zierer weigert, die Baugenehmigung für die WAA zu erteilen.

Mittelbayerische

ZEITUNG

Dokumentation Wackersdorf

⌘ Sonderbeilage der Mittelbayerischen Zeitung

Idee und Konzept: Helmut Mederle.

Redaktion: Gerd Otto. Die Beiträge schrieben die MZ-Redaktionsmitglieder P. Brielmaier, K. Hofner, A. Kalischek, H. Kalischek, H. Mederle, G. Otto, B. Rieger, K.-H. Weigel.

Fotos: Amberger Bürgerinitiative und Bund Naturschutz, Delta Filmverleih, dpa, DWW, Knott, U. Moosburger, D. Nübler, Fotogruppe „Strahlenfreie Oberpfalz“, Ludwig Faust, Heinz Klein, MZ-Archiv.

Gestaltung: Karl-Horst Wendisch.

Herstellung: Rotations-Offsetdruck der Mittelbayerischen Zeitung
8400 Regensburg, Kumpfmühler Straße 11.



Der verbotene Marsch zum Zaun vom 10. Oktober 1987: WAA-Demonstranten und Polizei geraten aneinander.

24. September 1985:

Das bayerische Umweltministerium erteilt die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung. Sie umfaßt die Umzäunung des Baugeländes, die Errichtung des Brennelemente-Eingangslagers und die Baugrube für das Hauptprozeßgebäude. Der Bürgerinitiative gegen die WAA, die im Oktober 1981 gegründet worden ist, wird im Dezember die Gemeinnützigkeit aberkannt.

11. Dezember 1985:

Baubeginn am WAA-Gelände.

Januar 1986:

Der Untersuchungsausschuß WAA nimmt seine Arbeit auf, nachdem 16 nach Ansicht der CSU „unzulässige“ Fragen der Opposition fallengelassen worden sind.

22. Mai 1986:

Die Bezirksregierung leitet gegen Landrat Hans Schuierer das Disziplinarverfahren ein, das erst am 17. April 1989 eingestellt wird.

1. Juli 1986:

Die Regierung der Oberpfalz genehmigt zusätzliche Rodungen sowie die Abtragung eines acht Meter hohen Hügels außerhalb des Bauzauns.

12. Oktober 1986:

Bei der Landtagswahl in Bayern verliert die CSU im Stimmkreis Schwandorf ihr Direktmandat an die SPD.

1. Januar 1987:

Das Gebiet „Taxölderner Forst“ wird aufgeteilt auf die Stadt Neunburg vorm Wald,

die Gemeinden Bodenwöhr und Wackersdorf. Künftige Entscheidungen über den Bebauungsplan gehen damit an die Gemeinde Wackersdorf über.

27. Februar 1987:

Die DWK zieht den Genehmigungsantrag für die Baugrube des Hauptprozeßgebäudes zurück. Die Genehmigung für die (erweiterte) Baugrube soll in die 2. TEG integriert werden. Gerüchte verstärken sich, wonach in Wackersdorf ein Zwischen- bzw. Endlager für radioaktive Abfälle entstehen soll.

4. März 1987:

Die Regierung der Oberpfalz erklärt die Baugenehmigung für das Brennelemente-Eingangslager für sofort vollziehbar. Damit ist die aufschiebende Wirkung der Klage zweier Altenschwander Bürger vom Juni 1986 hinfällig. Kläger gehen beim Verwaltungsgerichtshof in München und mit sogenannten Widersprüchen bei der Oberpfälzer Regierung gegen die Genehmigung vor und fordern zum wiederholten Male einen Baustopp.

2. April 1987:

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hebt die erste Teilerrichtungsgenehmigung auf, eine rein formale Angelegenheit. Für Anlagenzaun, Wache und Brennelemente-Eingangslager ist nämlich nach Ansicht der Richter eine atomrechtliche Genehmigung unnötig. Dennoch ist mit dieser Entscheidung erstmals das „vorläufige positive Gesamturteil“ über die Anlage hinfällig. Der Bau geht aufgrund gültiger Einzel-Baugenehmigungen weiter.

Mai 1987:

Der 22. Senat lehnt einen Baustopp für das Brennelemente-Eingangslager ab, Revision ist nicht zugelassen. Im Oktober verfügt das Bundesverwaltungsgericht in Berlin die Aufhebung des Revisionsverbots. Damit ist die Frage erneut offen, ob das Eingangslager aufgrund des Baurechts erstellt werden darf oder ob eine atomrechtliche Genehmigung notwendig ist.

August 1987:

Die Gemeinde Wackersdorf beschließt ein Änderungsverfahren zum Bebauungsplan „Westlicher Taxölderner Forst“.

November 1987:

Die DWK legt Revision gegen die Aufhebung der 1. TEG ein.

26. Januar 1988:

Die DWK stellt den Antrag auf Erteilung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung.

29. Januar 1988:

Nach viertägigem Verhandlungs-„Marathon“ hebt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof den Bebauungsplan des Landratsamts Schwandorf auf, weil nuklearspezifische Risiken bei der Aufstellung des Plans nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Diese Entscheidung hat nicht automatisch einen Baustopp zur Folge, da einzelne sofort vollziehbare Baugenehmigungen vorliegen. Die Regierung der Oberpfalz akzeptiert das Urteil, macht aber deutlich, daß das Restrisiko bisher Bestandteil des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens gewesen sei. Die Berücksichtigung im Bebauungsplan stelle eine „Novität“ dar.

Chronik

Februar 1988:

Der geänderte Bebauungsplan macht eine Neuauflage des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens notwendig.

Juli 1988:

Der Erörterungstermin zur 2. TEG in Neunburg vorm Wald wird nach 23 Verhandlungstagen überraschend beendet. Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entscheidet über die 1. TEG: Die WAA darf weitergebaut werden, aber Brennelemente-Eingangslager, Zaun und Wache müssen atomrechtlich genehmigt sein. Damit wird das Urteil des VGH vom April 1987 aufgehoben. Der Rechtsstreit wird zur erneuten Verhandlung nach München zurückverwiesen.

August 1988:

Das Landratsamt Schwandorf lehnt die Baugenehmigung für das Hauptprozeßgebäude ab; dem Einspruch der DWK wird stattgegeben, die Regierung der Oberpfalz hebt im November den Bescheid wieder auf. Mit dem Bau kann jedoch schon wegen der fehlenden atomrechtlichen Genehmigung (2. TEG) nicht begonnen werden.

11. April 1989:

Der Düsseldorfer Energiekonzern VEBA als wichtiger Anteilseigner der DWK plant eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung mit der französischen Nukleargesellschaft COGEMA. Die Zukunft der WAA Wackersdorf scheint wieder offen.

20. April 1989:

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) verkündet bei den 53. Deutsch-französischen Gipfelgesprächen in Paris seinen „WAA-Doppelbeschluss“. Demnach sei ein „Zwei-Säulen-Konzept“ mit einem WAA-„Standort“ in Frankreich und in der Bundesrepublik vorgesehen. Eine solche Lösung gilt bei Experten von vornherein als völlig ausgeschlossen.

12. Mai 1989:

DWK-Vorstandsmitglied Walter Weinländer sieht nur noch „geringe Erfolgsaussichten im Kampf um die WAA“. Den Vorschlag des bayerischen Wirtschaftsministers August R. Lang (CSU), wonach das 50 Millionen teure Brennelemente-Eingangslager auf dem WAA-Gelände gesprengt werden sollte, bezeichnet Weinländer als „volkswirtschaftlichen Unsinn“.

31. Mai 1989:

Die DWK vollzieht selbst den Baustopp der WAA und läßt um 16 Uhr das große Eisentor am Haupteingang symbolisch schließen. WAA-Gegner feiern am „Roten Kreuz“ skeptisch ihren Sieg: Das Mißtrauen ist so groß, daß noch immer eine nukleare Nutzung des WAA-Geländes für möglich gehalten wird.

6. Juni 1989:

In Bonn unterzeichnen Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) und der französische Industrieminister Roger Faroux einen Vertrag über die gemeinsame deutsch-französische Wiederaufarbeitung in La Hague/Normandie. Damit ist der Versuch, in der Bundesrepublik Deutschland eine nationale Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente zu errichten, endgültig gescheitert.

Halbwertszeit der Information

Die WAA-Geschichte: „Undenkbar“ bis zur „Doppel-Säule“

Bei aller Gegensätzlichkeit waren sich die ernsthaften Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage von Wackersdorf in einem wesentlichen Punkt mit den WAA-Befürwortern einig: Wer in dieser Auseinandersetzung mitreden wollte, war auf Informationen angewiesen. Solche Auskünfte, amtliche noch dazu, sollten eigentlich „belastbar“ sein, aber ein Blick in die Archive beweist das Gegenteil. Somit läßt sich die Geschichte dieser fast neun Jahre dauernden Auseinandersetzungen auch als eine Chronik des Durcheinanders, als Geschichte von Dementis und Gegenmentis schreiben.

Am Anfang, im Dezember 1980, stand das Wort des bayerischen Umweltministers Al-

fred Dick (CSU), wonach eine WAA bei Wackersdorf „undenkbar“ sei. Dabei hatte Ministerpräsident Franz Josef Strauß schon bei einer Regierungserklärung am 3. Dezember 1980 verkündet, daß die bayerische Staatsregierung bereit sei, „zu prüfen, ob ein geeigneter Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Bayern vorhanden ist“. Im Oktober 1981 war das „Undenkbare“ dann schon nähergerückt: Minister Dick ließ verkünden, daß eine WAA „bei Schwandorf“ nun immerhin „möglich“ sei.

Die Vorentscheidung fiel dann – jedenfalls nach außen hin – im Frühjahr 1982, als die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) bei der



Zwei Hüttendörfer entstanden vor der Rodung des WAA-Geländes. Das erste wurde im Dezember 1985, das zweite im Januar 1986 von der Polizei geräumt.



Innerhalb von wenigen Jahren entstanden ganze Berge von Archivmaterial. Allein die drei Bände mit den WAA-Schlagzeilen enthalten rund 2500 Zeitungsartikel.

Regierung der Oberpfalz ein Raumordnungsverfahren für den Bau der WAA beantragte. Als Standorte standen Teublitz, Steinberg und Wackersdorf zur Auswahl, wobei aber nur der Gemeinderat von Wackersdorf das „Ding“ haben wollte. Im September 1982 wurde das Raumordnungsverfahren abgeschlossen. Der Oberpfälzer Regierungspräsident Karl Krampol gab sein Einverständnis für den Bau einer WAA unter drei Bedingungen: Die Frage eines Endlagers müsse geklärt, ein Stilllegungskonzept für die WAA entwickelt und absolute Sicherheit für die Grundwasservorkommen in der Bodenwöhler Senke garantiert sein. Krampol wurde vor allem an sein „Wasserversprechen“ mit einer Hartnäckigkeit ohnegleichen erinnert: Von Oktober 1987 an kamen WAA-Gegner jeden zweiten Mittwoch zur Regierung der Oberpfalz am Emmeramsplatz in Regensburg und verlangten die Rücknahme der Baugenehmigungen, weil nach Ansicht der Oberpfälzer dem Grundwasser der Bodenwöhler Senke eben doch die atomare Ver-
seuchung drohte.

Jahrelange Treue

Bei der letzten „Krampol-Aktion“ am 20. Juni 1989 dankte der Regierungspräsident „für die jahrelange Treue und für die guten Wünsche“, die ihm von den Bürgerinitiativen während einer Krankheit ausgesprochen worden seien. Die Tatsache, daß man derartige Selbstverständlichkeiten zwischenmenschlichen Umgangs in einer Chronik von Wackersdorf festhalten muß, ist bezeichnend genug: Denn in den jahrelangen Schlachten rund um Wackersdorf hatte es Tote und Verletzte gegeben, gehörten Freundlichkeiten wie „Chaoten, Trittbrettfahrer, Terroristen, Ratten, Atommafia, Mörder“ bald zum alltäglichen Sprachgebrauch.

Am 4. Februar 1985 wurde dann offiziell bekanntgegeben, was ohnehin jeder wußte. Die DWK beschloß, im Taxölderner Forst bei Wackersdorf einen zweiten Wiederaufarbeitungs-Anlauf zu machen, nachdem sie sechs Jahre zuvor schmerzhaft auf die Nase gefallen war. Auch dieses erste Kapitel der unendlichen bundesdeutschen WAA-Geschichte strotzte von Dementis. Am 16. Mai 1979 hatte Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) erklärt, daß eine WAA mit einem Jahresdurchsatz von 1400 Tonnen abgebrannter Brennelemente auf einer Fläche von rund 1200 Hektaren in Gorleben, dem geplanten „Nuklearen Entsorgungszentrum“ für die bundesdeutschen Atommeiler, zwar „sicherheitstechnisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar“ sei. Den Bürgern von Dragahn in der Nähe von Gorleben, die sich von diesem Zeitpunkt an sorgten, sie könnten mit einer kleineren Ausgabe dieser Monster-WAA beglückt werden, versprach Albrecht, daß keine derartigen Pläne existierten. Auch diese „Information“ war von minimaler Halbwertszeit, denn als die DWK später mit dem Konzept für eine 350-Tonnen-WAA hausieren ging, bot Albrecht flugs einen Standort bei Dragahn an. Zu diesem Zeitpunkt war aber Franz Josef Strauß längst Herr des Geschehens.

„Industriegewohnte Bevölkerung“

Am 16. Januar 1985, also wenige Tage vor der endgültigen Standortentscheidung für Wackersdorf, schrieb der bayerische Ministerpräsident einen Brief an die DWK, dessen Inhalt jeden Boß einer Werbeagentur vor Neid erblassen lassen müßte. Strauß bot den DWK-Gewaltigen alles an, was sie sich nur wünschten: Die Option, die 350-Anlage auf 700 Tonnen Jahresdurchsatz zu erweitern (was bis heute formell noch gültig ist) ebenso,

wie einen Standort zur Verpressung radioaktiven Tritiumwassers „in hinreichender Nähe“. Weiter pries Strauß die „industriegewohnte Bevölkerung“ von Wackersdorf, deren Mentalität keine Akzeptanzprobleme befürchten lasse. Der CSU-Chef führte die Erstellung eines Bebauungsplans (den die DWK anfangs gar nicht wollte und später so froh darum war) als Beispiel für die Planungssicherheit in Bayern an und erwähnte auch das „Selbsteintrittsrecht“ des Staates, mit dem dem unbeherrschbaren Schwandorfer Landrat und WAA-Gegner Hans Schuierer (SPD) die Flausen ausgetrieben werden sollten. Klare Informationen also, auf die man sich später berufen, an die man Strauß erinnern konnte? – Weit gefehlt: Als sich herausstellte, daß den Widerständlern in der Oberpfalz einfach nicht beizukommen war, versteckte sich die bayerische Staatsregierung hinter der Bundesregierung und verwies darauf, daß es in der CSU überhaupt noch nie einen Atomfetischisten gegeben habe und die WAA nur deshalb in Bayern gebaut werde, weil sich der Freistaat der hilflosen Bonner Entsorgungskünstler erbarme. Der Nachfolger von Franz Josef Strauß übernahm diese neue Diktion sofort.

Kein bayerisches Steckenpferd?

In einer Rede vor dem bayerischen Landtag betonte Max Streibl Anfang Juni 1989, daß die WAA noch nie „ein bayerisches Steckenpferd“ gewesen sei, auch „nicht unter meinem Vorgänger.“ Das klang bei Streibl durchaus glaubhaft, denn er hatte noch nie an vorderster Front für die WAA gekämpft. Das Archiv aber gibt genau die gegenteilige Information preis.

Fortsetzung von Seite 5

„Bayern an der WAA interessiert“

Am 20. März 1985 gab es im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages Streit, weil die Staatsregierung der DWK drei Millionen Mark beim Verkauf des 138 Hektar großen WAA-Areals im Taxölderner Forst nachgeschmissen hatte. Obwohl die Staatsregierung den Wert des Grundstücks auf fünf Millionen Mark ansetzte und dazu zwei Millionen für den Baumbestand addierte, wurde den Vertretern der milliardenschweren Stromversorgungsunternehmen eine Rechnung von nur vier Millionen Mark präsentiert. Die Deutsche Presseagentur berichtete damals, daß die SPD diese Subventionierung auf Kosten der Steuerzahler gerügt habe. Von der CSU, so dpa weiter, sei der Rabatt damit gerechtfertigt worden, daß „Bayern an der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf interessiert“ sei.

Exklusive Falschmeldung

Somit war also alles für den Rodungsbeginn im Taxölderner Forst gerichtet. Ehe es aber am 11. Dezember 1985 soweit war, wurde die MZ-Redaktion mit einer eiligen Information beglückt. Wolfgang Daniels, der spätere Bundestagsabgeordnete der Grünen aus Regensburg, teilte „exclusiv“ mit, daß die Rodungsarbeiten ausschließlich an österreichische Firmen vergeben worden seien. Die aus einer entsprechenden Veröffentlichung resultierende Empörung war vergeudet Energie, denn die Daniels-„Information“ war schlicht und einfach falsch.

Der Rodungsbeginn war gleichzeitig der Startschuß für eine völlig neue Erfahrung in der Oberpfalz: Massive Polizeitruppen bewachten das Rodungsgelände, rund 150 WAA-Gegner wurden festgenommen. Bis zum Ende der WAA-Auseinandersetzungen wurden über 4000 Kernkraftgegner festgenommen, mehr als 2000 wurden verurteilt. Am 16. Dezember 1985 räumten 3700 Polizisten und Bundesgrenzschützer das erste Hüttendorf und nahmen mehrere hundert WAA-Gegner zur „erkennungsdienstlichen Behandlung“ mit. Auch dieses Hüttendorf hatte sein Dementi schon hinter sich.

Dementiertes Hüttendorf abgerissen

Am 20. Mai 1983 bauten WAA-Gegner ei-

Bayern



August R. Lang, Dionys Jobst und Franz Josef Strauß (v. l.).

nen zwölf Meter hohen Turm im Baugelände, den das Schwandorfer Landratsamt entfernen lassen wollte. Obwohl das Verwaltungsgericht Regensburg dies nicht zuließ, riß die Polizei in der Nacht den Turm ab und erklärte zur Begründung, daß es sich dabei „offensichtlich um eine Kommandozentrale für gewalttätige Aktionen und den Kernpunkt eines späteren Hüttendorfes handelt“ habe. Bei einer Demonstration, die wenige Tage danach im Taxölderner Forst stattfand, gab es scharfen Protest gegen das Vorgehen der Polizei. Die Demonstranten versicherten treuherzig, „niemals die Errichtung eines Hüttendorfes anvisiert“ zu haben. Ein halbes Jahr später wurde das erste Hüttendorf geräumt, am 7. Januar 1986 das zweite ...

2000 Seiten abgeschrieben

Am 3. Juli 1985 wurden im Landratsamt Schwandorf die Stellungnahmen der „offiziellen“ Gutachter für die WAA-Pläne zur Einsichtnahme ausgelegt. Die 2000 Seiten

starken Unterlagen durften nicht kopiert werden, WAA-Gegner mußten diese unentbehrlichen Informationen in zweiwöchiger Arbeit abschreiben. Im Grundgesetz steht: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“ (Artikel 5).

Am 12. Februar 1986 griff zum ersten Mal der Bayerische Verwaltungsgerichtshof massiv in das Geschehen ein und lehnte eine Klage von vier Grundstückseigentümern ab, die sich Sorgen um das Grundwasser in der Bodenwöhrer Senke machten. Das juristische Genehmigungsverfahren um die WAA, dem in dieser Dokumentation ein eigenes Kapitel gewidmet ist, sieht derzeit (Stand: Ende Juni 1989) folgendermaßen aus: Es ist noch immer nicht entschieden, ob der Bau des Brennelemente-Eingangslagers eine atomrechtliche Genehmigung braucht oder einfach mit einer normalen Baugenehmigung erstellt werden darf. Es ist noch immer nicht entschieden, ob der WAA-Bebauungsplan gültig ist. Entschieden ist dagegen, daß im Taxölderner Forst keine Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden wird, weil die DWK plötzlich nichts mehr davon wissen will. Auf dem WAA-Gelände stehen aber ein Brennelemente-Eingangslager und ein Modulteststand, deren Baugenehmigungen sich auf einen Bebauungsplan gründen, der möglicherweise ungültig ist. Verwaltungsakte sollen transparent sein und Gerichte haben für „Rechtssicherheit“ zu sorgen ...

Anfang Mai 1986 erfolgte der nächste Schritt zur Konkretisierung der Baupläne. Am 7. Mai wurde bekannt, daß eine Woche vorher in Hannover ein Generalunternehmervertrag für die WAA unterzeichnet wurde. Das sogenannte „Errichtungskonsortium“ stand unter der Leitung des Siemens-Unternehmensbereiches Kraftwerk-Union (KWU) und umfaßte dazu noch folgende Firmen: Kraftanlagen AG Heidelberg, Uhe, Lurgi, Dyckerhoff und Widmann, sowie Heitkamp. Das Auftragsvolumen wurde auf 5,5 Milliarden Mark festgelegt. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatten die WAA-Gegner ausgerechnet, daß die WAA bis zur Fertigstellung zwischen zehn und 15 Milliarden Mark kosten werde. Ende 1988 wurden diese Prognosen von der DWK bestätigt.

Völliges Finanz-Chaos

Wie alles, was mit der WAA zusammenhing, war aber auch dies nicht einfach eine klare Information, sondern artete vorübergehend in völliges Chaos aus: Anfang November hatte „Der Spiegel“ gemeldet, daß die DWK selbst die Kosten für die Wiederaufarbeitungsanlage inzwischen auf 9,4 Milliarden Mark veranschlagte. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ wurde diese Zahl zunächst von der DWK ebenso bestätigt wie gegenüber der MZ. Gleich am selben Tag aber, am 2. November 1988 ging in unserer Redaktion das Dementi aus der DWK-Zentrale in Hannover ein: Bei den 9,4 Milliarden Mark handle es sich „um eine fiktive Zahl“, die durch eine „Indiskretion nach draußen gelangt“ sei. Nach einem mehrere Tage dauernden Hin-und-Her verkündete schließlich die DWK, daß die WAA-Rechnung nun auf 7,7 Milliarden Mark festgesetzt worden sei. In dieser Zahl waren aber die Kosten für eine große Brennelement-Fabrik, die rund zwei Milliarden Mark kosten würde, gar nicht enthalten. Diese Brennelement-Fabrik stand wenige Wochen später im Mittelpunkt eines neuen Informations-Durcheinanders.

Weil in einer WAA aus abgebrannten Reaktor-Brennelementen Uran und Plutonium wiedergewonnen wird, hat ein solches Projekt nur dann einen Sinn, wenn dieses Material wieder in neue sogenannte Mischoxid-



Carl-Friedrich von Weizsäcker (ganz links) beim zweiten Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald.



Vielältiger „Widerstand“: Ein Oberpfälzer Bauer hilft mit seinem Wallach „Max“ beim Bau des zweiten Hüttendorfes.

(MOX)-Brennelemente gefüllt wird. Zwar war eine solche Brennelement-Fabrik von Anfang an in Wackersdorf vorgesehen, aber Ende 1988 stellte sich heraus, daß niemand über Umfang und Konzeption dieses zentralen Gebäudes auch nur annähernd verlässliche Angaben machen konnte. Die DWK erklärte damals, eine große BE-Fabrik sei lediglich „optional“ in den Plänen enthalten. Im übrigen fühlte sich die DWK dafür nicht zuständig, weil man nur Wiederaufarbeitung, aber keine Brennstoff-Herstellung betreibe, was wiederum Sache des Siemens-Unternehmensbereiches KWU sei. Von dort wurde entgegnet, daß diese „Information“ nicht zutrefte, weil die DWK als Bauherrin selbstverständlich für das gesamte Objekt verantwortlich zeichne. Das bayerische Umweltministerium lobte wiederum die DWK, die „von Anfang an ausreichende Informationen“ auch über die BE-Fabrik vorgelegt habe. Das wiederum überraschte den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof: Der 22. Senat erklärte am 4. Januar 1989, Pläne für eine Brennelement-Fabrik seien vor Gericht „nie zur Sprache gekommen“ und würden einen „völlig neuen Sachstand“ schaffen. Den Vogel schoß dann ein Sprecher der DWK-Zentrale in Hannover ab: Gegenüber unserer Zeitung sagte er damals, er könne die ganze Aufregung überhaupt nicht verstehen. Im übrigen habe er die Pläne für die Brennelement-Fabrik bereits zur Tochtergesellschaft DW nach Wackersdorf geschickt...

Produktive Verwirrung

Dennoch war dieses Chaos letztendlich außerordentlich informativ. So wurde beispielsweise vom bayerischen Umweltministerium im Zusammenhang mit der allgemeinen

Brennelement-Verwirrung mitgeteilt, daß auf dem WAA-Gelände eine Umgangsgenehmigung für die Plutoniumverarbeitung bis zu 5,7 Tonnen jährlich vorgesehen sei. Sollte diese Menge in Wackersdorf weiterverarbeitet werden, so war eine Zufuhr von bis zu einer Tonne Plutonium „von extern“ geplant, falls die WAA selbst keine solchen Mengen produzieren könne. Allein der Sicherheitsaufwand für solche Transporte ist kaum mehr vorstellbar, wenn man bedenkt, daß ein Millionstel Gramm Plutonium bei Einatmung schon Lungenkrebs auslösen kann. Weiter teilte die DWK mit, daß nun plötzlich eine Option für den Ausbau zu einer 1000-Tonnen-WAA bestehe. Schon in der Kurzfassung für die zweite Teilerrichtungsgenehmigung, die mit dem Hauptprozeßgebäude den Kern der WAA umfaßte, war zwischenzeitlich von einer WAA mit einem Jahresdurchsatz „bis zu 500 Tonnen“ im ersten Ausbauschritt die Rede, nachdem ursprünglich nur ein Jahresdurchsatz von 350 Tonnen zur Debatte gestanden war. All diese Fragen und die sich daraus ergebenden sicherheitstechnischen Probleme sollten beim zweiten WAA-Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald im Sommer 1988 ausführlich diskutiert werden. Diese Veranstaltung, die vor allem dem Recht der Öffentlichkeit auf Teilhabe am Genehmigungsverfahren dienen soll, löste schließlich eine Welle der Empörung nicht nur unter eingefleischten WAA-Gegnern aus.

Der Knall von Neunburg v. W.

Am 12. August 1988 brachen der Freistaat Bayern und die DWK den Erörterungstermin Knall auf Fall ab, obwohl nach Auffassung der Einwander erst einer von 60 Punkten abgehandelt worden war. Das Münchner Um-

weltministerium erklärte dagegen, in den 23 Verhandlungstagen seien „alle relevanten Einwendungen“ diskutiert worden. Nach Ansicht der WAA-Gegner hätte es Erörterungsstoff für ein ganzes Jahr gegeben, weil noch „ein ganzer Katalog von Fragen offen“ sei, in dem die Grünen im bayerischen Landtag 21

Fortsetzung auf Seite 8



Wolfgang Daniels, Hubert Weinzierl und Irene Maria Sturm (v. l.).

Fortsetzung von Seite 7

Themen aufgelistet hatten. Die Antworten von Umweltministerium und DWK kritisierten die Grünen als das „Märchen von des Kaisers neuen Kleidern“, da die Bauherrin „eigentlich nackt“ dastünde. Insgesamt gab es 881 000 Einwendungen zum zweiten Erörterungstermin. Aber auch diese Information muß „hinterfragt“ werden, weil Einwendungen massenhaft durch Blankoformulare in Zeitungsinseraten eingesammelt wurden, in denen keine inhaltliche Stellungnahme zu finden war. Die Angst vor einem „heißen Herbst in Wackersdorf“ als Folge der in Neunburg gezeigten „Arroganz der Macht“ (SPD) von Staatsregierung und DWK war Gott sei Dank unbegründet. Die Herbstaktionen im Oktober 1988 führten zu fast sensationellen Schlagzeilen wie „Erstmals seit zweieinhalb Jahren: Landratsamt erlaubt Zug zum WAA-Gelände“ und „Zehntausende demonstrierten friedlich“.

Der Tod von Franz-Josef Strauß

Am 3. Oktober 1988 verlor die Bundesrepublik einen ihrer markantesten Politiker: Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß starb in der Regensburger Klinik der Barmherzigen Brüder, nachdem er bei einer Jagdgesellschaft des Fürsten Johannes von Thurn und Taxis einen Herzanfall erlitten hatte. In einem der letzten Interviews seines fast 73 Jahre währenden Lebens hatte Strauß gegenüber dem „Deutschland-Magazin“ die Bundesregierung gewarnt, daß die Bayerische Staatsregierung notfalls das Genehmigungsverfahren für die WAA abbrechen werde, falls aus Bonn keine eindeutigen Signale für die Unterstützung dieses Projektes kämen. Richtig einordnen konnte man diese Nachricht erst, als man im Frühjahr 1989 von zwei absolut seriösen „Informanten“ erfuhr, daß das „Aus für Wackersdorf“ nicht im April 1989 mit Bekanntwerden der VEBA-Pläne eingeleitet wurde, sondern in Wirklichkeit schon „im Herbst 1988 bei einer Jagdgesellschaft in Regensburg ausgehandelt werden sollte“.

Verhau in geballter Form

Am Dienstag, dem 11. April 1989, wurde das Aus für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf in Form einer Presseerklärung aus Bonn in der Öffentlichkeit bekannt. Was danach folgte, spiegelte noch einmal in geballter Form den ganzen Verhau wider, den dieses Projekt über mehr als zehn Jahre lang in der Bundesrepublik angerichtet hatte.

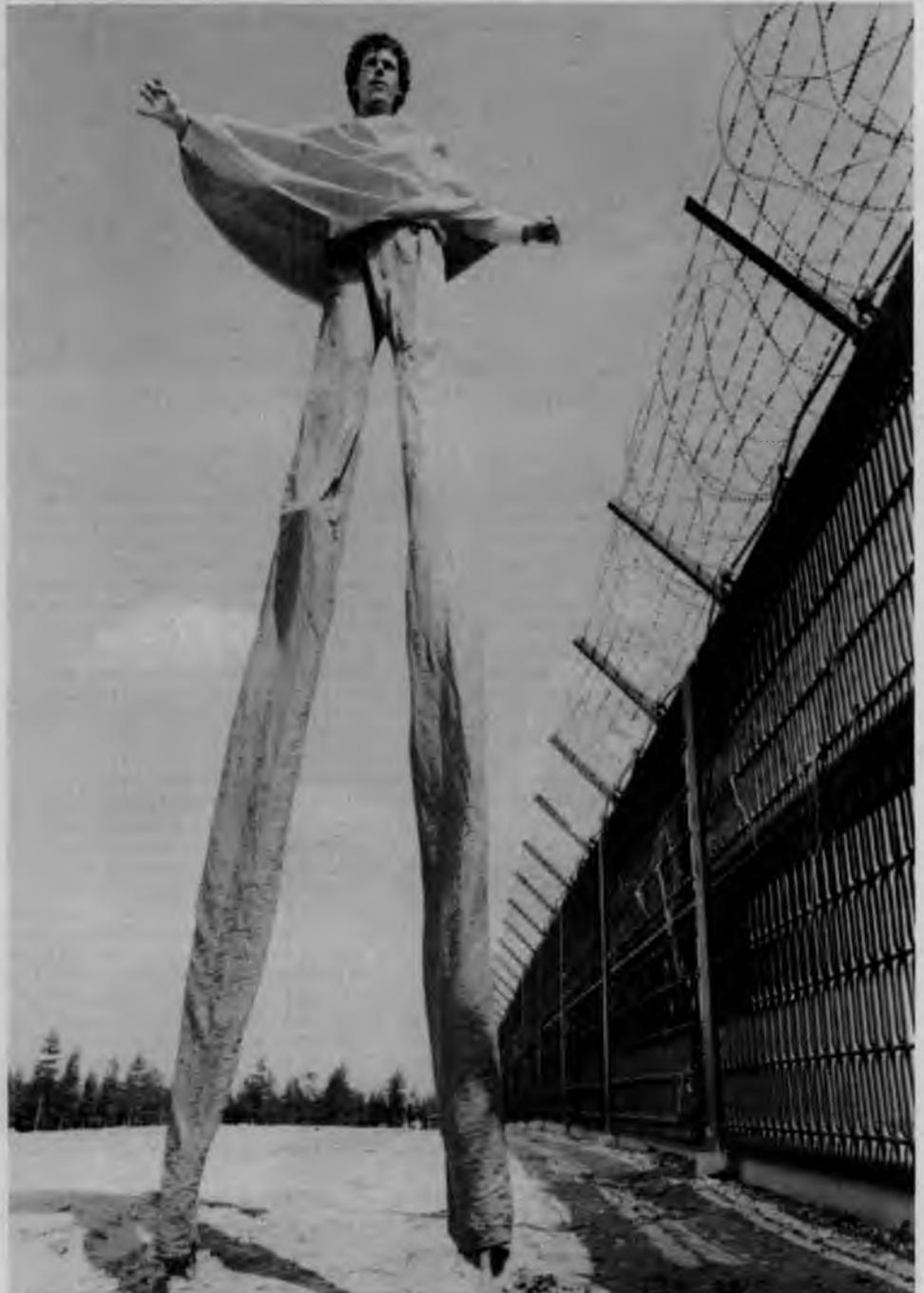
Die erste Nachricht über das Ende der WAA traf am 11. April kurz nach 17 Uhr in unserer Nachrichtenredaktion ein. Eine Meldung der Nachrichtenagentur Associated Press (ap) berichtete über die geplante verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Düsseldorfer Energiekonzern VEBA und dem französischen Nuklearunternehmen COGEMA. Der „Knüller“ in diesem Text war

zwischen vagen Andeutungen über eine „unverbindliche Absichtserklärung“ versteckt. Erst Stunden später, beim genauen Durchlesen dieser ap-Meldung, stolperten wir über einen Satz des damaligen Regierungssprechers Friedhelm Ost. Ost hatte – ohne daß ihn jemand darauf angesprochen hätte – gleich das Dementi in eine Presseerklärung geschrieben, durch die Kontakte zwischen VEBA und COGEMA werde „das geltende nationale Entsorgungskonzept weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht berührt“. Damit war, wenn auch kaum erkennbar, ausgesprochen worden, daß die „zentrale Entsorgungseinrichtung“ Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf praktisch erledigt war. Von nun wurden Zeitungsleser, Radiohörer und Fernsehzuschauer mehrmals täglich von einem Wechselbad in das andere geworfen.

Abschied im Zick-Zack-Kurs

Obwohl die MZ-Schlagzeile schon in der Donnerstagsausgabe vom 13. April 1989 hieß:

„Der WAA in Wackersdorf steht das Ende bevor“, dauerte es noch mehr als eineinhalb Monate, ehe dieser Schritt nach einem beispiellosen Zick-Zack-Kurs höchst offiziell vollzogen war: Am 6. Juni 1989 unterschrieben der französische Industrieminister Roger Faroux und der deutsche Bundesumweltminister Klaus Töpfer in Bonn eine gemeinsame Erklärung, wonach Brennelemente aus bundesdeutschen Reaktoren künftig in einer Kapazität von 500 Tonnen jährlich in der französischen WAA von La Hague wiederaufgearbeitet werden sollten. Damit war die Akte Wackersdorf endgültig geschlossen. Am Mittwoch, dem 31. Mai hatte die DWK nochmals demonstriert, daß sie bis zuletzt Herrin des Verfahrens war: Sie ließ symbolisch das Haupttor am WAA-Bauzaun schließen und vollzog damit den faktischen Baustopp. Keines der Gerichte, bei denen die WAA-Gegner so ausdauernd gekämpft hatten, kein Ministerium hatte also diesen Schritt angeordnet, nein: Die DWK hatte im Februar 1985 den WAA-Standort Wackers-



Das WAA-Gelände wurde zum „Paradeplatz“ der Demonstranten.



Umweltminister Alfred Dick und sein WAA-Experte Josef Vogl.

dorf bekanntgegeben, die DWK selbst zog auch den Schlußstrich. Zuvor hatten die Manager dieser Firma mit immer gleichlautenden Stereotypen alle Argumente gegen die WAA abgeblockt: Das Ende der Kernenergie sei das Ende der Industrienation Bundesrepublik Deutschland. Weil der Bau einer WAA der Entsorgungsnachweis für die Reaktoren war, müsse eben die WAA in Wackersdorf gebaut werden, basta. Kaum aber boten die Franzosen ein geeignetes Schlupfloch an, war plötzlich keine nationale WAA mehr nötig. Wie lautet doch das klassische Motto für öffentliche Abgebrühtheit: „Was kümmert mich heute mein Geschwätz von gestern?“

Desinformation in Vollendung

Zwischen Mitte April und dem offiziellen „Begräbnis“ der WAA Wackersdorf wurden noch einmal alle Register der (Des-) Informations- und Dementierungskunst gezogen, in höchster Vollendung präsentiert von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand. Gespannt hatten vor allem die Bundesbürger den 53. deutsch-französischen Gipfelgesprächen in Paris entgegengefeibert, bei denen die Regierungen entscheiden sollten, ob das von VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder und der COGEMA ausgetütelte WAA-Geschäft in La Hague zustandekommen dürfe. Im Elysee-Palast zu Paris wartete Kohl noch einmal mit einer Überraschung auf: Er erklärte mehreren hundert staunenden Journalisten aus aller Welt, daß man sich ein „Zwei-Säulen-Modell“ vorzustellen habe, was einen WAA-Standort in Frankreich und einen in Wackersdorf bedeute. Abgesehen davon, daß diese zwei Säulen wenig später vom Bonner Umweltminister Töpfer wieder umgedeutet wurden (Wie-



Der Widerstand gegen die WAA ging quer durch alle Bevölkerungs- und Altersschichten.

deraufarbeitung in Frankreich, Brennelemente-Herstellung in Deutschland): Kohls „Doppel-Säulen-Theorie“ war ein glatter Witz. Denn von vornherein stand fest, daß die Industrie auf keinen Fall ihr gutes Geld zweimal für eine so teure Investition ausgeben würde.

Somit hatte sich der Kreis doch wieder ge-

schlossen und der bayerische Umweltminister Alfred Dick kann für sich beanspruchen, daß er von Anfang an recht hatte: Unter solchen Umständen war eine Wiederaufarbeitungsanlage in der Nachbarschaft der 3500 Einwohner von Wackersdorf tatsächlich „undenkbar“ geworden.

Helmut Mederle



„Greenpeace“-Mitglieder schmuggelten sich am 27. Oktober 1988 mit einer Besuchergruppe auf das WAA-Gelände.

VEBA

„Die Politik war eingeweiht“

Der Durchbruch des Rudolf von Bennigsen-Foerder

Die Öffentlichkeit war perplex. Selbst Energieexperten und solche, die seit Jahren mit dem Thema WAA zu tun hatten, wurden auf dem falschen Fuß erwischt. Eigentlich, so sagt man heute, hätte alles ja ganz anders präsentiert werden sollen. Doch plötzlich, es war am Nachmittag des 11. April, traute man dem Frieden nicht und ging mit der „Geheimsache Wackersdorf“ an die Rampe. Das Publikum aber zeigte sich so verdattert, daß Agenturen wie Redaktionen die 18zeilige Enthüllung von Regierungssprecher Friedhelm Ost ebenso falsch einstuften wie die gesamte Politik den Veba-COGEMA-Coup des Rudolf v. Bennigsen-Foerder zuvor offenbar unterschätzt hatte. Erst mit eintägiger Verspätung wurde deutlich, was sich da angebahnt hatte: Der Abschied von Wackersdorf!

Rudolf von Bennigsen-Foerder wußte immer, worauf und vor allem auf wen es ankommt. Als er 1971 mit der Führung des ehemals vollständig im Eigentum des Bundes befindlichen Veba-Konzerns betraut wurde, standen die politischen Signale auf sozial-liberal. Heute regieren in Bonn die Bürgerlich-Liberalen. Grund genug für einen langfristigen und strategisch denkenden Manager sich die Frage zu stellen, wer denn künftig für die Entscheidungen auf Bundesebene zuständig sein wird. Immerhin wird der Bundestag noch dreimal gewählt, ehe die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf ihren Betrieb aufgenommen hätte. Diese Aussicht war neben der Unsicherheit auf dem Parkett der Rechtsprechung wohl das entscheidende Motiv für den Energiemanager, eine Umorientierung zu erwägen. Schließlich hatte man in Wackersdorf bisher noch nichts „Nukleares“ in den Oberpfälzer Sand gesetzt. Für 500 Millionen DM aus der bis dato vergebenen Investitionssumme von 2,6 Milliarden DM waren lediglich mehr oder weniger „normale“ Bauwerke erstellt worden, mal abgesehen vom

Bauzaun oder auch dem fensterlosen Brennelementeingangslager mit seinen überdimensional dicken Mauern.

Wenn also ein Schwenk möglich war, dann jetzt! Obwohl in den Gerüchteküchen der Augenblick der Umorientierung inzwischen sogar in die Zeit von Franz Josef Strauß versetzt und eifrig an der Vorstellung gestrickt wird, auf einer Jagd bei Regensburg seien möglicherweise bereits erste Ansätze für eine Wende in der Entsorgungspolitik besprochen worden, beginnt der nachvollziehbare „Bennigsen-Coup“ erst in den Januar-tagen 1989. Zuvor – am 25. November 1988 – hatte Bundeskanzler Helmut Kohl dem neu gewählten bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl noch einmal versichert, „daß die Verwirklichung dieses bedeutenden industriepolitischen Vorhabens nicht nur den langfristigen energiepolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen des Freistaates Bayern und der Oberpfalz dienen wird“. Nur drei Monate – exakt am 2. März – später informierte Veba-Chef v. Bennigsen-Foerder denselben Bundeskanzler davon, daß zwischen seinem Konzern und der Compagnie Generale des Matieres Nucleaires (genannt COGEMA) konkrete Gespräche über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung stattgefunden hätten – ohne daß Kohl dem Manager in den Arm gefallen wäre! Einige Tage später war auch die bayerische Staatskanzlei im Bilde. Am 3. April unterzeichneten die beiden Unternehmen das „Memorandum of understanding“, das die Grundvoraussetzungen für eine gemeinsame Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague ab 1999 regelt. In der Woche danach wurde in Bonn eine Arbeitsgruppe gegründet, an der das Bundeswirtschafts- und das Forschungsministerium unter Federführung des Bundesumweltministers be-



Rudolf von Bennigsen-Foerder ...

MEMORANDUM OF UNDERSTANDING
ABOUT NEGOTIATIONS
BETWEEN COGEMA AND VEBA

WHEREAS COGEMA and VEBA wish to co-operate on a long term basis in areas of common interest, mainly in the field of the nuclear fuel cycle,

AND WHEREAS with respect to reprocessing of spent fuel, VEBA is interested in the allocation of a substantial part of the production of the U3 plant to the German utilities,

AND WHEREAS the co-operation between the Parties would take place in the framework of an intergovernmental agreement to prevent legal obstacles to the transport of spent fuel assemblies and reprocessing thereof in France, to the return to Germany of the recovered fissile materials and waste and residues,

AND WHEREAS with respect to fabrication of mixed oxide fuel for light water reactors, COGEMA is engaged in an organization with other industrial partners and taking necessary actions to increase its capacity,

AND WHEREAS VEBA is interested in participating in such organization and in the allocation of a part of the production for the German utilities,

AND WHEREAS the parties intend to begin detailed negotiations about such co-operation,

NOW THEREFORE IT HAS BEEN AGREED AS FOLLOWS :

(c) prior to disclosing any such information to any such person, it will require such person to commit to maintain the confidentiality of such information as herein provided, it being agreed that the parties shall minimize the number of persons who shall have access to such information.

7. EARLY TERMINATION OF NEGOTIATIONS

if either or both of the parties decide or is requested by a governmental authority to terminate the negotiation, each party will promptly return to the other party all copies of confidential information.

8. GOVERNMENTAL APPROVAL

Any agreement resulting from negotiations undertaken following the signature of the present Memorandum will be subject to governmental approval.

Made on April 3rd, 1989

Rudolf von Bennigsen-Foerder
VEBA AG

Ilse
COGEMA

... besiegelt mit seiner Unterschrift im Vertrag mit der COGEMA das Schicksal der WAA von Wackersdorf



Die riesigen Gebäude auf dem WAA-Gelände haben mit atomarer Wiederaufarbeitung nichts mehr zu tun.

PRESSEMITTEILUNG

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



AP-171 4 pl 267 APD-126

Wiederaufarbeitungsanlage

Bonn reagiert skeptisch auf Verhandlungen VEGA-COGEHA

Ull: Ost: Nationales Entsorgungskonzept nicht berührt - Zustimmung der Regierungen erforderlich

11. April 1989
Nr. 179/88

Pressemitteilung

Vor dem Hintergrund einer langen und sich ständig vertiefenden vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen COGEHA und der zur VEGA gehörenden PreussenElektra sind COGEHA und VEGA zu dem Beschluß gekommen, daß eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kernbrennstoffkreislaufs nicht nur im baldesertigen Interesse liegen wird, sondern auch im Interesse einer bilateralen, unternehmensübergreifenden Kooperation unter Einbeziehung aller Kernkraftwerksbetreibenden Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb haben beide Gesellschaften insbesondere auch in Vorbereitung des EG-Binnenmarktes am 3.4.1989 beschlossen, in detaillierte Verhandlungen über eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung verbrauchter Brennelemente einzutreten.

Das Besprechen des konkrizierten Weges einer Zusammenarbeit beider Gesellschaften bedarf auch der positiven Begleitung durch die Regierungen beider Staaten, die über das Vorhaben informiert sind.

VEGA AG
11. April 1989

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost, teilte mit:

Die Bundesregierung ist darüber unterrichtet worden, daß am 2. April dieses Jahres die VEGA AG und die COGEHA (Compagnie Générale des Matières Nucléaires) übereingekommen sind, über eine verstärkte Zusammenarbeit, ab 1989 insbesondere bei der Wiederaufarbeitung, zu verhandeln. Sie stellte hierzu folgendes fest:

Es handelt sich um eine Assistenzvereinbarung, in der Unternehmensziele einer Zusammenarbeit der deutschen VEGA und des französischen Partners COGEHA dargestellt sind. Eine detaillierte unverbindliche Assistenzvereinbarung berührt das geltende nationale Entsorgungskonzept in der Bundesrepublik Deutschland weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht. Dies gilt auch für die Entsorgungsmethoden der deutschen Kernkraftwerke. In übrigen ist zu unterstreichen, daß von der Aktivität der Wiederaufarbeitungsanlage abgebrannte Brennelemente auch in dieser Erklärung ausgegangen sind. Die Assistenzvereinbarung steht unter dem Vorbehalt der jeweiligen politischen Zustimmung der Regierungen in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung wird die nächsten deutsch-französischen Konsultationen zum Anlaß nehmen, einen ersten Meinungsaustausch hierüber zu führen, um nähere Abschnitte über die französische Haltung zu erlangen.

Bonn (AP) Der bundesdeutsche Energiekonzern VEGA AG und das französische Nuklearunternehmen COGEHA wollen über eine verstärkte Zusammenarbeit ab 1989 insbesondere bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken verhandeln. Die Regierungssprecher Friedhelm Ost am Dienstag in Bonn mitteilte, hat die Bundesregierung von dieser Absicht ungetrübtet worden.

Die Bundesregierung, die auf ihr nationales Entsorgungskonzept mit Wiederaufarbeitung in inland setzt und das in Wiederaufarbeitungsanlage für 350 Jahrestonnen Kernbrennstoffe bauen 1987, reagiert mit äußerster Skepsis auf die Ankündigung der beiden Unternehmen. Es handelt sich um eine unverbindliche Absichtserklärung, die das geltende nationale Entsorgungskonzept der Bundesrepublik Deutschland weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht berührt, sagte Ost. Dies gelte auch für die Entsorgungsmethoden der deutschen Kernkraftwerke.

Ost wies ferner darauf hin, daß die Absichtserklärung unter der Vorbehalt der jeweiligen politischen Zustimmung der Regierungen in Paris und Bonn stehe. Die Bundesregierung werde die deutsch-französischen Konsultationen Mitte nächster Woche in Paris zum Anlaß nehmen, um nähere Abschnitte über die französische Haltung zu erlangen.

Die COGEHA arbeitet in ihrer Anlage in La Hague schon heute den größten Teil des bundesdeutschen Reaktorbrennstoffs wieder auf. Die Verträge über die Wiederaufarbeitung von insgesamt 3.800 Tonnen ausgedienter Brennelemente laufen allerdings in den 90er Jahren aus. Danach soll sich der immer für sechs Jahre im Voraus zu fihrende Entsorgungsschritt der bundesdeutschen Kernkraftwerke auf die in Wiederaufarbeitungsanlage nationale Wiederaufarbeitungsanlage übertragen. Neue Verträge mit der COGEHA könnten die Auslastung dieser Anlage verändern.

Ende
AP/ru/bvj

111703 apr 89

Der Bundesadler schmückt die geheimnisvolle Pressemeldung von Ex-Regierungssprecher Friedhelm Ost vom 11. April 1989. Ein Redakteur der Nachrichtenagentur Associated Press (ap) hatte als erster die Brisanz dieses Papiers erfaßt (ganz rechts).

teiligt waren. Außerdem gehörte das bayerische Umweltministerium dieser Arbeitsgruppe an. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Wirtschaft gegenüber der Politik vollendete Tatsachen geschaffen habe.

Das Memorandum der beiden Partner – auf zehn Seiten in englischer Sprache abgefaßt – gibt unter der Voraussetzung einer Regierungsvereinbarung zwischen Bonn und Paris (die knapp vier Wochen später auch schon vorlag) den Partnern zwölf Monate

Zeit, um sich zu entscheiden und die ins Auge gefaßte Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen. Generell regelt die Vereinbarung den Zugang der Energieversorgungsunternehmen zur Wiederaufarbeitungsanlage UP3 in La Hague, den Transport der abgebrannten Brennelemente von Deutschland nach Frankreich und ihre Lagerung in Frankreich sowie die Rückführung des gewonnenen spaltbaren Materials und des atomaren Abfalls nach Deutschland. In der gemeinsamen

Erklärung der französischen und der deutschen Regierung vom 6. Juni werden diese Ziele des Memorandums ausdrücklich bestätigt. „Keinen grundsätzlichen Vorbehalt“ haben die Regierungen auch hinsichtlich einer kapitalmäßigen Beteiligung deutscher Unternehmen an der Anlage UP3 in La Hague – ein Aspekt, der in der Tat eine neue Dimension in die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gebracht hat.

Gerd Otto



Die Industrie gab die neue Marschrichtung an. Statt der WAA Wackersdorf heißt es nun „auf zur Usine Plutonium“ (Plutoniumfabrik) nach La Hague.



Das „Brennelemente-Eingangslager“ in La Hague: Die Behälter mit den plutoniumhaltigen Brennstäben werden in Frankreich unter freiem Himmel gelagert. Das deutsche Gegenstück dazu ist eine massive Halle im Taxöldorner Forst, war juristisch jahrelang umkämpft und hat 50 Millionen Mark gekostet (Bild unten).



Ein Misch-Konzern

In der Tat, VEBA ist längst kein Energieversorgungsunternehmen mehr! In Wahrheit verbirgt sich hinter der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks AG inzwischen ein Mischkonzern mit den vier Bereichen Elektrizität, Mineralöl, Chemie sowie Handel und Verkehr. Mit 70 000 Mitarbeitern wird ein Außenumsatz von 50 Milliarden DM erzielt. Nicht unwesentlich zu diesen Erfolgen trugen die Ideen des Industriemanagers Dr. Rudolf v. Bennigsen-Foerder bei. Erinnerung sei an den Erwerb der Gelsenberg AG mit den Beteiligungen an Aral, Deminex und Raab Karcher Mitte der 70er Jahre. Besonderes Aufsehen erregte die 1983 vertraglich vereinbarte internationale Kooperation mit der staatlichen venezolanischen Gesellschaft „Petroleos de Venezuela“, wodurch ein Modell gegen die Risiken der Ölversorgung erarbeitet wurde. Die Verbindung der VEBA zum Stromsektor geschieht vor allem über die Tochtergesellschaft PreussenElektra AG mit Sitz in Hannover. Dort, in der niedersächsischen Metropole, residiert auch die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Da die PreussenElektra über sieben Kernkraftwerke verfügt, zählt die VEBA-Tochter auch zu den größten DWK-Gesellschaftern. Mit einem Anteil von 23,5 Prozent werden die „Preussen“ lediglich vom RWE-Konzern übertroffen. Die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke mit ihrem sehr heterogenen Gesellschafterkreis (die Kommunen von Rhein und Ruhr) verfügen über exakt 25 Prozent an der DWK. Der Dritte im Bunde der großen DWK-Gesellschafter ist die Bayernwerk AG mit einem Anteil von 14,5 Prozent, während die übrigen Gesellschafter Quoten zwischen einem und acht Prozent auf sich vereinen.

Wirtschaft

Flurschaden aus purem Eigennutz?

Warum Politiker sich über die Manager empörten

Am tiefsten betroffen zeigen sich noch Wochen danach die Bezirksvorsitzenden der CSU. August R. Lang, als Oberpfälzer über Jahre hinweg hautnah von der Auseinandersetzung um die WAA berührt und nun auch als Wirtschaftsminister (nach den Stationen Justiz- und Innen-Ressort) von Amts wegen mit dem „Flurschaden“ konfrontiert, wirkt dabei eher melancholisch („ich mag sie nicht mehr“), während der Niederbayer Alfred



August R. Lang,
bayerischer
Wirtschaftsminister
(davor Justiz- und
Innenminister)

Dick seine kämpferische Haltung kaum eingebüßt zu haben scheint. Der Umweltminister, dem viele in den letzten Jahren vorgeworfen hatten, er habe sich zumal als Leiter der Genehmigungsbehörde zu offenkundig pro Wiederaufarbeitung „aus dem Fenster gelehnt“, wehrt sich gegen diesen Vorwurf mit großer Vehemenz. Sein Haus habe stets „streng nach dem Recht“ gehandelt und immer wieder neue Auflagen erreicht, im Sinne höchstmöglicher Sicherheit. Im übrigen bedeute der Abschied von Wackersdorf und die Hinwendung nach La Hague und Sellafield ja keineswegs das Ende der Wiederaufarbeitung. Dick hält auch heute die nationale Wiederaufarbeitung für den richtigen Weg und betont: „Rückblickend wird die Abkehr von Wackersdorf keine Entscheidung sein, die Bestand hat!“

Daß es dennoch die Politik war, die zum Rückzug aus der Oberpfalz blies, versteht Dick keineswegs als Widerspruch. Man hätte dieses Projekt – davon ist er überzeugt – gegen die Firmen, die die WAA beantragt und ihren Bau damit in Gang gebracht haben, nicht vollenden können. Man habe, dem Atomgesetz gehorchend, die Voraussetzungen für die Industrie geschaffen, dies sei der

Politik „schlecht gedankt worden“. In der ersten Erregung hatte Dick das Verhalten der Stromwirtschaft als „infam“ bezeichnet (weil sie „über die Köpfe der Politiker hinweg“ Verhandlungen bis zu Vorverträgen getätigt habe), jetzt glaubt er den eigentlichen Grund für den Schwenk von Bennigsen-Foerder & Co erkannt zu haben: „Die hatten Angst vor dem Ausgang der nächsten Wahlen!“

Daß es zwischen Politik und Wirtschaft zu



Alfred Dick,
bayerischer
Minister für
Landesentwicklung
und Umweltfragen

einer Vertrauenskrise gekommen ist, gibt auch Dr. Jochen Holzer, der designierte Vorstandschef der Bayernwerk AG, unumwunden zu, und er geht sogar noch einen Schritt weiter: „Sicherlich haben die jüngsten Vorgänge um unser nationales integriertes Entsorgungskonzept im Ergebnis die Glaubwürdigkeit der Stromversorgungsunternehmen in der Öffentlichkeit beschädigt!“ Um diese Krise zu überwinden, schlägt der nicht zu-

Fortsetzung auf Seite 14



Alle Arbeit war vergebens. In Wackersdorf wurden rund 500 Millionen Mark verbaut, ehe die WAA-Pläne als Makulatur endeten. Die Gesamtkosten betrugen bis zum bitteren Abschied 2,6 Milliarden Mark.

Fortsetzung von Seite 13

letzt als ehemaliger OBAG-Chef mit Oberpfälzer Angelegenheiten bestens vertraute Energie-Experte „zunächst einmal Aufklärungsarbeit“ vor. Es sei eine nüchterne Abwägung der Frage erforderlich, ob nicht vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes, erheblich veränderter energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Kapazitätsbetrachtungen der europäischen Wiederaufarbeitungssituation eine Überprüfung der Standortfrage gerechtfertigt gewesen war, bei wohlgerichtet nach wie vor gesetzlich gebotener Wiederaufarbeitungs-Technologie. Es hätte nach Auffassung von Dr. Holzer auch nicht viel genutzt, die französische Offerte zu ignorieren, weil die Franzosen auch andere Wege gefunden hätten, das Thema zu plazieren. Im übrigen läßt der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bayernwerk AG keinen Zweifel: „Mit der Einräumung von deutschem Miteigentum besitzt das CO-GEMA-Angebot durchaus eine neue Qualität!“ Damit habe man sich auf der Ebene der Unternehmen und der Politik eingehend auseinandersetzen müssen. Jetzt sei es nötig, deutlich zu machen, daß „wir nicht an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn wir vor neuen Tatbeständen einfach die Augen zumachen“.

Dr. Holzer verwies mit Blick auf die Politik aber auch darauf, daß es den Energieversorgungsunternehmen an verlässlichen politischen Rahmenbedingungen fehle, „die aber unverzichtbar für kapitalträchtige Investitionen sind, die – wie für die WAA – jahrzehntelang in die Zukunft reichen“. Manche Vorgänge in der Energiewirtschaft zeigen auf spektakuläre Weise auf, wie es in Wirklichkeit um den Industriestandort Bundesrepublik in weiten Bereichen sensibler Großtechnologien steht. In bezug auf die Oberpfalz müsse der Öffentlichkeit das sichere Gefühl vermittelt werden, daß die Branche im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Standortregion Oberpfalz den „Flurschaden“ berei-



Jochen Holzer,
stellvertretender
Vorstandsvorsitzender
der
Bayernwerke AG

nigen werde. Das Bayernwerk selbst jedenfalls betrachte diese Aufgabe als „moralische Verpflichtung ersten Ranges“, meint Dr. Holzer und verweist auf das erste konkrete Projekt, das auf dem ehemaligen WAA-Gelände verwirklicht wird, nämlich die Solarzellenfabrik.

Anton Hinterdobler, der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, spricht sich ebenso dafür aus, „jetzt nicht nachzutarocken, sondern das Beste daraus zu machen“. Schließlich sei nicht erst gestern offenkundig geworden, daß die WAA niemand geliebt habe. Wenn sich die Konditionen und die Rahmenbedingungen verändern, dann sei ein Anpassungsprozeß nötig. „Die Wirtschaft ist und muß beweglich sein!“ betont Hinterdobler, dessen Kammer maßgeblich an der Nutzung des Charlottenhofs als Technologiezentrum beteiligt ist und daneben intensiv bei der Suche nach Nachfolge-Projekten mitwirkt. Ausdrücklich lobt der Hauptgeschäftsführer das Bayernwerk für seine Initiativen und insbesondere die für

1990 in Aussicht gestellte Strompreissenkung, deren Weitergabe an die Wirtschaft freilich dringend erforderlich sei. Das Konzept der Kernenergie habe sich für Bayern im übrigen außerordentlich bewährt.

Eines freilich „stört mich“, meint Anton Hinterdobler. Er verweist darauf, daß die VEBA öffentliche Erklärungen abgegeben habe, „ohne zuvor die politische Dimension ausgelotet zu haben“. Dies sei eine Anmaßung, müsse sich doch auch Energiepolitik als Teil der Gesamtpolitik begreifen lassen. Es komme noch hinzu, daß Bennigsen-Foerder gleichzeitig als „Mann des Ruhrgebiets“ auftritt und für die Kohle plädiere: Dies sei gelinde gesagt ein sehr merkwürdiges Verhalten. Verwundert zeigt sich Hinterdobler auch darüber, daß ausgerechnet eine Branche, die durch „administrierte Preise“ gekennzeichnet sei, den betriebswirtschaftlichen Aspekt derart in den Vordergrund rückt, wie es der VEBA-Chef getan habe.

„Keine Schwierigkeiten, ohne die WAA in der Oberpfalz zu leben“, hat nach eigener



Anton Hinterdobler,
Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer
Niederbayern/Oberpfalz

Aussage der Präsident der Industrie- und Handelskammer Regensburg, Helmut Heene. Dennoch: Der Abschied von Wackersdorf bedeute nach dem Konkurs der Maxhütte zweifellos einen weiteren Rückschlag für die mittlere Oberpfalz! Bei seiner persönlichen Einstellung zu dem Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage habe er sich in der Vergangenheit insbesondere von seinem Demokratieverständnis leiten lassen. Die WAA etwa unter Sicherheitsaspekten beurteilen zu wollen, habe er sich – als Wirtschaftler – niemals anmaßen wollen. Ihm gehe es bei der Entscheidung über derartige Großprojekte eigentlich nur darum, ob die demokratischen Entscheidungs-Spielregeln nicht nur akzeptiert, sondern auch eingehalten werden. Insofern akzeptiere er auch die neue Lage, beruhe sie doch auf einem entsprechenden Beschluß der zuständigen Bundesregierung. Für die mittlere Oberpfalz seien deshalb Ausgleichsmaßnahmen um so erforderlicher. Notwendiger denn je sei es jetzt, daß bereits in der Planung befindliche Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des Standorts in Angriff genommen werden. Heene denkt da z. B. an den Verkehrslandeplatz oder auch an die Einrichtung einer Berufsakademie. Letztere sei nicht nur aus bildungspolitischen, sondern vor allem auch aus regionalpolitischen Gründen wichtig, damit die Betriebe jene Fachkräfte bekommen, die sie brauchen. Um bei dem seit einiger Zeit entfachenden grundsätzlichen Disput nicht allzu viel Zeit zu verlieren, entschloß sich die Kammer, zumindest für den kaufmännischen Bereich in Zusammenarbeit mit der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Ostbayern einen vergleichbaren Ausbildungsgang zu entwickeln, der schon im September startet. Gerade für den technischen Bereich wäre eine solche Berufsakademie besonders sinnvoll, speziell in der Region der mittleren Oberpfalz.

In diesem Raum wirkt seit Jahrzehnten Heenes Vorgänger als IHK-Präsident, Willy



Helmut Heene,
Präsident der
Industrie- und
Handelskammer
Regensburg

Lersch. Er schildert, wie sich die für die Oberpfalz und für den Landkreis Kelheim zuständige Kammer über drei Jahre hinweg mit der Problematik der WAA befaßt habe und dann einhellig zu einem positiven Urteil über das Projekt gekommen sei. „Wir hatten bei dieser Jahrhundertssache ein gutes Gefühl“, erinnert sich der ehemalige Buchthal-Vorstandsvorsitzende, wobei man insbesondere an die Wirkung auf den regionalen Arbeitsmarkt gedacht habe. Um so erschrockener sei er über die Reaktionen der Menschen gewesen, über die entfachten Emotionen, die schließlich eine vergiftete Atmosphäre erzeugten, die quer durch die Familien dieser Region ging: „Dies hat mich sehr berührt!“ Dennoch habe er gerade in letzter Zeit (nicht zuletzt mit Blick auf den Standard der Kernkraftwerke) eine Beruhigung gespürt, die hoffen ließ. Wenn mal die Emotionen „raus“ wären und gleichzeitig die positiven Effekte sichtbar würden, hätte er sich durchaus ein Nachlassen des Widerstands vorstellen können. Schließlich sei die IHK stets davon ausgegangen, daß ein WAA-Arbeitsplatz mehr als drei Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Sektoren der Region nach sich ziehen würde.

Daß nun ausgerechnet die Energiewirtschaft selbst das Handtuch wirft, kam für Lersch zweifellos überraschend, wobei er vermutet, daß der Meinungsumschwung bei



Willy Lersch,
ehemaliger
Präsident der
Industrie- und
Handelskammer
Regensburg

Bennigsen-Foerder keineswegs aus betriebswirtschaftlichen Gründen erfolgt sei: „Das ist nur ein vorgeschobener Grund!“ Mit Blick auf die Zukunft warnte Lersch davor, in späterer Zeit mit Zwischen- oder Endlager „neue Wunden aufzureißen“. Derartiges sei nach dem Schwenk der letzten Monate nicht mehr vermittelbar, den Menschen nicht mehr nahe zu bringen. Von den Bürgerinitiativen erhofft sich Lersch, daß sie die Region „befrieden“ und nicht noch zusätzlich in Unruhe versetzen. Jetzt gehe es darum, das „Industriegebiet WAA-Gelände“ zu vermarkten, wobei nicht der große Coup, d. h. die Ansiedlung eines Unternehmens wie etwa BMW in Regensburg, versucht werden sollte, sondern eine Struktur mit kleinen und mittleren Betrieben angestrebt werden müßte. Das Interesse – dies spürt auch Lersch, der immer noch im Aufsichtsrat von sechs Unternehmen wirkt – sei riesengroß... Gerd Otto

„Bayern wird
alles für die WAA tun“

Ministerpräsident Franz Josef
Strauß (CSU) am 16. Januar 1985
in einem Brief an die DWK.



„Die WAA war nie ein
bayerisches Steckenpferd“

Der Nachfolger von Strauß,
Ministerpräsident Max Streibl
(CSU), am 10. Juni 1989 im
„Bayernkurier“.



„Es gibt keine
Alternative zur WAA“

Bundesumweltminister Klaus
Töpfer (CDU) im
Entsorgungsbericht der
Bundesregierung vom 13. Januar
1988.



„Wir haben Angst
vor der Atomfabrik“

Hubert Weinzierl, Vorsitzender des
Bundes Umwelt und Naturschutz
Deutschland, in einer Rede bei
einer Demonstration am
16. Februar 1985 in Schwandorf.



Dokumente

„Bayern tut alles für die WAA“

Der Werbe-Brief von Franz Josef Strauß an die DWK

Sehr geehrte Herren!

Die Bayerische Staatsregierung ist darüber unterrichtet, daß die Gremien der DWK am 4. Februar 1985 über Bau und Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage Beschluß fassen werden. Ich nehme dies zum Anlaß, nochmals zusammenfassend die politischen, verfahrensmäßigen und finanziellen Aspekte darzustellen, die nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung den bayerischen Standort als vorzugswürdig erscheinen lassen.

Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren in Bayern ist soweit gediehen, daß bald nach einer Standortentscheidung eine 1. atomrechtliche Teilgenehmigung im beantragten Umfang erteilt werden kann. Bayern hat einen entscheidenden Anteil daran, daß jetzt endlich die Möglichkeit gegeben ist, die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage zu realisieren und damit in einem entscheidenden Punkt Fortschritte bei der Sicherstellung der Entsorgung der Kernkraftwerke zu erzielen: Nachdem die Niedersächsische Landesregierung 1979 das Projekt des Nuklearen Entsorgungszentrums in Gorleben zu Fall brachte, erklärte sich die Bayerische Staatsregierung Ende 1980 bereit, Standortmöglichkeiten in Bayern zu prüfen. Dies führte dazu, daß mit dem Abschluß des Raumordnungsverfahrens im September 1982 zwei Standorte (Wackersdorf, Steinberg) zur Verfügung standen, deren Eignung für beide Ausbaustufen unter Beachtung aller relevanten Gesichtspunkte amtlich bestätigt wurde. Die Unterlagen und Ergebnisse des seit Oktober 1983 zügig durchgeführten atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens (z. B. Sicherheitsbericht, Konzeptunterlagen, Begutachtungsergebnisse der bayerischen Sachverständigen-ARGe zum Konzept) haben nach der Antragstellung für den Standort Dragahn im Laufe des Jahres 1983 Niedersachsen in die Lage versetzt, zeitlich mit dem bayerischen Genehmigungsverfahren gleichzuziehen.

Die Bayerische Staatsregierung wird auch künftig für eine zügige Durchführung aller erforderlichen Verwaltungsverfahren Sorge tragen und darauf achten, daß das Projekt mit keinen ungerechtfertigten Forderungen finanziell belastet wird.

Was den von Ihnen geplanten Standort bei Wackersdorf betrifft, so bestätigen alle uns bekannten Gutachten erwartungsgemäß dessen hochgradige Eignung für die Errichtung und den Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage nicht nur in der zur Zeit vorgesehenen Größe. Sie lassen darüber hinaus auch den Schluß zu, daß aus heutiger Sicht, falls von Ihnen gewünscht, ein weiterer Ausbau der Anlage möglich ist. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß eine Verdoppelung der Anlagenkapazität bereits Inhalt des positiv abgeschlossenen Raumordnungsverfahrens war.

Im Vergleich mit anderen Standorten be-

sitzt der bei Wackersdorf geplante eine Reihe von Vorteilen, die vor allem aus der Sicht seiner Realisierbarkeit und Durchsetzbarkeit von besonderer Bedeutung sein werden.

Mit dem Vorliegen eines rechtskräftigen Bebauungsplanes wird in Kürze eine erhebliche Verminderung der Rechtsrisiken gegenüber der anderenorts geplanten Vorgehensweise gem. § 35 Bundesbaugesetz erreicht worden sein; auch das geplante Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (Einführung eines Selbst-eintrittsrechts der vorgesetzten Behörde) wird die Vorteile in dieser Richtung noch verstärken.

Der Standort befindet sich nicht im Bereich anderer die Wiederaufarbeitungsanlage gefährdender Betriebe, so daß weder zusätzliche Ertüchtigungsmaßnahmen an den Gebäuden noch unüberschaubare Betriebsumsiedlungen erforderlich werden, die nicht nur rechtliche, sondern auch erhebliche kostenmäßige Unsicherheiten verursachen.

Die Versorgung der künftigen Anlage mit Brauchwasser erfolgt mit einer betriebseigenen Leitung aus einem hinreichend großen Vorfluter und erfordert daher keine Verwendung von Trinkwasser aus kommunalen Versorgungsanlagen.

Alle Trassen für die Ver- und Entsorgung des Standortes mit Brauch- und Abwasser sind darüber hinaus bereits jetzt privatrechtlich gesichert; die an einem anderen Standort notwendigen Enteignungsmaßnahmen sind daher nicht erforderlich.

In dichter Angrenzung zur Anlage befinden sich keine Schutzzonen von Trinkwassersernutzungsanlagen. Soweit Trinkwasser gewonnen wird, reichen die Schutzgebiete nicht in das unterirdische Abstromgebiet der geplanten Anlage hinein. Ein unterstellter Schadstofftransport mit der Grundwasserbewegung könnte daher die Schutzgebiete der Trinkwassergewinnungsanlagen nicht beeinflussen.

Die Strahlenschutzkommission (SSK) hat in ihrer am 24. Februar 1983 abgegebenen Empfehlung zur Rückhaltung radioaktiver Stoffe bei einer Wiederaufarbeitungsanlage der Größe, wie sie in Bayern geplant ist, festgestellt, daß zur Einhaltung der Forderungen des § 45 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) eine Rückhaltung des beim Wiederaufarbeitungsprozess freigesetzten radioaktiven Edelgases Krypton 85 (Kr-85) nicht erforderlich ist. Gleichwohl schlägt die SSK unter Berücksichtigung der weltweiten Abgabe und Verteilung von Kr-85 vor, daß ein Verfahren zur Kr-85-Rückhaltung bis zur technischen Reife („heißer Betrieb“) entwickelt und erprobt wird, um zukünftig bei verstärkter Nutzung der Kernenergie eine dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechende Technologie zur Kr-85-Abscheidung zur Verfügung zu haben.

In Gesprächen zwischen Bund, Land und DWK wurden die technischen, rechtlichen

und finanziellen Aspekte im Hinblick auf eine Verwirklichung des Projekts ausgelotet. Dabei ergab sich, daß die Realisierung einer Demonstrationsanlage zur Abtrennung von Kr-85 in großtechnischem Maßstab zweckmäßigerweise im Rahmen eines Forschungsvorhabens unter finanzieller Beteiligung von Bund, Land und DWK erfolgen sollte.

In diesem Sinne ist der Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen an den Bundesminister für Forschung und Technologie mit der Bitte herangetreten, das Vorhaben anteilig durch die Bereitstellung entsprechender Bundesmittel zu fördern. Dabei hat sich die Bayerische Staatsregierung bereit erklärt, ihrerseits Fördermittel bereitzustellen. In Abhängigkeit von der Höhe der förderfähigen Kosten des Projektes kann dafür ein Betrag bis zu 30 Mio. DM bereitgestellt werden. In weiteren Verhandlungen zwischen Bund, Land und DWK werden die Einzelheiten zur Verwirklichung des Projektes näher zu erörtern sein.

Aufgrund der Lage in einem Gebiet mit geringerer seismischer Gefährdung besteht am Standort Wackersdorf eine größere Auslegungsreserve bezüglich eines zu unterstellenden Erdbebens.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil des Standortes Wackersdorf ist im Bereich der Bevölkerungsstruktur und des Arbeitsmarktes der mittleren und südlichen Oberpfalz zu sehen: Ein Großteil der für Errichtung und Betrieb erforderlichen Arbeitskräfte kann aus der Umgebung der Anlage gewonnen werden, was nicht nur der Akzeptanz der Anlage zugutekommen wird, sondern auch eine erhebliche finanzielle Entlastung des Betreibers, z. B. bezüglich Umzugshilfen oder Wohnraumbeschaffungskosten, zur Folge haben dürfte. Hinzu kommt, daß wesentliche Voraussetzungen für eine industrielle Erschließung eines Standortes in Wackersdorf bereits vorhanden sind; dies betrifft soziale Einrichtungen ebenso wie die Voraussetzung der Versorgung der geplanten Anlage mit Strom, Gas, Wasser etc. und die großräumige Verkehrsanbindung.

Von Bedeutung für die Akzeptanz des Projektes ist auch die Tatsache, daß der Standort Wackersdorf in einem Raum mit industriegehaltener Bevölkerung liegt, deren weit überwiegende Mehrheit die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze als wichtiges Anliegen ansieht.

Diese bereits vorhandene industrielle Strukturierung des Schwandorf-Wackersdorfer Raumes bedeutet auch, daß Industrieansiedlungen der geplanten Art mit ihren unvermeidlichen Belastungen für die Region für die dortige Bevölkerung nichts Ungewöhnliches sind, wobei auch an die über dreißigjährige Braunkohleförderung in Wackersdorf erinnert sei, die von der Bevölkerung akzeptiert und vertreten worden ist. Das Gelände ist landschaftsökologisch für eine Industrieansiedlung besser geeignet, was auch in dem geringeren Aufwand für Ausgleichsmaßnahmen zum Ausdruck kommt.

Bayern wird außerdem für die Bereitstellung eines gleichwertigen Standortes zur Verpressung von Tritium in hinreichender Nähe zur Anlage Sorge tragen. Bayern ist außerdem bereit, Landesmittel einzusetzen, um im Umfeld der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Forschungs- und Entwicklungsprojekte und die Ausbildung qualifizierter technischer und wissenschaftlicher Fachkräfte zu fördern.

Betrachtet man die erwähnten Vorteile des Wackersdorfer Standortes insgesamt und bedenkt, daß sich zwischenzeitlich auch die Fakten den Fragen Meteorologie, Baugrund und Transportaufkommen soweit relativiert haben, daß in etwa vergleichbare Qualitäten zu anderen Standorten vorhanden sind, so sollten aus meiner Sicht mindestens schon

die Aspekte der erreichten hohen Rechtssicherheit und die Akzeptanzvorteile eindeutig den Ausschlag für den bayerischen Standort geben.

Was den Grunderwerb betrifft, wird die Bayerische Staatsregierung durch das im Entwurf vorliegende Haushaltsgesetz 1985/86 ermächtigt, die für das Projekt benötigte, mit Wald bestockte Grundfläche von rund 130 ha aus staatseigenen Grundstücken an Ihre Gesellschaft zu einem Preis zu verkaufen, der dem Waldbodenverkehrswert der Grundstücke entspricht. Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geht vorläufig von einem Bodenwert ohne Bestockung von 1,70 DM/m² aus. Diese Ermächtigung hat bereits die ausdrückliche Zustimmung maßgeblicher Vertreter beider Fraktionen im Ausschuss für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags gefunden. Darüber hinaus wurde in Aussicht genommen, auch auf einen Wertausgleich für die von der Staatsforstverwaltung nicht rentierlich nutzbare Bestockung zu verzichten.

Wie Ihnen der Herr Staatsminister der Finanzen bereits mitgeteilt hat, erachtet die Bayerische Staatsregierung die Voraussetzungen für die Gewährung einer Investitionszulage nach § 1 des Investitionszulagengesetzes für die Errichtung der Anlage in Höhe von 10 Prozent für gegeben bzw. herstellbar. Dies schließt die Bereitschaft der Staatsregierung ein, rechtzeitig eine Eingemeindung des derzeit noch ausmärkischen Gebietes des Mikrostandortes der Anlage in einen der benachbarten Schwerpunkortorte der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vorzunehmen.

Aus dem Schreiben des Herrn Staatsministers der Finanzen ist Ihnen bekannt, daß die Bayerische Staatsregierung in Aussicht genommen hat, die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zur äußeren Erschließung des Geländes, die von Ihnen nach dem seinerzeitigen Stand der Planungen und Kostenermittlungen mit rund 80 Mio. DM (zuzüglich Planungskosten und Mehrwertsteuer) beziffert wurden, durch Zuschüsse bzw. zinsgünstige Darlehen zu fördern. Leider konnten seitdem die Gespräche zwischen Ihrem Haus und den zuständigen bayerischen Ressorts nicht fortgeführt werden, um eventuell noch offene Fragen zu klären. Deshalb möchte ich hier nochmals feststellen, daß in Bayern die öffentliche Hand die wirtschaftsnahe Infrastruktur in gleicher Weise bereitstellen wird, wie dies einem nachgewiesenen niedersächsischen Angebot entspricht. Dies umfaßt die Erschließung des Standortgeländes bis zum Werkszaun mit Straße und Gleis, die Verdünnung und Entsorgung mit Wasser und Abwasser sowie mit Gas. Hinsichtlich der Anschlusskosten für die Elektrizitätsversorgung liegt Ihnen bereits eine entsprechende Gleichstellungserklärung der Bayernwerk AG vor.

Schließlich hat die Bayerische Staatsregierung auch die Übernahme einer Staatsbürgerschaft grundsätzlich in Aussicht genommen. Vor der Entscheidung über die Höhe muß allerdings, wie Ihnen der Herr Staatsminister der Finanzen bereits mitgeteilt hat, das Finanzierungskonzept für das Projekt, vor allem die Höhe der Fremdfinanzierung und dessen Deckung bekannt sein.

Abschließend kann ich Ihnen erneut die Bereitschaft der Bayerischen Staatsregierung versichern, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine rasche und ungestörte Realisierung des Projekts und einen unbehinderten Betrieb der Anlage sicherzustellen.

München, 18. Januar 1985

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Franz Josef Strauß

„Nie ein bayerisches Steckenpferd“ Max Streibl nach dem Ende in der Oberpfalz

In Wackersdorf wird keine Wiederaufarbeitungsanlage gebaut! Das bayerische Umweltministerium als atomrechtliche Genehmigungsbehörde hat am 6. Juni den Sofortvollzug für die erste atomrechtliche Teilgenehmigung aufgehoben. Die Voraussetzungen für die Anordnung des Sofortvollzugs waren mit der Entscheidung der Bundesregierung entfallen, daß die dauerhafte Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente im Bereich der Europäischen Gemeinschaften den Grundsätzen des deutschen Entsorgungskonzepts genügt. Sie kann nach Ansicht der Bundesregierung im Rahmen des integrierten Entsorgungskonzepts als Vorsorge nachweis für die Entsorgung anerkannt werden.

Die WAA war nie ein bayerisches Steckenpferd, weder unter Franz Josef Strauß noch unter meiner Regierungsverantwortung. Bayern hatte sich bereit erklärt, die Genehmigungsverfahren als nationale Aufgabe im gemeinsamen Interesse des Bundes und aller Länder auf bayerischem Boden durchzuführen. Wir haben der Bundesregierung gegenüber immer schon unmißverständlich erklärt, daß wir zu dieser nationalen Verpflichtung nur dann stehen können, wenn auch die Bundesregierung uneingeschränkt zu dieser Anlage und zu dem Entsorgungskonzept steht. Ich habe dies in meinen Regierungserklärungen am 1. Dezember 1988 wie am 18. April 1989 noch einmal klar und eindeutig gesagt. Jetzt ist die Grundlage für die Wiederaufarbeitung am Standort Wackersdorf entfallen.

Sofort nachdem die Verhandlungen zwischen der VEBA und der COGEMA bekanntgeworden waren, habe ich die Bundesregierung zu einer schnellen Entscheidung gedrängt. Gleichzeitig habe ich in den letzten Wochen intensiv verhandelt, damit der Oberpfalz kein Schaden entsteht. Die Oberpfälzerinnen und Oberpfälzer dürfen versichert sein, daß ich mich mit aller Kraft für ihre Belange eingesetzt habe.

Die WAA sollte für die Oberpfalz einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung bringen, und die Bevölkerung der Oberpfalz hat dafür große Opfer gebracht. Mein Ziel war und ist, in der mittleren Oberpfalz zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Nicht zuletzt durch die intensiven Verhandlungen mit der Energiewirtschaft konnte ein aus bayerischer Sicht befriedigendes Ergebnis erreicht werden: Die deutsche Elektrizitätswirtschaft hat mir 1 Milliarde DM für die Standortregion zugesagt.

Die DWK und ihre Gesellschafter stellen eine Entwicklungs- und Fördergesellschaft zunächst mit einem Kapital von 500 Millionen DM aus. Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, wirtschaftlich sinnvolle Projekte zu fördern und damit Arbeitsplätze in der Standortregion zu schaffen. Darüber hinaus ist gewährleistet, daß sich durch die Aktivitäten aus dem Kreis der DWK-Gesellschafter der Finanzrahmen für die Realisierung solcher Projekte um zusätzliche 500 Millionen DM erweitert. Ein erstes Projekt ist bereits unter Dach und Fach: Siemens plant, in Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk in der Region eine der fortschrittlichsten Fabriken zur Produktion von Solarzellen zu errichten.

Die Energiewirtschaft hat sich mir gegenüber verpflichtet, daß die Entwicklungs- und Fördergesellschaft als Sofortmaßnahmen folgendes umsetzt:

1. Auf die Rückzahlungen der Darlehen, die an die Kommunen gegeben worden sind, wird verzichtet.
2. Die Gemeinde Wackersdorf erhält die

von ihr getragenen Infrastrukturmaßnahmen erstattet.

3. Die Gemeinde Wackersdorf erhält Sonderleistungen als Ausgleich für die besonderen Belastungen.

4. Das Ausbildungszentrum der Elektrizitätswirtschaft wird auf eine langfristige Basis gestellt, durch die nicht nur die bisherigen Lehrlinge ihre Ausbildung beenden, sondern auf Dauer etwa 90 bis 100 Lehrlinge eine hochqualifizierte Ausbildung erfahren können. Gedacht ist hierbei an eine Stiftung, die dieses Ausbildungszentrum tragen soll.

5. Das Technologiezentrum der Handwerkskammer Niederbayern und Oberpfalz, das im „Charlottenhof“ bei Schwandorf geplant ist, wird auch von der Energiewirtschaft finanziell unterstützt.

Neben der Energiewirtschaft wird auch die Bundesregierung einen spürbaren Beitrag für die Standortregion leisten müssen. Wir in Bayern haben große Opfer auf uns genommen, die ausgeglichen werden müssen. Ich erwarte, daß die Bundesregierung bei den von ihr zu treffenden Vergabe- und Standortentscheidungen die besondere politische Situation in der Oberpfalz berücksichtigt.

Außerdem müssen der Region die Leistungen erhalten bleiben, die je zur Hälfte vom Bund und Land im Rahmen der Investitionszulage für die Wiederaufarbeitungsanlage aufzubringen gewesen wären. Über die 1 Milliarde der Energiewirtschaft hinaus sind dies zusätzlich rund 450 Millionen DM. Ich erwarte, daß auch die Bundesregierung entsprechend den bereits geführten Vorgesprächen zu dieser politischen Verpflichtung steht. Hier wird das Wort des CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Theo Waigel von besonderem Gewicht sein.

Die Bayerische Staatsregierung hat bereits als ersten Schritt beschlossen, 78,5 Millionen DM zur Förderung der Infrastruktur in der Standortregion in den Nachtragshaushalt einzusetzen. Dies bedeutet konkret: Mittel für Altenheime, Kindergärten, Krankenhäuser, Straßen, Rad- und Wanderwege, Freibäder sowie insgesamt für den Fremdenverkehr.

Damit sind erste Zeichen gesetzt! In wenigen Wochen haben wir durch harte Verhandlungen viel erreicht. Ich bin überzeugt, daß die Oberpfälzerinnen und Oberpfälzer diese Ergebnisse befrurworten. Wir haben gehandelt, während andere nur durch Presseerklärungen und Demonstrationen auf sich aufmerksam gemacht haben. Jetzt gilt es, diese erfolgreichen Ansätze auszubauen und auszugestalten. Dazu sind alle aufgerufen, die in diesem Sinne für die Oberpfalz Beiträge leisten können. Die Gespräche mit Oberpfälzer Mandatsträgern zeigen mir, daß die Hilfen für die Oberpfalz gerne angenommen werden.

Die Oberpfalz soll durch den Stopp der WAA keine Nachteile erleiden. Für die Opfer, die die Region erbracht hat, wird Wiedergutmachung geleistet. Ich bin froh, daß letztlich der Einsatz für den Rechtsstaat von Polizei, Gerichten und der Politik – besonders auch der örtlichen Politik – doch ein positives Ergebnis für die Region gebracht hat. Dafür danke ich allen Beteiligten. Dieses Gebiet der Oberpfalz wird ein leistungsfähiges Wirtschafts- und Entwicklungszentrum mit entsprechenden qualifizierten und sicheren Arbeitsplätzen werden. Diese Region mit ihren tüchtigen Menschen, mit ihrer bedeutenden Geschichte, mit ihren kulturellen Leistungen und ihrer wirtschaftlichen Kraft wird ein lebenskräftiger Teil unserer bayerischen Heimat sein.

„Bayernkurier“ 10. Juni 89

„Die WAA ist ohne Alternative“

Entsorgungsbericht der Bundesregierung, 13. 1. 1988

Die Bundesregierung hat am 24. August 1983 den Deutschen Bundestag mit dem Bericht der Bundesregierung zur Entsorgung der Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Einrichtungen über den Stand und die Fortschritte der nuklearen Entsorgung unterrichtet (BT-Drucksache 10/327 – „Entsorgungsbericht 83“). Der vorliegende Bericht schließt an den Bericht vom August 1983 an und beschreibt den Stand der nuklearen Entsorgung und die Perspektiven bis zum Jahre 2000.

Zusammenfassender Überblick

Die sichere Entsorgung der Kernkraftwerke und hierbei insbesondere die geordnete Beseitigung radioaktiver Abfälle haben für die friedliche Nutzung der Kernenergie herausragende Bedeutung. Die sichere Entsorgung der Kernkraftwerke ist für die Bundesregierung unverändert Voraussetzung für deren Errichtung und Betrieb.

Grundlage für die Entsorgung sind das Atomgesetz sowie das Entsorgungskonzept der Bundesregierung, das die gesetzlichen Vorgaben konkretisiert, und die Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke. Das mit dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. September 1979 (Anlage 1) bestätigte integrierte Entsorgungskonzept sieht die Realisierung der Entsorgung generell durch interne und externe Zwischenlagerung sowie anschließende Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente, durch Verwertung der radioaktiven Reststoffe und durch Konditionierung sowie Endlagerung der radioaktiven Abfälle vor. Dieses Entsorgungskonzept wurde in den vergangenen Jahren entsprechend den Perspektiven des Entsorgungsberichtes aus dem Jahre 1983 weiter verwirklicht. Es sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen, verschiedentlich aber auch Verzögerungen.

Das Entsorgungskonzept, das vom Grundsatz der Entsorgung im Inland ausgeht, ist nach Auffassung der Bundesregierung nach wie vor richtig. Die Bundesregierung hat wiederholt dargelegt, daß überzeugende Al-

ternativen zu dem von ihr verfolgten integrierten Entsorgungskonzept mit Wiederaufarbeitung nicht vorhanden sind. Mögliche zeitliche Verschiebungen im Verlaufe der weiteren Verwirklichung einzelner Entsorgungsanlagen, z. B. durch nicht kalkulierbare Ereignisse oder durch Gerichtsverfahren, stellen das Entsorgungskonzept nicht in Frage.

Eine verantwortungsvolle Entsorgungspolitik hat zu berücksichtigen, daß bereits in der Vergangenheit aus dem Bereich der Medizin, der Forschung und der industriellen Anwendung radioaktive Abfälle entstanden sind, die geordnet beseitigt werden müssen. Auch ohne den Betrieb von Kernkraftwerken ist für solche radioaktive Abfälle eine Endlagerung vorzusehen. Diese Abfälle aus Medizin, Forschung und Industrie, die einen erheblichen Anteil der endzulagernden Mengen ergeben, werden von der Bundesregierung in ihrer Entsorgungspolitik in vollem Umfang berücksichtigt.

Die Sicherheit der Entsorgungsanlagen ist für die Bundesregierung oberstes Gebot. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß sich das Entsorgungskonzept insgesamt zeit- und bedarfsgerecht verwirklichen läßt.

Der aktuelle Stand der Entsorgung läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die Nachweise über den Verbleib der abgebrannten Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren – nach den „Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke“ (Anlage 2) für sechs Jahre im voraus gefordert – sind, im wesentlichen gestützt auf Zwischenlagerung im Inland und Wiederaufarbeitung im Ausland, erbracht. Aufgrund des Standes der Verwirklichung der Entsorgungsanlagen und der Planungen geht die Bundesregierung davon aus, daß diese Nachweise auch in Zukunft erbracht werden können.

Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente

Das Zwischenlager Gorleben ist fertiggestellt. Die Aufbewahrungsgenehmigung nach § 6 des Atomgesetzes (AtG) wurde am 5. September 1983 erteilt. Über den beantragten

Sofortvollzug dieser Genehmigung wird in Kürze entschieden werden. Gegen die erteilten Baugenehmigungen ist eine nach Auffassung der Bundesregierung unbegründete Verfassungsbeschwerde anhängig, die auch gegen § 6 AtG gerichtet ist.

Das Zwischenlager Ahaus ist baurechtlich genehmigt. Die Bauarbeiten sind durch gerichtliche Entscheidungen vorläufig untersagt worden. Mit Urteil vom 22. Oktober 1987 hat das Obergericht Münster die Klage gegen die Baugenehmigung für das Zwischenlager abgewiesen, allerdings wurde beim Bundesverwaltungsgericht am 30. Oktober 1987 Revision eingelegt.

Die Genehmigung nach § 6 AtG zur Aufbewahrung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren wurde am 10. April 1987 erteilt. Über einen Antrag zur Genehmigung der Aufbewahrung von Brennelementen aus dem Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (THTR-300) soll Anfang des Jahres 1988 entschieden werden.

Wiederaufarbeitung

Die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf wird seit Dezember 1985 errichtet. Bisher wurden die Arbeiten gemäß Zeitplan ausgeführt. Mit der Aufnahme des Wiederaufarbeitungsbetriebes wird im Jahre 1996 gerechnet. Das Brennelementeingangslager und andere Anlagenteile werden seit dem 4. März 1987 errichtet.

Die 1985 erteilte 1. atomrechtliche Teilgenehmigung wurde 1987 vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) mit der Begründung aufgehoben, für die Errichtung der Außenzaunanlage, der Anlagenwache und des Brennelementeingangslagers reiche die erteilte baurechtliche Genehmigung aus. Die vom Bundesverwaltungsgericht auf die Nichtzulassungsbeschwerde der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) zugelassene Revision wurde im November 1987 eingelegt.

Das Bundesverfassungsgericht hat den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen den Vollzug der Baugenehmigung für das Brennelementeingangslager der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf mit Beschluß vom 13. November 1987 abgelehnt. Über die gleichzeitig erhobene Verfassungsbeschwerde hat es noch nicht entschieden. Eine weitere atomrechtliche Teilgenehmigung insbesondere für die Errichtung des Hauptprozeßgebäudes wird für die Jahreswende 1988 erwartet.

Der Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Klaus Töpfer (CDU)



Die Technik zur Endlagerung des bundesdeutschen Atommülls in Salzstöcken wird im ehemaligen Salzbergwerk Asse in Niedersachsen entwickelt.

„Die Atomfabrik macht uns Angst“

Hubert Weinzierl bei einer Demonstration in Schwandorf

„Millionen in deutschen Umweltverbänden zusammenschlossener Mitbürger haben dem Atomprogramm der Regierenden eine kompromißlose Absage erteilt. Damit steht fest, daß der Widerstand gegen die Atomfabrik in Schwandorf kein Oberpfälzer Anliegen, sondern ein bundesweiter, ja internationaler Konfliktfall geworden ist. Die Delegationen aus allen Bundesländern beweisen eine Solidarisierung ungeahnten Ausmaßes. Dies ist der große Irrtum des bayerischen Ministerpräsidenten, wenn der auf die leichtere Durchsetzbarkeit und auf die politische Stabilität Bayerns baut...

Wir Naturschützer Deutschlands stehen zu unseren Freunden in der Oberpfalz, und wir stehen auch zu jenen, deren Arbeitsplätze und deren bauerliche Existenzen gefährdet sind; anstatt aber Schindluder zu treiben mit der durch falsche Strukturpolitik verschuldeten Arbeitslosigkeit, fordern wir die Regierungen in Bund und Ländern auf, die möglichen und wesentlich billigeren Alternativen im Bereich der Energie- und Agrarpolitik endlich mit demselben Elan zu verwirklichen, mit dem sie die Atomfabrik durchpeitschen wollen!

Mit tausend lebensgefährlichen Arbeitsplätzen für Atomspezialisten ist der Oberpfalz nicht gedient; dagegen brauchen wir Investitionen für die Luftsanierung, weil wir von unseren Wäldern und Böden auch dann noch leben wollen, wenn keiner mehr die atomaren Fehlentscheidungen von 1985 verantworten muß.

Wir haben Angst, daß dieses kostenexplosivste Projekt der Industriegeschichte Steuergelder und Investitionsmittel blockiert und daß die Stromkosten steigen, ohne daß Energie eingespart und ohne daß die Entsorgung des Kernkraftabenteuers gelöst wird.

Wir haben Angst, daß die Atomfabrik mit einem Emissionswert von zwölf Kernkraftwerken unsere Heimat radioaktiv belastet, den Wald und das Wasser gefährdet und den Lebensraum mit der höchsten Luftver-

schmutzung und der höchsten Krebsdichte noch mehr entwertet.

Wir haben Angst vor Macht und Polizeigewalt, wir fürchten um unsere Freiheit; wir sorgen uns um die Demokratie. Wenn heute schon Tausende von Polizisten nötig sind, um diese unsere Sorgen vorzutragen, wird unsere Heimat morgen einem Heerlager gleichen.

Wir haben Angst, daß die Atomfabrik der Plutoniumwirtschaft in die Hände arbeitet und den Frieden gefährden könnte und dies in einem Grenzgebiet, das mit Kriegsgeschütz und Militär vollgestopft ist! Wir wissen, daß dann, wenn die Anlage fertig sein soll, der Atomwaffen-Sperrvertrag endet.

Wir haben Angst vor jenen, die da hoffärtig sagen, daß sie „alles im Griff haben“; jene, die in zwanzig Jahren keiner mehr kennt, wollen uns zwanzigtausend Jahre „garantierte Sicherheit“ vorgaukeln!

Wir haben Angst, vor der willfährigen, kalten Genehmigungsmechanik dieses Landes, bei der ethische Bedenken und die Ängste der Menschen keine Rolle spielen.

Der Regierungspräsident der Oberpfalz hat gesagt, daß Fragen der Moral und Emotionen nicht weiterführen; und die staatstragende Partei hat die Pfarrer ermahnt, sie mögen sich um den Himmel und um die letzten Dinge anstatt um die Politik kümmern. Umso dankbarer sind wir einer wachsenden Schar von mutigen Pfarrern und Christen, die sich tatsächlich um die letzten großen Dinge der Menschheit kümmern und sich in diesen Stunden der Not vor das bedrohte Leben stellen.

Kumpanei mit den Mächtigen“

Die Amtskirche freilich setzt sich einmal mehr dem Verdacht der Kumpanei mit den Mächtigen aus: Der Bischof von Regensburg hat mir in einem Brief vorgeworfen, daß ich seinen Ruf schädige, da ich vermutete, er habe sich vor den Karren der Atomlobby

spannen lassen. Und ich habe ihn an die Worte von Kardinal Höfner erinnert, der von der Atomenergie als der „risikoreichsten Technik“ gewarnt hat. Jetzt, Herr Bischof, könnten Sie beweisen, daß Sie kein Lobbyist der Atomenergie sind. Was aber hören wir zur Stunde der Wahrheit aus Regensburg.

Man müsse einerseits mit den Energie- und Rohstoffreserven verantwortlich umgehen, andererseits sie so nutzen, daß Gefahren für Leben und Gesundheit möglichst vermieden werden...

Wir wünschten uns von der offiziellen Kirche eine bekenntnishafte und klare Sprache. Wenn ein gelehrter Professor der Sozialethik sagt: „Meine eigene Haltung gegenüber der kernenergetischen Herausforderung möchte ich kennzeichnen als ‚moderate Akzeptanz‘ und ‚subsidiäre Toleranz‘“, dann ist uns das zu wenig.

Nicht inhaltslose Floskeln, sondern Bekenntnis ist jetzt gefragt, meine Herren Bischöfe und Theologen!

In einer Zeit, wo Not und Zwietracht durch unsere Heimat geistern, wo eine Atmosphäre des Mißtrauens besteht, wo Nachbarn nicht mehr miteinander reden und Familien sich auseinanderstreiten, wo Mütter Angst haben, verkrüppelte Kinder zu bekommen, da ist vor allem konkrete Lebenshilfe von der Kirche gefragt und Parteilichkeit für diejenigen, die sich in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen kein Gehör zu verschaffen vermögen. Und wer da vor Politisierung der Kirche warnt, der soll wissen, daß Schweigen keineswegs „unpolitisch“ und daß Nichts-Sagen die mieseste Form der Politik ist.

„Dein Ja sei ein Ja ...“

Dein Ja, heißt es, sei ein Ja, Dein Nein sei ein Nein! In Schwandorf fällt die Entscheidung, wer vor und wer hinter den Zäunen steht. In Schwandorf werden die Grenzpfähle des Kompromisses eingerannt; denn es gibt keinen Kompromiß zwischen dem Leben und dem Tod!“

16. Februar 1985



Der GAU im sowjetischen Reaktor von Tschernobyl am 26. April 1986 entfachte den Widerstand gegen die WAA in der Bundesrepublik.

Bürger

„Ja, wo is denn da eine Gefahr?“

Rosa Winter, Bäuerin, erlebte drei Hausdurchsuchungen, weil sie WAA-Gegner übernachten ließ

„Ich glaub, ich hab schon bald das Schlimmste mitgemacht von Euch allen.

Seit dem Hüttendorf bin ich aktiv geworden. Wir haben das am Fernsehen g'sehn, wie die WAA-Gegner von überall kommen, da haben wir gesagt, da gehn wir auch mal hin und schau uns das an, was da überhaupt los ist, so in Wirklichkeit. Dann haben wir natürlich auch die jungen Leute kennengelernt von überall her, Studenten und was halt alles so da war. Die haben gearbeitet den ganzen Tag. Vorher hat man natürlich so a bissel Abscheu gehabt vor solchen Leuten, die irgendwie a bissel komisch angezogen waren oder komische Haarschnitte gehabt haben. Aber, so schlimm waren die Leute gar nicht, wie sie aus'schaut haben. Da hat man natürlich die Leute kennengelernt.

Und dann ist auch mal in der Zeitung gestanden, es werden Übernachtungsmöglichkeiten gesucht. Da haben wir uns dann auch gemeldet, wir lassen Leute übernachten. Wir haben früher eine Landwirtschaft gehabt, und da waren natürlich Räumlichkeiten für die Leute da. Also haben wir die Leute übernachten lassen. Es sind halt immer mehr geworden und es hat sich scheinbar rumgesprochen. Die Leute waren alle anständig, weil, sonst hätten wir ja sowieso keine aufgenommen.

Und eines Tages, 1986, ist es dann losgegangen. Hausdurchsuchung, in der Früh, aufgefahren sind die, wie wenn ein Überfall wäre. Lauter Polizeifahrzeuge, die waren alle zivil, Kripo war das, in den Hof rein, die ganze Straße entlang ist lauter Bereitschaftspolizei gestanden. Die sind rausgesprungen und reingestürmt, wie wenn wirklich eine Verbrecherjagd wäre. Da hat mir dann so ein Kriminalbeamter, der den ganzen Einsatz geleitet hat, den Hausdurchsuchungsbefehl unter die Nase gehalten und dann durfte ich überhaupt nichts mehr machen. Mich mußten ständig zwei Polizeibeamte bewachen. Die waren bei mir. Ich durfte nicht einmal telefonieren. Ich habe gesagt, ich möchte erst mal einen Rechtsanwalt verständigen. Ja, das brauchen S' nicht, das können S' hinterher machen', haben sie mir zur Antwort gegeben. Es mußten ständig zwei Polizeibeamte mit mir gehen, die haben auch ganz verstört geschaut. Da hab ich dann gesagt, für mich reicht wirklich einer, da brauchen mir nicht immer zwei hinterherrennen. Da waren dann zufälligerweise vier Leute bei mir, die haben sie auch gleich mitgenommen, direkt abgeführt wie Verbrecher. Dann habe ich gesagt: Laßt mich den Leuten wenigstens noch ein Stück Brot geben oder einen Kaffee. Gott weiß, wie lange ihr die Leute da festhalten wollt. Weil man halt immer schon von Hausdurchsuchungen und so was gehört hat. Man hat ja nicht gewußt wie das überhaupt zugeht.

Ich hab' nichts zu verheimlichen

Das hat sich dann so bis Mittag hingezogen. Zu guter Letzt haben sie dann mich und meinen Mann mitgenommen. Jeden extra in ein Polizeiauto hinein. Dann haben sie uns erspart, nach Amberg zu fahren, dann haben

sie uns nach Schwandorf rein. Auch dann getrennt in Zimmer rein und haben uns vernommen. Ich habe dann auch eine Aussage gemacht. Wie ich dazu gekommen bin, Leute übernachten zu lassen? Da habe ich gesagt, ich hab' nichts zu verheimlichen. Alles mögliche habn S' mitgenommen. Also, mein Mann hat einmal durch einen Bekannten vom Bundesgrenzschutz so Arbeitsjacken und Arbeitshosen gehabt, die haben sie auch mitgenommen, als Polizeiuniformen.

Momentan haben wir schon a bissel einen Schock g'habt. Mein ganzes Anwesen haben die ja auf den Kopf gestellt, mein ganzes Haus, vom Keller bis zum Dachboden, die ganze Scheune, Stroh, Heu, alles haben sie umgewühlt, mit Suchgeräten. Alles Einschüchterung. Ausg'schaut hat's hinterher... Die Polizeibeamten mußten extra so Arbeitsuniformen überziehen, damit sie in der Scheune überall rumkraxeln konnten. Ein paar haben auch geflucht, weil sie in den Spinnweben rumwerkin mußten. Aber wir hab'n weiter Leute übernachten lassen.

Dann hab ich noch ein Verfahren gehabt wegen ein paar so abgebrochene und so alte, krumme Nägel, wo wir in einem Eimer gehabt haben, wo wir beim Bauholz die Nägel rausgezogen haben. Die haben sie mitgenommen, das war dann zur Vorbereitung von Krähfüßen', hat's geheißt. Jetzt krieg' ich ein Verfahren wegen Verstoß gegen das Waffengesetz', hat's geheißt. Das ist dann alles wieder eingestellt worden, da ist nichts herausgekommen.

Ich hab dann so einen Schrecken gekriegt. Ich habe gesagt, Leute, jetzt wennts ma niad helfts, ich bin da in a so a Situation reikemma, und mei Mo, wir halten das nervlich nicht mehr durch. Dann habn's g'fragt, warum mein Mann ein paar Schweißstäbe daheim gehabt hat. Dann hab ich gesagt, mein Mann hat damals in der BBI (Bayerischen Braunkohle-Industrie) gearbeitet und die hat er halt mal von einem Arbeitskollegen geschenkt bekommen. Wir haben gar kein Schweißgerät, mein Mann kann nicht mal schweißen, mein Mann ist Maurer. Ja, was machen Sie dann mit Schweißstäben? Da habe ich gesagt, ja, um Gottes willen, ist es denn verboten, wenn man die hat? Also, das war einfach schlimm.

Bis ich dann die grünen Autos gesehen hab'

Vor dem Musikfestival in Burglengenfeld 1986 da haben sich natürlich schon ein Haufen Leute angemeldet zum Übernachten. Einmal, wie ich einen Haufen Autos in meinen Hof reinfahren seh', denk ich mir, warum kommen die Leute schon am Donnerstag, die haben doch gesagt, sie kommen am Freitag. Bis ich dann gemerkt habe, daß das Polizei war, wie ich die grünen Autos gesehen habe. Und dann habe ich zu den Kriminalbeamten gesagt, ob jetzt das verboten ist, wenn man jemanden übernachten läßt, oder nicht. Dann hat er so mit den Achseln gezuckt und hat gesagt: Ja das liegt bei Ihnen, das ist Ihre Angelegenheit.' Da habe ich gesagt, sagen S' mir jetzt bitte, ist das verboten oder ist das nicht verboten? Dann hat er mir zur Antwort



Rosa Winter, WAA-Gegnerin.

gegeben: Vielleicht haben Sie noch einmal eine fahrlässige Brandstiftung am Hals.'

Da habe ich wieder Angst gekriegt und habe mir gedacht, wenn ich da in einem landwirtschaftlichen Gebäude Leute übernachten lasse, vielleicht ist das wirklich verboten, vielleicht brennt mein ganzes Zeug ab, wenn wirklich einmal einer eine Zigarettenkippe wegschmeißt oder was. Da habe ich mir gedacht, da muß ich mich jetzt erkundigen bei der Brandversicherung. Dann haben mir die zur Antwort gegeben, das kann ich jederzeit machen, das ist nicht verboten, ich muß bloß eine große Tafel hinhängen und draufschreiben 'Rauchen und offenes Licht strengstens verboten'. Das habe ich dann auch gemacht, daß ich alles vorschriftsmäßig habe, wenn wieder mal die Polizei kommt.

Am 10. Oktober 1987 im Morgengrauen ...

Dann habe ich wieder Leute übernachten lassen. 1987 ist dann eine Räumung drangekommen. Das war am 10. Oktober, am Freitag in der Früh, im Morgengrauen. Ich bin gerade aufgestanden, das muß so vor 6 Uhr gewesen sein. Ich bin aufgestanden, geh raus, hole mir die Zeitung, alles war ruhig, alle haben noch geschlafen. Ich geh' wieder rein, kaum bin ich drin, denk' ich mir, warum ist es denn auf einmal so laut im Hof. Wie ich beim Fenster rausschau, seh ich schon überall weiße Helme umherrennen, um Gottes willen! Ich bin dann gleich raus, dann stehen da gleich beim Haus zwei. Dann bin ich gleich zum ersten hin und habe gefragt, ja was ist denn los, sucht ihr jemanden, was soll das überhaupt? An der Hofeinfahrt standen mehrere Polizisten, alle mit Helmen, das Visier herunter. Ich habe zu ein paar gesagt: Ja um Gottes willen, wie schauts denn ihr aus, ihr schauts ja aus wie Raubritter, so eine Ritterkleidung hab't ihr an. Dann hat der gelacht, und habe mich so aufgeregt, dann hat er gesagt: Ja, ja, das brauchen wir schon'. An den Uniformen hab' ich die Berliner Bären gesehen. Dann habe ich gesagt, was ist denn überhaupt hier los, was wollts ihr da, ihr stürmt da überfallartig auf den Hof, habts ihr überhaupt einen Hausdurchsuchungsbefehl? Dann sagt der: Gehn Sie da vorne hin, da steht der Einsatzleiter.' Der hat dann so ein Sprachrohr in der Hand gehabt. Zu dem bin ich hin. Ja' sagt er, eine Personenkontrolle und eine Fahrzeugkontrolle'. Dann



Kein bayerisches Steckenpferd?

„Da stellt sich der Ministerpräsident Streibl jetzt im Landtag hin und sagt: ‚Die WAA war nie ein bayerisches Steckenpferd, auch nicht unter meinem Vorgänger‘. Ja, da frag' ich mich doch: Warum haben wir denn in den letzten acht Jahren eigentlich das alles gemacht?“

„So ohnmächtig“

„Am schlimmsten war die Ohnmacht. Bloß, weil einer schwarz angezogen ist und lange Haar' hat und anders aussieht, wird der zusammeng'schlag'n und niedergeknüppelt. Und du stehst daneb'n und kannst bloß zu am Polizist'n sag'n: Was macht's ihr denn da, ihr seid's ja wahnsinnig! Aber wirklich helf'n kannst einfach niemandem...“

(Edda Rettelbach, WAA-Gegnerin)

„Nur Befehle ausführen?“

„Natürlich ist das entsetzlich, wenn da ein Autonome mit einer Stahlkugelschleuder auf den Kopf von einem Polizisten zielt und ein anderer auf die Beine. Das ist besonders für uns von den Oberpfälzer Bürgerinitiativen so schlimm, weil wir uns ja immer für den gewaltfreien Widerstand eingesetzt haben. Aber man darf doch nicht einfach vergessen, daß vor jeder Demonstration bestimmte Politiker die Auseinandersetzung hochgeschaukelt haben. Wenn dann ein Polizist in Uniform dasteht und sagt: ‚Ihr habt's ja recht mit dem Widerstand, aber ich muß halt meine Pflicht tun und meine Befehle ausführen,‘ dann muß der auch damit rechnen, daß ein Demonstrant im Polizisten nur noch den Vertreter der anonymen Staatsmacht sieht, die so einen Schmarr'n wie die WAA durchdrücken will.“

(Dieter Kirpal, WAA-Gegner)

„Du bist vielleicht naiv!“

„Und wej scho' alles vobei war mit da WAA, dann hou i in Wackersdorf immer noch Plakate klebt für'n Widerstand. Dou is a Bekannte voubeiganga und had g'sagd: ‚Etz hört's do endlich amol aaf, de DWK is ja so friedlich, de machd doch etz gar nix mehr!‘ Dann hou i g'sagd: Du bistds vielleicht naiv! Glaabsd du ebba, des is scho alles vobei? Hosd du ebba scho vagess'n, wos de CSU und de DWK uns dauernd füara Zeich vazählt hab'n?“ (Gerlinde Sparrer, WAA-Gegnerin)



sagte ich, aha und da müßt ihr zu mir in der Früh um sechs Uhr herkommen, das ist ja direkt noch Ruhestörung. Ich hab' natürlich auch nach einem Hausdurchsuchungsbefehl gefragt. Dann hat er gesagt: ‚Das brauchen wir nicht‘. Ja, warum denn nicht, habe ich gesagt, ich habe schon einmal eine Hausdurchsuchung mitgemacht, und da hat mir der Einsatzleiter einen Hausdurchsuchungsbefehl gezeigt. ‚Wir handeln bloß nach dem Polizeiaufgabengesetz und hier ist Gefahr in Verzug.‘ Ja, wo ist denn hier eine Gefahr?, habe ich gesagt. Keiner hat hier was gemacht, alles ist ruhig, keiner hat hier etwas angestellt.

„Wie eine Viehherde rausgetrieben“

Die Leute haben sie überall herausgeholt, die haben ja überall geschlafen, aus den Schlafsäcken rausgeholt, haben sie in den Hof hergeholt und auf eine Gruppe zusammengetrieben, wie so eine Viehherde ist mir das vorgekommen. Das hat dann gedauert bis Mittag um elf Uhr. Zuerst haben sie die getrennt, die Männer extra und die Frauen extra, dann ist so ein großer Bus auf der Straße vorgefahren und hat sie abtransportiert. Einer nach dem andern. Jeder wurde dann an den Bus gestellt. „Hände hoch“, hat es geheißt, „Hände hoch am Bus und Beine

breit“. Durchsucht sind alle worden und abtransportiert. Ich habe dann hinterher gehört, die Männer sind nach Amberg gebracht worden, die Frauen nach Regensburg. Ich hab' aber trotzdem immer Leute bei mir übernachten lassen.

Ich hab' natürlich schon einen Schrecken gehabt, ich war fix und fertig. Ich habe gemeint, ich lande jeden Augenblick im Krankenhaus. Ich habe geweint, ich habe Augen gehabt, daß ich bald nicht mehr rausschauen konnte. Mir haben die Leute so leid getan, weil man da nichts machen kann dagegen. Die haben da die Leute einfach mitgenommen, ohne daß sie was angestellt haben. Wirklich, die schlafenden Leute rausgeholt und dann zwei Tage in Vorbeugehaft genommen haben.

Früher, da hab' ich Angst gehabt

Respekt vor der Polizei hab' ich jetzt überhaupt keinen mehr. Früher, ja da hab' ich schon Angst g'habt, wenn ich bloß von der Weit'n eine Fahrzeugkontrolle g'sehn hab. Da hab i glei g'schaut, ob ich an Fahrzeugschein und an Führerschein hab' und meine Papiere, daß ja alles in Ordnung is. Aber jetzt denk' ich mir überhaupt nix mehr. Die hab'n bei mir glatt das Gegenteil erreicht.“

„Du Lausbou“

„Dou hod amol so a junga Polizist zu mia g'sagd: Ja, Oma, wos mechs'd'n denn du dou beim Demonstrier'n, bleib doch daham! Nacha howe zu ihm g'sagd: Du Lausbou, howe gsagd, bleib denna du daham!“

(Roswitha Kullat, WAA-Gegnerin)

Polizei

„Fußstreife war lebensgefährlich“ Oberpfälzer Polizisten über ihre Einsätze am Bauzaun

Johann Wild aus Pingarten in der Gemeinde Bodenwöhr hat „von Anfang an die WAA nie akzeptiert“ und gibt offen zu, daß sich diese Haltung herausbildete „wegen der räumlichen Nähe und wegen des Unfriedens, der durch diese Anlage in unsere ruhige Region gekommen ist“. Das ist wohl nichts Besonderes in der Oberpfalz, wo allein im Dachverband der einheimischen Bürgerinitiativen gegen die WAA über 6000 Mitglieder registriert sind. Bei Johann Wild ist solche Gegnerschaft jedoch keine Normalität, denn er verdient seinen Lebensunterhalt als Polizeibeamter in Neunburg vorm Wald. Auf die Frage, ob denn seine Oberpfälzer Mitbürger ihm keine Sympathien entgegenbracht hätten, weil Wild ja ein lebender Beweis dafür sei, daß Polizisten eben nicht die „reinen Funktionierer“ sind, wie ihnen oft vorgeworfen wird, erzählt der 44jährige folgendes Erlebnis:

„Ich war ja wirklich oft da draußen tätig. Letztes Jahr, im Dezember, da haben wir beim Skiclub in Neunburg, wo ich Mitglied bin, unser Abschlußrennen gehabt. Da war ich aber für den Dienst an der WAA eingeteilt und hab' das Rennen sausen lassen müssen. Da sagt zu mir einer, den ich seit Jahren persönlich kenne, am Nachmittag da hinten, in seinem Oberpfälzer Dialekt: Du fauler Saubärna, geh hoam! Da hat's ein Gegröße gegeben rundherum, unvorstellbar.“

Wild und sieben seiner Kollegen, die seit

der Errichtung der Hüttendörfer 1985 am WAA-Gelände eingesetzt waren, sind sich einig: Mit einem Großteil der WAA-Gegner sind wirkliche Gespräche im Sinne eines ernsthaften Meinungs austausches seit langem nicht mehr möglich. „Seit 1985“, sagt Wolfgang Meier aus Amberg, „hören wir jetzt immer die gleichen Argumente. Wenn dann wieder einer anfängt, dann drehst dich halt um, und gehst weg.“ Das klingt ganz so, wie man sich einen routinierten WAA-Polizisten vorstellt: Eiskalt und abgebrüht, — was aber nicht stimmt.

„Das ist doch kein Nazi-Regime!“

So gibt zum Beispiel Stefan Hartinger, ebenfalls Beamter in Amberg, seine Zurückhaltung ganz schnell auf, als er mit einem Hauptvorwurf konfrontiert wird, den vor allem ältere WAA-Gegner häufig erheben: „Wenn einer zu mir sagt, ich bin ein ein Nazi oder ich verteidige da ein totalitäres Regime, dann geb' ich ihm zur Antwort: Gerade Du als Älterer mußt doch wissen, daß das nicht stimmt. Wir Jungen kennen das doch alles bloß noch aus Büchern. Wenn jemand mir mit so etwas kommt, dann versuch' ich auch, ihm habhaft zu werden. Weil, so geht's ja nicht!“

Das Gespräch mit den acht Polizisten, die ihre Arbeit am Bauzaun im Einzeldienst und nicht bei den Hundertschaften von Bereit-

schaftspolizei oder Bundesgrenzschutz verrichteten, drehte sich immer wieder um einen Punkt: „Wir waren und sind nicht dazu da“, betont Arthur Stelzer, Pressesprecher im Polizeipräsidium mehrfach, „um die WAA oder sonst ein Projekt durchzudrücken“. Die Polizei habe schlicht und einfach die Aufgabe, für die Sicherheit „auch von Demonstranten“ zu sorgen und „Straftäter festzunehmen, beziehungsweise Straftaten zu vereiteln“. Emil Rankl, Einsatzleiter aus Schwandorf, meint dazu: „Das tun wir doch auch bei einem Fußballspiel oder bei irgendeiner anderen Veranstaltung.“ Und der Vorwurf der Bürgerinitiativen, daß die Polizei die WAA-Gegner wahllos kriminalisiere und schikaniere? Wolfgang Meier unterstellt „da Böswilligkeit, wenn einer so was sagt!“. Und Rankl ergänzt: „Von 1985 an hab ich kein Weihnachten, kein Silvester, keinen Feiertag mehr gehabt. Mia san doch ned zur Gaudi do draußen g'wes'n!“ Die „Masse der Demonstranten hat ja friedlich ihren Protest ausdrücken wollen, aber zum Beispiel an Ostern und Pfingsten 1986, da war doch das ganze militante Protestpotential aus der Bundesrepublik in Wackersdorf.“

Babyflasche beschlagnahmt

Und sonst? Doch, sagt Wild, da sei schon das eine oder andere passiert, da sei mal eine Babyflasche beschlagnahmt worden und einmal habe er selbst gesehen, wie Kollegen einem Metzger aus der Gegend das Auto ausräumten, weil der „sein ganzes Besteck einschließlich Metzgermesser dabei gehabt hat“. Aber auch ein Polizist könne mal einen Fehler machen, noch dazu ein auswärtiger Kollege, der „unsere Leute nicht kennt“.

Andererseits: „Da wird ein junger Mann in einer Fahrzeugschlinge kontrolliert, der hat einen Benzinkanister im Auto. Dann stellt sich heraus, er hat einen zweiten, dazu einen Tuchfetzen und eine leere Flasche im Koffer-



„Da mußte ich davonlaufen“

„Einmal, da haben wir zu Hause Besuch bekommen und dann bin ich mit den Leuten zum Zaun, weil die das mal alles sehen wollten. Das war ganz privat und ich war in Zivil. Da mußte ich davonlaufen, weil ich als Polizist erkannt worden bin. Können Sie sich das vorstellen, wie das ist, wenn du keine Fußstreife mehr gehen kannst, weil das einfach lebensgefährlich war?“

(Johann Wild, Polizeibeamter und WAA-Gegner)



„Des war doch koa Gaudi!“

„Von 1985 an, da hab' ich kein Silvester mehr gehabt, kein Weihnachten und keinen Feiertag. Da muß ich sowieso meiner Frau dankbar sein, daß sie mir nicht davongelassen ist. Ja, glaab'n Sie denn, mia san do zur Gaudi drauß'n g'wes'n, an dem Bauzaun?“

(Emil Rankl, Polizeibeamter)



„Da unterstell' ich Bösartigkeit!“

„Wenn jemand sagt, die Polizei habe absichtlich Leute schikanieren oder sie würde da ein totalitäres Regime verteidigen, dann unterstell ich Bösartigkeit... Die Polizei ist nicht das Eigentum von irgendwelchen Politikern, auch wenn das manchmal so dargestellt wird!“

(Wolfgang Meier, Polizeibeamter)

raum liegen.“ Da müsse sich ja wohl niemand wundern, wenn da ein Polizist mißtrauisch werde und an Molotowcocktails denke. Was die Beamten überhaupt nicht verstehen, ist, daß jemand Krähenfüße auf die Straße legt: „Im Streifenwagen sitzen doch nicht einfach Uniformträger drin, das sind doch auch Menschen, die nach Hause zu ihrer Familie wollen. Oder stellen Sie sich vor, man muß zu einem Einsatz und wirklich schnell fahren, und dann geht bei zwei Reifen plötzlich die Luft aus!“ Oder: „Einmal bin ich mit Bekannten, die bei uns zu Besuch waren, zum Bauzaun gegangen, weil die das mal sehen wollten. Das war privat und ich war in Zivil. Da mußte ich davonlaufen, weil ich von WAA-Gegnern als Polizist erkannt wurde. Können Sie sich das vorstellen, wie das ist, wenn man keine Fußstreife mehr gehen kann, weil das teilweise wirklich lebensgefährlich war?“ (Wild)

Stammtisch-Informationen

Überhaupt nicht mehr nachvollziehbar ist für die Beamten, daß sogar nach dem offiziellen Abschied von der WAA Waldbrände gelegt werden, Sachbeschädigungen an der Tagesordnung sind und sich in den Jahren 1986/87 „sogar Mandatsträger dazu hergaben, beim Barrikadenbau an einer öffentlichen Straße mitzumachen“. Dafür fehlt Meier jedes Verständnis. Im übrigen sei wohl auch nicht jede Information als absolut seriös zu werten: „Vor allem an den Stammtischen, da hat jeder alle nur möglichen Arten von Polizeikontrollen an einem einzigen Tag erlebt. Oder er hat zumindest jemanden gekannt, der einen kennt, der gleich mehrfach gefilzt worden ist.“

Also keine Hoffnung mehr, daß zwischen den beiden WAA-Lagern jemals wieder ein Gespräch möglich ist? Die „Frontkämpfer“ aus der Oberpfalz widerlegen solchen Pessimismus: Es sei, vor allem „nach dem ganz schlimmen Jahr 1986“ mit den schweren Krawallen an Ostern, Pfingsten und teilweise



Alltag am Bauzaun.

auch bei den Herbstaktionen immer besser geworden. Besonders „wenn man die Leute gekannt hat und sie einzeln angesprochen hat“ habe man durchaus vernünftig mit den Leuten reden können. Sobald aber „20 von denen beisammengestanden sind, war's schon wieder aus“.

Und was meinen die Oberpfälzer zum Einsatz ihrer Kollegen aus Berlin, die bei der Demonstration am 10. Oktober 1987 so schneidig gegen alles vorgegangen waren, was sich ihnen in den Weg stellte. Dazu konnte Rankl „wirklich nichts sagen, weil wir das alles erst hinterher erlebt haben“. Jedenfalls sei es völlig richtig gewesen, daß Polizeipräsident Wilhelm Fenzl die Staatsanwaltschaft eingeschaltet habe. (Anmerkung der Redaktion: Alle 21 Ermittlungsverfahren, die nach über 400 Strafanzeigen von Demonstrationsteilnehmern gegen Angehörige der Berliner Einheit für lagenbezogenes Training „EblT“ eingeleitet worden waren, wurden ohne Anklage eingestellt.)

Der Riß verläuft aber nicht nur zwischen Bevölkerung und Ordnungshütern, sondern auch innerhalb der grünen Truppen. Die „kritischen Polizisten“ gelten bei den Oberpfälzer WAA-Beamten als „Nestbeschmutzer, die uns nur in den Rücken fallen, dabei sind viele von denen nicht einmal am Bauzaun gewesen“. Wenn ein Polizist seinen Frust

schiebe, dann solle er das zuerst innerhalb der Kollegen laut sagen, bevor er sich über die Medien aus dem Fenster hänge.

„Polizisten gehören keinem Politiker“

Zum Stichwort „Frustration“ stellten wir den acht Oberpfälzern die Frage, was sie, die jahrelang buchstäblich die Köpfe für die WAA hingehalten haben, nach der plötzlichen Verschiebung der nationalen Wiederaufarbeitung nach La Hague dachten: Zunächst kamen die Antworten noch gelassen, da könne man halt nichts machen, das „ist nicht unser Problem, wir sind froh, daß es vorbei ist“. Zusatzfrage: „Was halten Sie von der Ansicht bundesdeutscher Politiker, die immer wieder betonten, daß die Polizei mit der WAA für die Durchsetzung eines parlamentarischen Mehrheitsbeschlusses zu sorgen hat?“ Nach einiger Zeit antwortet Wolfgang Meier, Leiter des Einsatzzuges der Polizeidienststelle in Schwandorf: „Die Polizei ist nicht das Eigentum von einigen Politikern! Auch wenn das manchmal so dargestellt wird.“

Mehr war Meier trotz hartnäckigen Nachbohrens nicht zu entlocken. Auch seine Freunde mochten diese „Eigentums-Theorie“ nicht präzisieren. Widerspruch erntete Meier aber von keinem seiner Kollegen.



10. Oktober 1987 am Bauzaun von Wackersdorf.

Recht

Zerreißprobe für den Rechtsstaat

Das WAA-Genehmigungsverfahren: Betonierte Tatsachen

Am 2. April 1987 gelang dem 22. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) in München ein Kunststück, an dem sich zuvor viele Politiker vergeblich versucht hatten: Die fünf Richter schafften es an diesem Tag tatsächlich, die unversöhnlichen WAA-Gegner zumindest für einen kurzen Augenblick der Überraschung zu vereinen. An diesem denkwürdigen 2. April 1987 entschied der 22. VGH-Senat nämlich, daß das Brennelemente-Eingangslager in Wackersdorf ohne atomrechtliche Genehmigung errichtet werden könne, obwohl diese Lagerhalle später 1500 Tonnen hochradioaktiver Brennelemente auf Jahrzehnte hinaus aufnehmen sollte. Mit diesem Urteil erwischte das Gericht sowohl den Würzburger Rechtsanwalt Wolfgang Baumann, den Vertreter der Kläger, als auch Wolfgang Straßburg, den Rechtsexperten der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), auf dem falschen Fuß. Straßburg und Baumann waren, ebenso wie die Vertreter des Freistaates Bayern davon ausgegangen, daß für das BE-Lager eine Genehmigung nach Atomrecht unabdingbar sei. Schließlich, so hatte Baumann argumentiert, handle es sich bei diesem Projekt ja nicht um einen „Kartoffelkeller“.

Nicht mehr erklärbar

Dieser „Überraschungscoup“ der Münchner Richter war symptomatisch für den Verlauf des Genehmigungsverfahrens um die WAA von Wackersdorf. Die verschiedenen Urteile, die im Laufe der Zeit ergingen und die daraus resultierenden Reaktionen der Prozeßbeteiligten entwickelten sich mit der Zeit zu einem undurchdringlichen Dschungel. Sogar einer der absoluten WAA-Experten, Ministerialdirigent Dr. Josef Vogel vom bayerischen Umweltministerium, klagte gegenüber dem Hamburger „Spiegel“ einmal, er könne „auch den eigenen Kindern“ nicht mehr erklären, was sich warum vor welchen Gerichten abspiele. Das juristische Gezerre um Wackersdorf wurde zur Belastungsprobe für den Rechtsstaat, denn letztendlich hatte sich doch als wahr erwiesen, wovor viele WAA-Gegner immer gewarnt hatten: Obwohl die DWK im Februar 1988 auch noch in erster Instanz den Prozeß um den Bebauungsplan verlor, wurde in Wackersdorf weitergebaut als ob nichts geschehen wäre. Die „normative Kraft des Faktischen“ hatte sich durchgesetzt.

Daß mit der WAA in Wackersdorf auch juristisches Neuland betreten wurde, formulierte der Vorsitzende des 22. VGH-Senats, Dr. Richard Metzner, zu Beginn eines Verhandlungstages so: „Jetzt müssen wir uns zuerst darüber unterhalten, was eine Wiederaufarbeitungsanlage im rechtlichen Sinne überhaupt ist.“ Diese Grundsatzfrage bezog sich darauf, daß im Gegensatz zu einem Kernkraftwerk der Anlagenbegriff einer WAA noch nicht feststand. Bei einem Reaktor zählt auch der Schutzzaun noch als Bestandteil der Gesamtanlage, weil dieser der sogenannte Aufpunkt für die Messung radioaktiver Emissionen ist („weiter Anlagenbegriff“). Der VGH zog bei der Wiederaufarbeitungsanlage von Wackersdorf den Anlagenbegriff ausgesprochen eng und vertrat die Ansicht, daß vorerst nur das Hauptprozege-

bäude eine atomrechtliche Genehmigung brauche. Mit dieser Begründung hob der VGH an jenem 2. April 1987 die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung auf, die das bayerische Umweltministerium am 24. September 1985 erteilt hatte.

Für die Bauherrin hatte dies keinerlei Folgen. Denn zum einen hatte Vorsitzender Richter Metzner ausdrücklich betont, daß die atomrechtliche Genehmigung nur „berflssig“ und keinesfalls rechtswidrig gewesen

sei. Zum anderen hatte der Oberpfälzer Regierungspräsident Karl Krampol für die parallel von der DWK beantragten Baugenehmigungen „Sofortvollzug“ erteilt, mit anderen Worten: Wer auch immer eine Klage gegen die Baugenehmigungen anstellte, erzielte damit keine aufschiebende Wirkung. Kläger-Anwalt Baumann forderte vergeblich die Rücknahme des Sofortvollzuges zumindest so lange, bis das Bundesverwaltungsgericht entschieden habe, ob das Brennelemente-Eingangslager tatsächlich ohne atomrechtliche Genehmigung gebaut werden dürfe „wie eine Garage“ und sprach wiederholt vom „größten Schwarzbau der Republik in Wackersdorf“. Im Juli 1988 fllte das Bundesverwaltungsgericht den Beschluß, daß an der WAA weitergebaut werden dürfe. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mußte sich erneut mit dem Problem beschäftigen, ob das Brennelemente-Eingangslager nicht doch eine atomrechtliche Genehmigung brauche. Der 22. VGH-Senat wurde am 6. Juni 1989 ei-



Richter des 22. Senats des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes mit Vorsitzendem Dr. Richard Metzner (Mitte).



Begegnung zweier Welten. WAA-Gegner Michael Sailer vom Freiburger koinstitut sitzt in Neunburg v. W. auf dem Tisch vor Diskussionsleiter Rudolf Mauker vom bayerischen Umweltministerium. Kurz vor Ende des Erörterungstermins mußte der erschppte Mauker sein Amt an Hermann Basse abgeben.

ner Entscheidung enthoben. An diesem Tag, an dem in Bonn die deutsch-französische Vereinbarung über eine gemeinsame Wiederaufarbeitung in La Hague unterzeichnet wurde, hob Bayerns Umweltminister Alfred Dick (CSU) den Sofortvöllzug für die Bauarbeiten in Wackersdorf auf. Der Sofortvöllzug hatte seine Schuldigkeit getan: Im August 1988 meldete die DWK stolz, daß „die Verkleidung der Außenwände“ des Brennelemente-Eingangslagers „weitere Fortschritte“ mache und „im Inneren der große Hallenkran montiert“ werde.

Juristische Perversität

Als das Bundesverwaltungsgericht sich mit der 1. TEG beschäftigte, erreichte das Genehmigungsverfahren um die WAA seinen ersten skurrilen Höhepunkt. Es hätte nämlich durchaus passieren können, daß die DWK ausgerechnet dann mit einem Baustopp hätte rechnen müssen, wenn sie vor dem Bundesverwaltungsgericht erfolgreich gewesen wäre. Diese juristische Perversität kam so zustande: Nachdem die bayerischen Verwaltungsrichter die erste TEG aufgehoben hatten, legte die DWK Revisionsbeschwerde in Berlin ein, weil die Bauherrin in der Grundsatzfrage des Anlagenbegriffes von Anfang an klare Verhältnisse haben wollte. Die DWK wollte beim Bundesverwaltungsgericht erreichen, daß eine atomrechtliche Genehmigung für das Brennelemente-Eingangslager doch als erforderlich eingestuft werde. Wenn die Berliner Richter eine entsprechende Anordnung nach Bayern durchgeben hätten, ohne gleichzeitig den Weiterbau der WAA zu genehmigen, wäre folgende Situation eingetreten: Nun wäre die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung des bayerischen Umweltministeriums tatsächlich in Kraft getreten und hätte erst einmal von den bayerischen Verwaltungsrichtern auf ihre Gültigkeit geprüft werden müssen. Ein Baustopp für das Brennelemente-Eingangslager wäre also zumindest bis zum Ende dieser Prüfung unvermeidbar gewesen. Bis heute (Mitte Juli 1989) ist noch nicht geklärt, ob das BE-Lager nun eine atomrechtliche Genehmigung braucht oder nicht. Der juristische Fachterminus für diese auch mit noch so vielen Worten nicht mehr erklärbare Situation heißt, daß die Aufhebung der ersten atomrechtlichen Genehmigung „schwebend unwirksam“ ist. Auf dieser „schwebend unwirksamen“ Grundlage, die völlig „legal“ ist, hat die DWK ihr 50 Millionen Mark teures Brennelemente-Eingangslager mit ganz nor-



Die insgesamt 881 000 Einwendungen zum zweiten Erörterungstermin aus Österreich . .

malen Baugenehmigungen in den Boden des Taxölderner Forstes gesetzt.

Am 29. Januar 1988 sorgte der 22. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes dann für eine regelrechte Sensation. Nach einem viertägigen Verhandlungsmarathon über die mögliche Gefährdung der Grundwasservorkommen in der Bodenwöhrer Senke, in dessen Verlauf ein Richter wegen Erschöpfung ausgewechselt werden mußte, erklärte das Gericht den Bebauungsplan der WAA für nichtig. Auch mit diesem Urteil hatte niemand gerechnet. Vor allem die Begründung löste ungläubiges Erstaunen aus, weil der 22. Senat nun eine Kehrtwendung vollzogen hatte. Nachdem das Gericht vorher stets die Ansicht vertreten hatte, daß bis auf das Hauptprozeßgebäude alle Bauten auf dem WAA-Gelände ohne atomrechtliche Genehmigung erteilt werden könnten, hieß nun einer der Leitsätze: „Bei Erlaß eines Bebauungsplans für eine kerntechnische Anlage im Sinne des Paragraphen 7 Abs. 1 Atomgesetz dürfen nuklearspezifische Risiken, die in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren als sog. Restrisiko notwendig in Kauf genommen werden, aus der bauleitplanerischen Abwägung nicht ausgeblendet werden.“ Das

Landratsamt Schwandorf, beziehungsweise das bayerische Innenministerium, hatten zwar im Bebauungsplan darauf verwiesen, daß das nukleare Risiko im atomrechtlichen Verfahren abgehandelt werde. Dies war jedoch dem 22. VGH-Senat zuwenig. Die Richter forderten plötzlich, daß die Abwägung nuklearer Risiken schon beim Bebauungsplan und damit von Anfang durchgeführt werden müsse.

Einmal ganz nahe am Baustopp

Damit hatte der Senat seine bisherige Haltung, das Atomrecht erst sehr spät greifen zu lassen, aufgegeben. Auch Juristen der WAA-Gegner glaubten, daß dieses Urteil keine Bestand haben werde, weil damit praktisch jede größere Industrieanlage schon durch Klagen gegen den Bebauungsplan Jahrzehnte lang verzögert werden könnte. Der Schock über den Bannspruch des Senats saß tief: Einem Vertreter des bayerischen Innenministeriums entschlüpfte noch im Gerichtssaal gegenüber Journalisten der Satz: „Wir haben doch damit gerechnet, daß das Gericht uns vorher wenigstens eine Andeutung von diesem Urteil machen würde . . .“

Nach der Urteilsverkündung geschah etwas, das trotz öffentlicher Verbreitung so gut wie kein Echo erzeugte: In den 14-Uhr-Nachrichten des Bayerischen Rundfunks wurde am 29. Januar 1988 gemeldet, daß ein Vertreter des Bundesbauministeriums nun einen WAA-Baustopp zumindest so lange für erforderlich halte, bis die Auswirkungen dieses Urteils geklärt seien. Kurze Zeit später klangen aber schon wieder die gewohnten Töne aus Bonn: Baustopp nicht erforderlich, das Bundesumweltministerium erklärte sich für baurechtliche Fragen nicht zuständig, das Bundesinnenministerium verwies auf bayerisches Landesrecht, das im Rahmen der allgemeinen Rahmengesetzgebung gesprochen worden sei. Für den Bund bestünde jedenfalls kein Anlaß zum Eingreifen.

Natürlich forderten die WAA-Gegner nun mit Macht die Einstellung der Bauarbeiten im Taxölderner Forst. Dies schien auch nachvollziehbar, denn mit der Nichtigkeitsklärung des Bebauungsplans war eigentlich die Rechtsgrundlage für die Baugenehmigungen entfallen. Nun aber wiederholte sich das gleiche Schauspiel, das zuvor schon nach der Aufhebung der ersten atomrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigung zu bewundern war.



und der Bundesrepublik wurden kistenweise im Umweltministerium angeliefert.

Fortsetzung von Seite 25

Jetzt legte die Bayerische Staatsregierung gegen die Nichtigkeitserklärung des Bebauungsplans Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein, über die bis Mitte Juli 1989 ebenfalls noch keine Entscheidung ergangen ist. Die Folge war: Der 22. VGH-Senat hatte zwar den Bebauungsplan gekippt. Diese Entscheidung kann aber nicht vor einem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichtes wirksam werden und gilt deshalb als „schwebend unwirksam“. Anders ausgedrückt: Der Bebauungsplan, auf den die DWK all ihre Bautätigkeiten in Wackersdorf stützte, war nur noch ein „schwebend wirksames“ formal-abstraktes juristisches Gebilde. Der Oberpfälzer Regierungspräsident Karl Krampol wurde im Frühjahr 1989 von den Münchner Richtern kräftig gerüffelt, nachdem er öffentlich gefordert hatte, der 22. VGH-Senat solle endlich in das atomrechtliche Genehmigungsverfahren eintreten

und erklären, ob die nur noch kraft Sofortvollzug bestehenden Baugenehmigungen gültig blieben.

Ein mittleres Erdbeben

Am 9. September 1988 erging dann jedoch eine Entscheidung aus Berlin, die in den Mägenkreisen der Atomindustrie ein mittleres Erdbeben ausgelöst haben dürfte. Das Bundesverwaltungsgericht hob in einer bis dahin einmaligen Entscheidung nach mehr als 13 Jahren die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich auf, die das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium am 9. Januar 1975 erteilt hatte. Die Rheinisch-Westfälischen Energiewerke (RWE) planten „Am guten Mann“ einen Reaktor, der in sogenannter Kompaktbauweise errichtet werden sollte. Bei dieser Konstruktion steht das Maschinenhaus unmittelbar neben dem Reaktorgebäude, was den großen Vorteil hat, daß diese beiden zen-

tralen Blöcke eines Atommeilers nicht durch lange Rohrleitungen verbunden werden müssen.

Schon bald stellte sich jedoch heraus, daß das Reaktorgebäude auf eine geologische Verwerfungszone zu stehen käme, weshalb die Kompaktbauweise aufgegeben werden mußte. Nun sollten Maschinenhaus und Reaktor doch auseinandergelagert und durch lange Rohrbrücken verbunden werden. Da diese Neuerung in der ersten Teilgenehmigung noch nicht enthalten war, erteilte das Wirtschaftsministerium der Bauherrin zahlreiche „Freigabebescheide“ und verzichtete auf eine Neuauflage des Genehmigungsverfahrens. Der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes unter Präsident Dr. Horst Sander machte einen dicken Strich durch diese Rechnung. Die Richter forderten, daß bei einer Änderung des „metergenau festgelegten“ Anlagenkonzepts 1300-Megawatt-Reaktors auch ein neues Genehmigungsverfahren durchzuführen sei. Analog dazu entbrannte in Bayern ein neuer Rechtsstreit um die WAA von Wackersdorf.

Anfang 1989 forderten der Würzburger Rechtsanwalt Wolfgang Baumann und der WAA-Experte Michael Sailer vom Freiburger Ökoinstitut die Neuauflage des Genehmigungsverfahrens, weil „die DWK jetzt plötzlich mit einem völlig geänderten Konzept daherkommt“. Das Umweltministerium erklärte dazu, die sechs von der DWK nachgereichten Aktenordner enthielten lediglich „einen Abgleich der Antragsunterlagen entsprechend dem zunehmenden Detaillierungsgrad“. Die DWK entgegnete dem Vorwurf, sie sei unfähig, die WAA zu konzipieren und zu errichten: Die Frage nach der Kompetenz sei „bei den Herren Baumann und Sailer zu stellen“. Es sei selbstverständlich, daß im Verlauf einer jahrelangen Planung Anpassungen an den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik durchgeführt werden müßten. Ein neues Genehmigungsverfahren sei deshalb genauso überflüssig wie eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit.

Inhaltlich gleich, aber revidiert

Der bayerische Umweltminister Alfred Dick (CSU) faßte am 1. März im Landtag zu München den Streit um eine Neu-Konzeption der WAA so zusammen: „Bei den von der



Der 1300-Megawatt-Reaktor im rheinland-pfälzischen Mülheim-Kärlich. Im September 1988 hob das Bundesverwaltungsgericht in einem Aufsehen erregenden Urteil die 13 Jahre zuvor erteilte erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk auf und gab damit den WAA-Gegnern neuen Auftrieb.

Papiertiger Entsorgung

Der Betrieb der bundesdeutschen Kernkraftwerke ist laut Atomgesetz nur zulässig, wenn für die schadlose Beseitigung der dabei anfallenden radioaktiven Abfälle gesorgt ist. Nachdem sich die Bundesregierungen jahrelang überhaupt nicht um dieses Problem gekümmert hatten, einigten sich im September 1979 die sozial-liberale Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) mit Zustimmung der Union und der Bundesländer auf das sogenannte „integrierte Entsorgungskonzept“. Das bedeutet, daß abgebrannte Brennelemente aus den Reaktoren erst wiederaufgearbeitet und die hochradioaktiven Abfälle dann unter Tage endgelagert werden. Das Atomgesetz schreibt die Pflicht zur „Wiederverwertung“ der Brennelemente vor, wenn dies schadlos geschieht, dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht und wenn es volkswirtschaftlich vertretbar ist. Bei der Wiederaufarbeitung werden 96 Prozent des Urans und ein Prozent Plutonium aus den abgebrannten Brennstäben gewonnen, der Rest ist hochradioaktiver Abfall in Form von Spaltprodukten.

Die Stromversorgungsunternehmen, die auf Anweisung der Bundesregierung die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen gründeten, leiteten aus dieser Pflicht zur Wiederverwertung den Zwang zum Bau einer nationalen Wiederaufarbeitungsanlage ab. (Nachdem am 11. April 1989 bekanntgeworden war, daß die VEBA mit dem französischen Nuklearunternehmen COGEMA einen Vertrag über eine gemeinsame Wiederaufarbeitung in La Hague geschlossen hatte, hieß es vom Bonner Umweltministerium: „Kein Problem, weil das Atomgesetz eine Wiederaufarbeitung im Ausland nicht ausdrücklich verbietet.“)

Nach dem „Aus für Wackersdorf“ will die SPD jedoch den „Papiertiger“ Entsorgungskonzept endgültig zerreißen. Am 18. Juli 1989 erklärte der Energieminister von Schleswig-Holstein, Günther Jansen (SPD), daß seiner Ansicht nach die Grundsätze für die Entsorgung der Kernkraftwerke nicht mehr gültig seien. Notfalls wolle er dies vom Bundesverfassungsgericht klären lassen. Der Gießener Rechtswissenschaftler Klaus Lange war zuvor in einem Gutachten laut „Frankfurter Rundschau“ vom 19. 7. 89 zu dem Schluß gekommen, daß bis heute nicht geprüft sei, ob

die Wiederaufarbeitungsanlagen im britischen Sellafield und in La Hague, wo deutsche Brennstäbe behandelt werden, überhaupt den bundesdeutschen Sicherheitsbestimmungen entsprächen. Deshalb sei nach dem Aus für Wackersdorf die Rechtslage „äußerst zweifelhaft“.

Die bereits seit Jahren praktizierte Wiederaufarbeitung im Ausland war ohnehin nur möglich, weil die deutschen Gerichte die Erschließung des Salzstocks von Gorleben und die Bauarbeiten in Wackersdorf als Fortschritte bei der Erstellung eigener Entsorgungseinrichtungen akzeptierten. Nachdem es bei Schachtarbeiten in Gorleben im Mai 1987 zu einem Unfall gekommen war, bei dem ein Bergmann starb, stellte die Staatsanwaltschaft diese Arbeiten ein. Somit konnte nur noch mit den Bauarbeiten an der WAA in Wackersdorf demonstriert werden, daß die Bundesrepublik ein eigenes Entsorgungskonzept verwirkliche.

In Wackersdorf durfte es also gar keinen Baustopp geben. Sonst hätte es nämlich durchaus passieren können, daß der Betrieb der Kernkraftwerke per Gerichtsbeschluß eingestellt worden wäre. (mh).

DWK vorgenommenen Änderungen handelt es sich um eine inhaltlich gleiche, aber redaktionell überarbeitete revidierte Konzeptbeschreibung.“ Jedenfalls kam es nicht mehr zur zweiten von der DWK beantragten Teilerrichtungsgenehmigung für das Hauptprozeßgebäude der WAA, die Dick ursprünglich für Dezember 1988, dann für das Frühjahr 1989 angekündigt hatte. Die von VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder ausgehandelte „europäische Lösung“ in La Hague machte die Arbeit ganzer Beamtenstäbe mit einem Schlag zur Makulatur.

Auch der im Juni 1989 in schwere politische Bedrängnis geratene SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer aus Burglengelfeld hatte sich vergeblich angestrengt. Zierer hatte am 19. August 1988 als stellvertretender Landrat von Schwandorf der DWK die Genehmigung für den Bau des Hauptprozeßgebäudes mit der Begründung versagt, die Bauherrin habe wesentliche Antragsunterlagen nicht nachgereicht. Die DWK beschwerte sich daraufhin bei der Regierung der Oberpfalz und bekam recht: Zierer habe die Abwesenheit von Landrat Hans Schuierer für einen „medienwirksamen Auftritt“ genutzt und gegen die „Grundsätze eines fairen Verfahrens“ verstoßen.

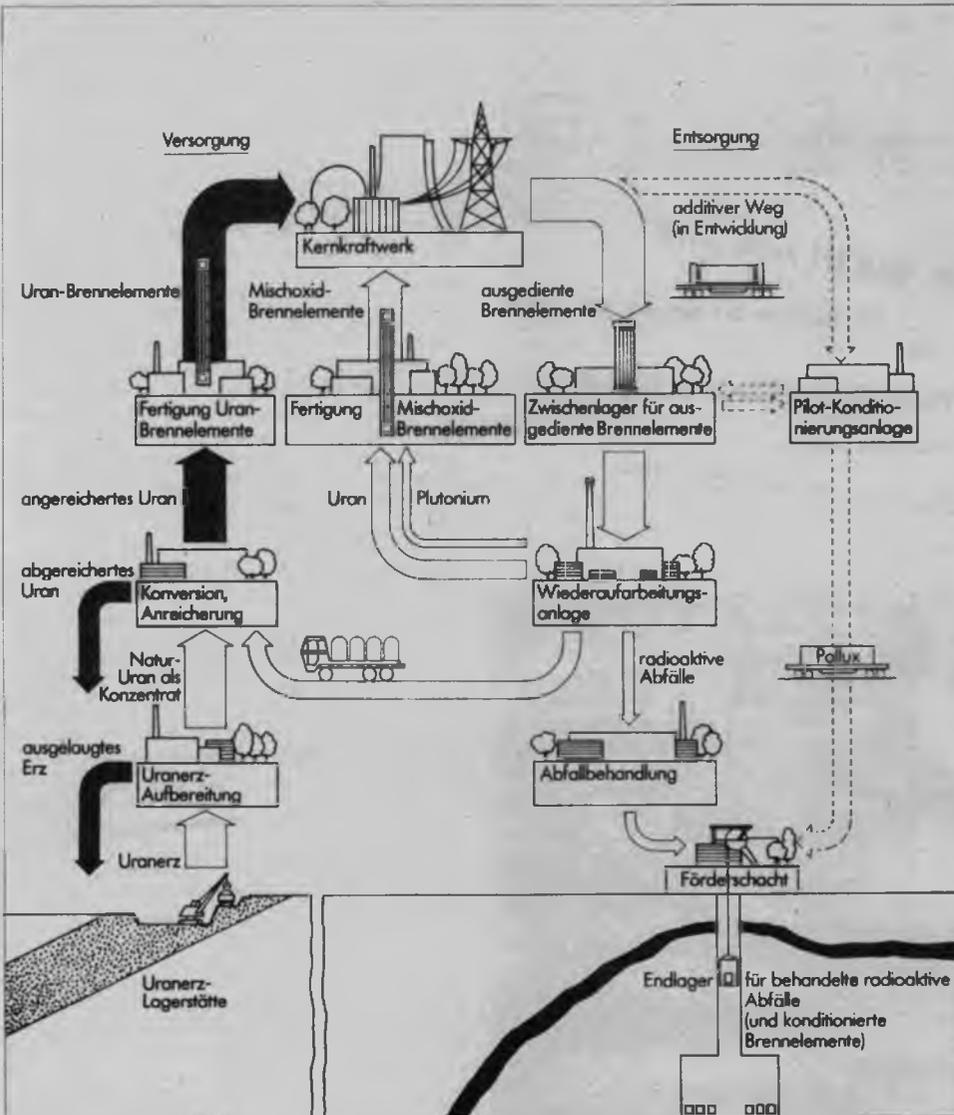
An diesen Streit, der vor nicht einmal einem Jahr zu Dauer-Schlagzeilen führte, erinnert man sich jetzt, da die unendliche Geschichte der WAA von Wackersdorf beendet ist, kaum mehr. Aber auch die Kontroverse um das Hauptprozeßgebäude war letztlich nahezu irrwitzig. Denn ohne atomrechtliche Genehmigung durch das Umweltministerium hätte der Bau des Hauptprozeßgebäudes ohnehin nicht beginnen können.

Dr. Richard Metzner, der Vorsitzende des 22. VGH-Senats, hatte den Streit der Juristen einmal als „atypisches Genehmigungsverfahren“ bezeichnet. Ein Münchner Rechtsanwalt, der der Gemeinde Wackersdorf bei der Verhandlung um den Bebauungsplan beistand, sagte damals während einer Verhandlungspause: „Bei diesem Durcheinander kann man doch wirklich nicht mehr lange zuschauen, wenn der Respekt vor dem Recht keinen Schaden nehmen soll.“

Und was wäre gewesen, wenn VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder im Frühjahr 1989 der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) nicht gezeigt hätte, wo das Schlupfloch für die Flucht aus Wackersdorf zu finden sei? Helmut Mederle



Wolfgang Baumann, der Rechtsanwalt der WAA-Gegner aus Würzburg, nach der Nichtigkeitserklärung des WAA-Bebauungsplans am 29. Januar 1988.



Der „additive“ Weg meint die direkte Endlagerung abgebrannter Brennstäbe ohne vorherige Wiederaufarbeitung. Noch gibt es aber auf der ganzen Welt kein Endlager für hochradioaktive Abfälle.



Michl Meier, Bauer aus Altenschwand: Seiner Hartnäckigkeit haben es die WAA-Gegner zu verdanken, daß der 22. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes den Bebauungsplan für nichtig erklärte und damit die DWK und die bayerische Staatsregierung vor erhebliche juristische Probleme stellte.



WAA-Gegner beim Aktenstudium.

Im Gespräch

nicht mehr klar ausmachen, wer denn nun eigentlich „vorn“ liegt und eifrig punktet. Schuierers Gestik taut langsam auf, hütet sich aber vor Theatralik. Ein Routinier in Sachen WAA-Gegnerschaft meldet sich zu Wort und gibt sich durchaus beschlagen, doch eigenartig: Im Streit mit Krampol kann der „Hoffnungsträger“ vieler Kernkraftgegner nie so ganz den Respekt vor dem „Vorgesetzten“ verhehlen, der Weisungen erteilt und disziplinieren darf. Schuierers Selbstbewußtsein ist wohl auf, läßt sich aber auch Zeit zum Durchbruch. Erst am Ende der Kontroverse hat sich Schuierer „freigeschwommen“. Die Tagesform war vermutlich ausschlaggebend für das lange „Warmlaufen“ des Wahrheitsuchers, so der Landrat nach eigenem Verständnis. Fazit: Schuierer ist ein harter Kämpfer wider die WAA und kann überzeugen; drum rechnet er auch mit 75 Prozent Wählerstimmen bei der nächsten Landratswahl.

■ In Stichworten: Hans Schuierer, verheiratet, zwei Kinder, wurde am 6. Februar 1931 in Klardorf geboren, absolvierte die Volksschule, machte die Maurerlehre, arbeitete im Bauhof des Landratsamtes Burglengenfeld und ließ sich per Fernkurs zum Bauingenieur ausbilden. Schon mit 25 Jahren wurde er SPD-Kreisrat des Altlandkreises Burglengenfeld, Gemeinderat in Klardorf und 1964 Bürgermeister daselbst. Seit März 1970 ist Hans Schuierer SPD-Landrat; damals wurde er mit gut 70 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt. Kommunalpolitik ist für den populären Landrat im Lkr. Schwandorf eine „Lebensaufgabe“, wie er einmal in einem Interview sagte.



Karl Krampol

Regierungspräsident Karl Krampol ist Pfeifenraucher. Und Pfeifenraucher sind eher gemütliche Menschen, Streß und Hektik gänzlich abgeneigt. Aber im Gespräch mit Landrat Hans Schuierer wird der stets um Weisheit bemühte Regierungspräsident „feurig“. Die zunächst noch verschränkten Hände stoßen in die Luft und winken heftig mit erhobenen Zeigefingern. Verstärkt wird die Gestik, die sich später immer mehr Pausen gönnt, durch die Zitierung Schuierers an passender Stelle. Sagt der SPD-Landrat etwas, was in den Augen Krampols helle Empörung auslösen muß, wiederholt der Regierungspräsident die „Zumutung“ seines Gegenüber mehrfach, deutlich und nachdrücklich, so als erwarte er die Artikulation des blanken Entsetzens ad hoc. Aber auch in der „stummen Rolle“ des Zuhörers merkt man Krampols Bewegungen Erregtheit an. Er kratzt an Flecken am Anzug, die keine sind, er blättert in den Unterlagen, die er nicht braucht und er tritt überwiegend mit der Attitüde des „Dienstherrn“ auf, obwohl er der Autorität von Amts wegen nicht bedarf. Zu erklären ist Krampols Nervosität – vor allem am Anfang des Gesprächs – mit der „schiefen Schlichtordnung“. Den offenen Schlagaustausch mit Schuierer hätten schon längst hochrangige CSU-Abgeordnete führen müssen, kniffen aber bisher. Fazit: Krampols ungeschützter Sprung in die Bresche hat den WAA-Befürwortern einen Befreiungsschlag eingebracht.

■ In Stichworten: Karl Krampol, verheiratet, drei Kinder, wurde am 14. Dezember 1928 in Brünn/Mähren geboren, machte das Abitur 1947 in München, studierte Jura und Betriebswirtschaft und arbeitete nach dem Großen juristischen Staatsexamen anno 1955 als Regierungsrat bei der Regierung von Oberbayern und beim Landratsamt Schongau. Von 1959 bis 1973 war Krampol im Polizeidienst aktiv – zuletzt als Polizeipräsident – und von 1973 bis 1981 als Ministerialdirigent Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Seit April 1981 ist Karl Krampol Regierungspräsident der Oberpfalz.

(Januar 1986) Karl-Heinz Weigel



Hans Schuierer

Landrat Hans Schuierer – seit kurzer Zeit Nichtraucher – ist in der politischen Arena wohl kampferprobter denn Krampol, den er persönlich schätzt. Und diese Wertschätzung beruht auf Gegenseitigkeit. Ferner hat Schuierer den Vorteil, daß die erste Frage an den Regierungspräsidenten gestellt wird und somit Zeit zur „Sondierung des Feldes“ bleibt. Schachspieler wissen, daß der erste Zug in die Offensive führen kann – aber auch in die Defensive. Im Lauf des langen Disputs läßt sich dann

„Landräte sind unbequem, das gehört zum Amt“
Mehrheit der Bürger ist gegen die WAA
Von Manipulation kann keine Rede sein
Negatives Gutachten abgelehnt
Die Technologie der Endlagerung steht

Verständnis für Leute, die dagegen sind

Ich lasse mir von niemanden das
Recht auf Wahrheit verbieten.
Hans Schuierer

Ich bin der Meinung, wir sollten
mit unserer Sprache behutsamer
umgehen.
Karl Krampol



Hans Schuierer und Karl Krampol beim MZ-Gespräch im Januar 1986.



„Wir sitzen noch an einem Tisch“ Karl Krampol und Hans Schuierer in zwei MZ-Gesprächen

Am 18. Januar 1986 erschienen in der MZ zwei Seiten unter dem Titel „Die Aktuelle Diskussion“. Erstmals hatten sich der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer (SPD), die Leitfigur des friedlichen politischen WAA-Widerstandes schlechthin, und Karl Krampol, Regierungspräsident der Oberpfalz und Mitglied der CSU zu einem Streitgespräch getroffen. Damals entwickelte sich wegen des Einsatzes von Polizeihunden bei der Räumung des zweiten Hüttendorfes folgender Wortwechsel:

Schuierer: „Ich habe von der Einsatzleitung her nichts gehört, aber ich habe genau bemerkt, wie ein Polizeibeamter diesen Hund auf mich gehetzt hat.“

Krampol: „Wie hat er das gemacht?“

Schuierer: „Ich kann es nicht genau sagen, ob er nun „pack ihn“ oder „faß ihn“ gesagt hat. Er hat irgendeinen Ausdruck gebraucht für den Hund und mit der Leine irgendwie geschlagen. Daraufhin ist der Hund auf mich los.“

Krampol: „Meine Damen und Herren von der MZ, gehen Sie mit aller Schärfe dieser Erklärung nach, es seien Menschen auf Polizeihunde gehetzt worden! Ich bitte Sie um schonungslose Aufklärung. Ich halte die Behauptung glatt für falsch, Polizeihunde sind so ausgezeichnet ausgebildet, die reagieren nur auf Befehl. (...) Daß ein Hund auf einen Menschen losgeht, ohne einen Anlaß, ist bei dieser Polizeiausbildung nicht möglich!“

Und drei Jahre später?

Fast dreieinhalb Jahre später, Mitte Juni 1989, kamen die Kontrahenten von damals erneut in unserer Redaktion zusammen. Das Gespräch begann damit, daß Hans Schuierer vom selben Hundeeinsatz erzählte wie im Januar 1986. Karl Krampol reagierte mit demselben Argument, daß nämlich ein Polizeihund niemals ohne Anlaß auf einen Menschen losginge. Und doch war alles anders. Krampol und Schuierer saßen sich nicht mehr gegenüber, wie drei Jahre zuvor im Konferenzraum der MZ, sondern nebeneinander. Auch der Tonfall hatte jede Schärfe verloren: Zwei Wochen vor diesem Gespräch hatten die Regierungen von Bonn und Paris mit dem Vertrag über eine deutsch-französische Wiederaufarbeitung in La Hague der WAA von Wackersdorf jegliche Zukunft verbaut.

Wenn dennoch so eine Einzelheit wie der „Hundestreit“ sich über mehr als drei Jahre im Gedächtnis zweier Politiker einprägt, dann läßt das schon Rückschlüsse darauf zu, welche Spuren die jahrelange Auseinandersetzung um die WAA bei den Beteiligten hinterlassen hat. In Schuierers Gesicht haben sich inzwischen tiefe Furchen eingegraben und von Krampol weiß man, daß der Herzanfall, den er im Herbst 1988 erlitten hatte, sehr viel mit dem Streit um Wackersdorf zu tun hatte. Können sich denn zwei Hauptkontra-

henten nach solchen Erfahrungen noch an einen Tisch setzen, ohne für den Gegenüber persönliche Feindschaft zu empfinden? Die Antwort: „Ich habe auch während der WAA-Streitereien niemals persönliche Probleme mit Herrn Schuierer gehabt“, sagt Krampol. Im übrigen habe die Zusammenarbeit zwischen Landratsamt Schwandorf und dem Regierungspräsidium der Oberpfalz „bis auf diesen einen Punkt immer hervorragend funktioniert“. Schuierer verweist darauf, daß „wir ja hier tatsächlich nebeneinander sitzen, da ist persönlich wirklich nichts zurückgeblieben“. Die Frage nach dem „Schlüsselerlebnis“ der vergangenen Jahre beantwortet der Landrat aber doch anders als der Präsident.

Bittere Erfahrungen

Für Krampol war es eine „sehr bittere Erfahrung, daß die ganzen Jahre über nie eine wirkliche Sachdiskussion möglich war und daß sich jetzt ein völlig neues Verhältnis zu wissenschaftlichen Aussagen und zur Objektivität von fachlichen Gutachtern habe“. Für Schuierer wurde darüber hinaus die „Art und Weise, wie die Staatsgewalt die WAA gegen die Menschen verwirklichen wollte“, zum Trauma, zum unvergeßlichen Erlebnis. Einig sind sich beide darin, daß die bayerische Staatsregierung in München die Mentalität

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

der Oberpfälzer völlig falsch beurteilt und die Kraft des WAA-Widerstandes schlicht unterschätzt habe.

Was also empfinden jetzt der Landrat, der vom gelernten Maurer zu einem der bekanntesten Politiker der Bundesrepublik wurde und der zur Neutralität verpflichtete Karl Krampol, Polizeifachmann und weisungsgebundener Beamter, der sich trotz allen Einsatzes vergeblich um Ausgleich zwischen den verfeindeten Lagern bemühte? Wie denken diese beiden Männer, die jahrelang im Zentrum des Geschehens standen, über die Art und Weise, in der die WAA von Wackersdorf über Nacht aus dem politischen Terminkalender gestrichen wurde? Die Antworten auf diese Frage verraten – nach außen hin – wenig Überraschung: Krampol hält es für völlig verständlich, daß VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder „vor allem zwei Punkte in seine Kalkulationen einbeziehen mußte: Die Rechtslage um die WAA ist so kompliziert geworden, daß ein Gerichtsbeschluß gegen Wackersdorf durchaus im Bereich des Möglichen war. Und außerdem hat Bennigsen nicht mehr ausschließen können, daß es Ende 1990 eine Bundesregierung unter der Führung der SPD geben würde, die die Wiederaufarbeitung sofort zu den Akten legen wird.“

Ein störrischer Regierungspräsident

Wie nahe die beim Abschied von Wackersdorf von Managern und Bonner Politikern an den Tag gelegte Kaltschnäuzigkeit aber selbst einem erfahrenen Polizeistrategen ging, dem kaum mehr etwas Menschliches fremd sein dürfte, zeigte Krampol einige Zeit vor dem Gespräch mit Schuierer während einer sehr persönlichen Unterredung in seinem Amtszimmer: „Buchstäblich abtropfen hat mich der Scheuten lassen, als ich vor Jahren einmal mit ihm über die Vergabe der WAA-Baufträge gesprochen habe“. Er, Krampol, habe Günther Scheuten, dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der DWK, händeringend darauf hingewiesen, daß man alles tun müsse, um die Akzeptanz der Anlage in der Region zu stärken. Als Scheuten andeutete, daß nur ein paar Brösel des riesigen Kuchens für die Oberpfalz abfallen sollten, habe „ich ihm erklärt, daß ich in diesem Fall ein entschiedener WAA-Gegner sein werde“. Scheutens Antwort: „Wenn wir gewußt hätten, daß hier ein derart störrischer

Regierungspräsident sitzt, dann wären wir nicht hergekommen!“ Es sei nicht nur Scheuten kaum zu vermitteln gewesen, erinnert sich Krampol, daß man der Region als Ausgleich für die WAA etwas bieten müsse. „Da haben auch viele Politiker gemeint, jetzt kommt da ein solcher Milliardensegnen und ihr Oberpfälzer seid noch immer nicht zufrieden“.

Hans Schuierer tut zumindest äußerlich so, als könne ihn im Zusammenhang mit den Strategien von Managern aus der Stromindustrie nichts mehr erschüttern. Er sieht im plötzlichen Aus für Wackersdorf nur die Bestätigung der These, daß „gerade bei der Kernenergie die Politiker doch überhaupt nichts zu sagen haben“. Im übrigen versage ja gerade auf diesem Feld die staatliche Kontrolle völlig, weil der Staat derart mit der Atomindustrie verquickt sei. Schon deshalb hat der Landrat von Schwandorf keine Sekunde lang geglaubt, daß die bayerische Staatsregierung von den Verhandlungen der VEBA mit der COGEMA überrascht worden sei. „Da waren doch die führenden Leute der CSU genauso eingeweiht wie die Bundesregierung“, ist sich Schuierer sicher. Krampol stimmt ihm zu: „Das ist doch nicht erst Ende März oder Anfang April 1989 entschieden worden!“ Auch Krampol glaubt nicht, daß die Entscheidung so spät gefallen sei. Jedenfalls meinen Insider, daß am 3. April 1989, dem Tag des Vertragsabschlusses, die entsprechenden Verhandlungen zwischen Veba und COGEMA bereits ein Jahr alt waren.

Sprachkünstler Töpfer

Doch all das ist, so interessant es auch sein mag, bereits Geschichte. Was soll nun in Zukunft mit den rund 120 Hektaren eingezäunter Fläche im Taxölderner Forst geschehen? Auch da besteht Einigkeit: Eine Aufforstung des Geländes (Forderung der Oberpfälzer Bürgerinitiativen) sei ebenso unsinnig wie eine Sprengung der bereits errichteten Gebäude (Forderung des bayerischen Wirtschaftsministers August R. Lang, CSU. Der Bonner Umweltminister und Sprachkünstler Klaus Töpfer von der CDU hatte eigentlich das gleiche gemeint. Er kleidete das häßliche Wort Sprengung aber in den harmlosen Begriff „Rückbau“.) Schuierer und Krampol hoffen, daß da jetzt „wirklich vernünftige Betriebsansiedlungen möglich sind.“ Am 5. Juli 1989, drei Wochen nach dieser Prognose war wieder einmal eine Pressekonferenz der

DWW in Wackersdorf. DWW-Pressechef Egon Mühlberger mußte ankündigen, daß anstelle einer WAA bald die Wilden KG aus Pfeimd tätig werde, um Obstmixer und andere Küchengeräte herzustellen.

Sogar bei dem Thema, das die Oberpfälzer am meisten bewegte, lagen Krampol und Schuierer nicht sehr weit auseinander: Der streitbare Landrat, der eigenen Aussagen zufolge „einen Tick für Gerechtigkeit“ hat, fordert eine „Generalamnestie für die vielen Leute, die wegen Bagatellen vorbestraft wurden, nur weil sie von ihrem Grundrecht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht haben“. Er ist sich mit Krampol darin einig, daß das nicht für jemanden gelten könne, der erwischt wurde, als er mit einer Stahlkugel-Schleuder auf Polizisten schoß. „Ohne jemandem dreinreden zu wollen“, sagt Karl Krampol, „bei wirklichen Lappalien sollte man tatsächlich über eine Amnestie nachdenken“. Und Schuierers Forderung, es sei höchste Zeit, daß „die Polizei sich jetzt bei denen entschuldigt, die mit ihrem Widerstand gegen die WAA von Anfang an recht hatten“? Dann müsse „auch eine Entschuldigung von der anderen Seite kommen. Es stimmt doch einfach nicht, daß bei den Demonstranten nur Engel waren und bei der Polizei nur Übeltäter“ (Krampol).

Und das Disziplinarverfahren?

Und das Disziplinarverfahren gegen Schuierer, das beim Hundeeinsatz während der Hüttendorf-Räumung am 7. Januar 1986 (Originalton Schuierer: „Terror in Vollenendung“) seinen Ursprung hatte und das sich bis zum 7. April 1989 hinzog, als der Regensburger Verwaltungsrichter Peter Kadlubski als „Friedensstifter“ („Die Woche“) die Einstellung des Verfahrens anregte? Hat denn tatsächlich noch, daß Schuierer und Krampol sich „gegenseitig schätzen“, wie die MZ bei der „Aktuellen Diskussion“ vor über drei Jahren berichtete? Hat denn der Satz von Karl Krampol im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren, wonach nur „ein Gentleman sich entschuldigen kann, ein Strolch aber nicht“, überhaupt keine Auswirkungen, auch wenn Krampol sofort erklärte, daß er Schuierer „niemals auch nur in die Nähe eines Strolches“ rücken würde? Ob man es glauben will oder nicht: All diese Dinge haben tatsächlich das persönliche Verhältnis zwischen dem 58jährigen Landrat und dem 60jährigen Regierungspräsidenten nicht zerstört, wobei sicherlich ausschlaggebend war, daß Schuierer von den Bemühungen Krampols zur gütlichen Beilegung des Disziplinarverfahrens wußte.

Also bleibt nur eine Schlußfolgerung: Karl Krampol und Hans Schuierer, völlig verschieden in Temperament, Amtsstellung und Parteizugehörigkeit, diametral entgegengesetzter Meinung über den Sinn einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage, haben bewiesen, daß man sich über eine Sache streiten kann, ohne dabei zu persönlichen Todfeinden zu werden.

Helmut Mederle



„Miteinander streiten, ohne zu persönlichen Feinden zu werden“: Hans Schuierer und Karl Krampol im Juli 1989.

Kirche

Bischof für wen?

Die Amtskirche hatte es schwer mit WAA-Gegnern in den eigenen Reihen

„Sie wollten eigentlich keine Antwort“, mutmaßt der Bischof. „Ich sollte eben nur der Bischof für alle WAA-Gegner sein!“ Diese Bitte aber habe er nicht erfüllen können. Manfred Müller, Oberhirte der Katholiken in der Diözese Regensburg, erinnert sich rückblickend insbesondere an die drei Fragen, die man ihm zum Thema WAA gestellt und die er zur Beantwortung an das Bayerische Umweltministerium weitergereicht hatte. Selbstverständlich nehme er (und dies auch in Zukunft) die Ängste der Menschen ernst, betont der Bischof und verweist im Gespräch mit der MZ auf die Tatsache, daß auch viele WAA-Gegner „hier, an diesem Tisch“ mit ihm diskutiert hätten. Doch zu Fachfragen der Wiederaufarbeitungstechnik könne er keine kompetenten Antworten präsentieren, unterstreicht Müller und verweist auf den Unterschied zu Themen wie Sonntagsarbeit oder Abtreibung.

Pfarrer Andreas Schlagenhauser aus Kohlberg im Landkreis Neustadt/Waldnaab sieht dies anders. Er hält dagegen: „Die Amtskirche hat die Menschen im großen und ganzen im Stich gelassen!“ Man habe sich lieber an die Regierenden sowie politisch und wirtschaftlich Mächtigen gehalten. Ähnlich wie bei der Arbeiterfrage im vergangenen Jahrhundert oder bei der Entstehung des „Dritten Reiches“ – zieht Schlagenhauser historische Parallelen – habe man die Zeichen der Zeit nicht erkannt. „Im vorigen Jahrhundert wollte die Kirche von den sog. ‚roten Kaplänen‘, die sich für die Arbeiter eingesetzt haben, nichts wissen, heute sind wir froh, daß es sie gegeben hat. Vielleicht sind wir im nächsten Jahrhundert froh, daß es ‚grüne Pfarrer‘ gegeben hat,“ so ähnlich soll sich laut Schlagenhauser ein Vertreter der bischöflichen Behörde auf dem Höhepunkt der WAA-Auseinandersetzung geäußert haben. „Eine gute Einsicht, der aber leider kein entsprechendes öffentliches Auftreten und Handeln folgten,“ meint der Oberpfälzer Pfarrer.

Für den „Arbeitskreis Theologie und Kernenergie“, einen Zusammenschluß engagierter evangelischer und katholischer Christen in der Diözese Regensburg, stand seine schließlich ablehnende Haltung gegenüber der WAA keineswegs von Anfang an fest. Wie der Vorsitzende Dr. Manfred Wacht hervorhebt, habe man sich erst nach eingehender Information zu dieser Position durchgerungen, wobei es neben den technischen Problemen, dem Wissen um die ökonomische und ökologische Bedenklichkeit und der Sorge um die Qualität der Demokratie vor allem ethische Beweggründe gewesen seien, „die uns zur Ablehnung der WAA führten.“ Als Christen stünde man in der Verantwortung, für das jetzige und künftige Leben einzutreten. „Wir dürfen keine Fakten schaffen, die wir unseren Nachkommen als unkalkulierbare Risiken hinterlassen müssen,“ betont Dr. Wacht und zitiert den Salzburger Erzbischof Berg. Aber auch die katholische Deutsche Bischofskonferenz könne angeführt werden: „Es darf keine Art von Energiegewinnung



Der zweite Christus-Körper am „Franziskus-Marterl“. Der erste wurde am 7. Januar 1986 von der Polizei abgesägt, wieder herausgegeben, erneut aufgehängt und in der Nacht zum 20. Februar 1986 von Unbekannten herabgerissen. Der Burglengfelder Bildhauer Stefan Preisl schuf bis Ostern einen neuen Korpus.

vorangetrieben werden, bei welcher eine ernstliche Gefahr für das Leben der Menschen durch mögliche Unfälle oder künftige Nebenwirkungen drohe. Es gibt keinen Grund, der eine Ausnahme von dieser Regel rechtfertigt.“ Damals – im Jahre 1980 – hatte der inzwischen verstorbene Kölner Kardinal Josef Höffner folgendes zum Ausdruck gebracht: „Geradezu katastrophal würde sich ein rücksichtsloses Vorantreiben der Kernenergie auswirken, wobei nicht nur an einen Atomkrieg, sondern auch an die Gefahren zu denken ist, die mit der Errichtung von Kernkraftwerken verbunden sind. Brüter, Wiederaufarbeitungsanlagen und Atom-müllablagerung drohen nicht nur die heute lebenden Menschen, sondern auch die Zukunft des Menschengeschlechts zu gefährden.“ Bereits in den 40er und fünfziger Jahren – so zitiert Dr. Wacht den Kölner Kardinal – habe Papst Pius XII. immer wieder vor den „biologischen Folgen vor allem erbmäßiger Art“ gewarnt.

Auch die Diözesankonferenz der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) hatte sich auf die Aussagen der deutschen Bischöfe zu Be-

ginn der achtziger Jahre berufen und einstimmig eine gegen die WAA gerichtete Resolution verabschiedet. Der bayerische Wirtschaftsminister August R. Lang, Oberpfälzer CSU-Vorsitzender und Katholik dazu, zeigte sich von dem Votum betroffen. Er antwortete auf fast zehn Seiten und gab der „Jungen Gemeinde“ insofern recht, als es natürlich keinen Streit darüber geben dürfe, daß die Grenzen „unseres Dranges, Natur beherrschen zu wollen“ dort überschritten seien, wo der Mensch sich „in utopische Weltverbesserungsträume flüchtet“ und „blindlings an ihre Verwirklichung herangeht“, wie es in der KJG-Resolution formuliert worden war. Doch in der Realität bleibe eben auch nach dieser Feststellung die entscheidende Frage unbeantwortet, wann das Streben zum Guten als verantwortungsvoll und wann es als „utopischer Weltverbesserungstraum“ anzusehen sei. „Gerade als Christ“ sei es ihm, so Minister Lang, nur schwer verständlich, wie man vor dem Hintergrund der Probleme der Energiepolitik für die eigene Entscheidung „gewissermaßen den christlich-moralischen

Fortsetzung auf Seite 32



Manfred Müller, Bischof von Regensburg

Fortsetzung von Seite 31

Alleinvertretungsanspruch" erheben könne und „andere Meinungen, die aus dem gleichen Bemühen um verantwortungsgerechtes Handeln begründet werden, mit fragwürdiger Dialektik quasi als ‚schwere Sünde gegen Gott‘ abzukanzeln.“ Er habe ein anderes Verständnis von christlicher Verantwortung und demokratisch gebotener Toleranz.

Obwohl Kardinal Höffner auch nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl noch einmal vor den Gefahren der Kernenergie gewarnt habe, so seien die Äußerungen – wie Dr. Wacht bemerkt – „im konkreten kirchlichen Leben nur halbherzig vertreten, an den Brennpunkten der Auseinandersetzung meistens sogar verschwiegen worden.“ Die Gründe für dieses Schweigen sieht der Arbeitskreis kaum in dem ursprünglichen Auftrag der Kirchen. Vielmehr sei zu befürchten, daß seine Ursache in einer allzu großen Nähe der Kirchen zum Staat liege bzw. in

dem „ängstlichen Bemühen, von staatlicher Seite gewährte Privilegien um jeden Preis zu hüten.“ Bischof Manfred Müller weist diese Unterstellung weit von sich und erinnert an seine gemeinsam mit dem lutherischen Oberkirchenrat Theodor Heckel verabschiedete Forderung, alles Menschenmögliche zu unternehmen, um im Zusammenhang mit dem Betrieb von Kernkraftwerken ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Der Bischof verweist darauf, daß „wir nicht zuletzt mit Blick auf die Nachbarn der Bundesrepublik noch einige Jahren mit Kernenergie werden leben müssen“. Nicht zuletzt Gespräche mit französischen Amtsbrüdern hätten ihn in dieser Auffassung bestärkt, wobei er immer auf die Verantwortung des Menschen abhebt. Der Bischof erinnert an das Wort Hermann Höcherls, der einmal geschrieben habe: „Wenn man das Geheimnis der Erbsünde begreift, ist man für den Dienst an der Gemeinschaft gerüstet!“ Diese Einstellung, so hatte es der Bischof auch beim Pontifikalrequisit für den verstorbenen ehemaligen Bundesminister formuliert, wüßte er sich für jeden Politiker. Sie würde uns vor der Utopie bewahren, daß wir je auf Erden eine vollkommen heile Welt schaffen könnten. Es sei dringend nötig, „den Mut zur Unvollkommenheit und die Erkenntnis der ständigen Gefährdung der menschlichen Dinge wiederzuerlangen.“

Dr. Wacht mag sich mit dieser Perspektive nicht zufriedengeben. Er verweist auf das Franziskus-Marterl unweit des WAA-Geländes, das zum „Symbol des friedlichen und gewaltfreien Widerstands“ geworden sei. „Trotz der vielfachen Versuche, die sonntäglichen ökumenischen Andachten zu verunglimpfen, haben es sich die Christen nicht nehmen lassen, unbeirrt an dem festzuhalten, was sie als richtig erkannt und vor ihrem Gewissen geprüft haben!“ Inzwischen sei hier eine Art Basisgemeinde entstanden, in der nicht nur Ökumene mit der größten Selbstverständlichkeit praktiziert werde, sondern auch Menschen, die den Kirchen schon lange fernstehen, würden sich in diese Gemeinde einreihen. Der Arbeitskreis befasse sich nicht nur mit der Analyse ökologischer und ökonomischer Fragen, meint Dr. Wacht. Vielmehr vertraue man – „um es ganz offen zu sagen – durchaus auch auf die Anziehungskraft der christlichen Botschaft.“

Und nun, nach dem Abschied von Wackersdorf? Bischof Müller hofft, daß über das

Sprecht ihr wirklich Recht, ihr Mächtigen?

Sprecht ihr wirklich Recht, ihr Mächtigen? Richtet ihr die Menschen gerecht? Nein, ihr schaltet im Land nach Willkür, Euer Herz ist voll Bosheit, Eure Hände bahnen dem Unrecht den Weg. (Psalm 58 „Gott, der gerechte Richter“, 1 – 3; von WAA-Gegnern am Kreuzifix am „Roten Kreuz“ vor dem Bauzaun angebracht.)

Thema nun entkrampfter werde gesprochen können, und sein Beauftragter für Umweltfragen Friedrich Hartl wird in dem Sinn zitiert, als er in Zukunft durchaus eine „Chance für Versöhnung“ kommen sieht. Pfarrer Schlagenhauer äußert Zweifel. „Leider sehe ich diese Chance nicht, denn bei den drängenden Fragen des Umweltschutzes hat bei den Befürwortern einer WAA kein Umdenken stattgefunden!“ Es wäre für alles Leben gefährlich, sich hier zu versöhnen, betont der Oberpfälzer Geistliche. Beispiele aus seiner unmittelbaren Nachbarschaft, wie die Tumorerkrankung eines sechsjährigen Mädchens oder der Tod eines 13jährigen Mädchens an Augenkrebs, „motivieren mich weiterhin in meinem Engagement für das Leben.“ Es sterben ja an Umweltbelastungen nicht nur Robben und Bäume, sondern auch Menschen. Schließlich erwähnt Schlagenhauer („meine Hoffnung ist, daß sich doch schon viel bewegt hat“) eine „nicht ganz unwichtige Kleinigkeit“: Er habe jetzt an seinem Auto die „WAA-Nein“-Plakette entfernt, sie werde ersetzt durch „Atomkraft-Nein danke“ und durch „80/100 km/h“-Aufkleber.

Selbst Bischof Manfred Müller sieht auch im Rückblick die bisweilen harten Auseinandersetzungen um die WAA keineswegs als Schaden für die Kirche. Das Gemeindeleben sei jedenfalls nicht negativ beeinträchtigt worden. Schließlich denkt der Oberhirte der Diözese Regensburg auch an die Mitarbeiter der WAA-Betreiberfirma und nicht zuletzt an die Lehrlinge der DWW, deren Zukunft ihm Sorgen bereiten. Deshalb sein Appell an die Politik: „Um der Menschen willen, geben Sie dieser Oberpfalz eine gute Zukunft!“

Gerd Otto



WAA-Gegner Pfarrer Richard Salzl und Christl Wacht am „Franziskus“-Marterl.



Wackersdorf

**Als „Else“ ruhte, kam der Streit
Die Gemeinde Wackersdorf: Umgesiedelt und gespalten**

„Die Polarisierung kam bei uns eigentlich erst 1985, als die Bürgerinitiative aktiver und der Wandel unseres Landrats spürbar wurde!“ An Josef Ebner, dem Bürgermeister der Gemeinde Wackersdorf, sind die letzten Jahre nicht spurlos vorübergegangen. Nach außen gibt sich das SPD-Mitglied zwar sehr gelassen, doch wie's da drinnen aussieht, blitzt nur hin und wieder auf. „Der tiefe Graben, der angeblich bei uns daheim wegen der WAA durch die ganze Familie gehen soll, den gibt's jedenfalls nicht,“ erzählt der Bürgermeister, „dafür sorgt schon meine Frau.“ Die Ebners, bei denen Sohn Wolfgang (er ist Schwandorfer Kreisvorsitzender der SPD) und Schwiegertochter Maria sehr engagiert auf der Anti-Seite standen und dem Vater nicht zuletzt auch im Gemeinderat erheblich zusetzten, hatten sich schon bald darauf geeinigt, bei Familientreffen das Thema WAA auszuklammern.

Daß sich die Mehrheit im Wackersdorfer Gemeinderat für die Wiederaufarbeitungsanlage stark machte und auch entsprechende Beschlüsse herbeiführte, lag nicht nur an der Erwartung auf Arbeitsplätze und Gewerbesteuer-Einnahmen. In Wackersdorf war schon immer eine besondere Art der Verbundenheit mit Energietechnik auszumachen, aus der sich im Laufe der Jahrzehnte ein „technisches Denken“ bei den Menschen zu entwickeln begann. Schon um 1800 wurde hier Kalk „unter Tage“ abgebaut, ehe ab 1906 die Ära des Braunkohle-Tagebaus begann, die erst im September 1982 endete. Ein wichtiges Datum war das Jahr 1930, als die Bayerischen Braunkohlenindustrie AG (BBI) von den Rütgers-Werken übernahm. Schon damals erlebten die Oberpfälzer, wie sehr Gutachter zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen können: Während die „Berliner“ Experten (Rütgers gehörte der Deutschen Bank) die Kohlevorräte im Raum Wackersdorf auf nur 55 Millionen Tonnen schätzten, ging die Münchner Seite von 103 Millionen Tonnen aus – und kaufte deshalb auch die BBI! Am 9. März 1930 erzeugte das Dampfkraftwerk „Else“ im Schwandorfer Stadtteil Dachelhofen erstmals Strom aus Wackersdorfer Kohle. Doch es dauerte noch bis 1937, ehe in Dachelhofen die vorgesehene Menge an Braunkohle verstromt werden konnte. Inzwischen war in unmittelbarer Nachbarschaft das Nabwerk der Vereinigten Aluminiumwerke errichtet worden.

Doch schon in den letzten Kriegsjahren wurde deutlich, wie sehr die Braunkohleförderung auf Schwierigkeiten zu stoßen begann, zumal sich die Flöze immer mehr verästelten. Nach 1945 war die Notwendigkeit klar, daß ein neues Feld aufgeschlossen werden mußte, zumal Bayern durch die Teilung Deutschlands von den mitteldeutschen Braunkohlevorkommen und Kraftwerken abgeschlossen war. Bereits 1948 wurde die erste Kohle aus dem Nordfeld gewonnen. Doch auch das ließ sich nicht länger geheimlich: Wackersdorf stand bei dem Bemühen um die Ausbeutung der Oberpfälzer

Braunkohle buchstäblich im Weg! Daß man schon lange vorher den Gedanken verdrängte, war verständlich, ging es doch um nicht mehr und nicht weniger als die Verlegung einer Gemeinde mit 1200 Einwohnern, mit Kirche, Friedhof, Pfarr- und Mesnerhaus, mit den kommunalen Gebäuden, mit 48 landwirtschaftlichen und gewerblichen Anwesen und Wohnhäusern sowie die Verlagerung einer Bergmannskolonie mit 83 Wohnungen. Die Umsiedlungsaktion ging 1950 bis 1952

Fortsetzung auf Seite 34



Josef Ebner, 1989 aus der SPD ausgetretener Bürgermeister von Wackersdorf.



Das alte Wackersdorf stand der Braunkohlegewinnung im Weg und wurde 1950–52 umgesiedelt.



Das neue Wackersdorf wurde zum Inbegriff des Widerstandes gegen die Kernenergie.



Die Bayernwerke sind mit Wackersdorf seit langem verbunden. Das Stromversorgungsunternehmen übernahm 1930 die Bayerische Braunkohleindustrie (BBI) und setzte sich später, als Gesellschafter der DWK, energisch für die nukleare Wiederaufarbeitungsanlage ein.



Der Ortseingang von Wackersdorf im Juli 1989.

Fortsetzung von Seite 33

über die Bühne. 30 Jahre später war die Braunkohleförderung endgültig zu Ende, nachdem 1964 bereits – aufgrund eines veränderten Verbraucherverhaltens und insbesondere des Fehlens an brikettfähiger Kohle – die Brikettfabrik geschlossen worden war.

Die Wackersdorfer waren also stets vom technischen und wirtschaftlichen Wandel ganz besonders tangiert. Dies traf nicht nur für die Alt-Wackersdorfer zu, sondern auch für die Neubürger, die sich aus den Braunkohlegebieten der CSSR und auch aus dem Bayerischen Wald hier in der mittleren Oberpfalz angesiedelt hatten. Bürgermeister Ebner erinnert sich, daß schon nach dem Ende der BBI, die einst 1600 Beschäftigte zählte, der Plan eines Zwischenlagers ventiliert worden war. „Dies stieß jedoch schon damals auf energischen Widerstand,“ erzählt Bürgermeister Ebner, während sich die Bergleute mit Blick auf die Wiederaufarbeitungstechnik durchaus neue Arbeitsplätze ausrechneten. Als sich die Ansiedlung von Nachfolgebetrieben immer mehr verzögerte, mußten viele Wackersdorfer auspendeln, etliche fanden innerhalb des Bayernwerk-Konzerns, z.B. im Kernkraftwerk Isar I in Landshut Beschäftigung.

Der Gemeinderat einer derart in energie-wirtschaftliches Denken eingebundenen Kommune informierte sich natürlich – wie Ebner betont – besonders genau über das, was ihnen die WAA ins Haus bringen würde. „Wir waren in Karlsruhe und La Hague und ließen uns im Detail erklären, was Wiederaufarbeitung bedeutet.“ Ebner bestreitet nicht, daß es starke Konfrontationen gab, was sich insbesondere nach Tschernobyl und auch dem Transnuklear-Skandal noch verstärkt habe.

Der „Bennigsen-Coup“ habe die Gemeinde Wackersdorf und ihn persönlich „momentan schon getroffen“ und der Bürgermeister gibt auch zu, daß er den Beschluß nicht verstehe. Dennoch blickt er nach vorne. „Ich habe eine solche Zeit intensiver Bemühungen um Ansiedlung von Betrieben schon einmal erlebt,“ erinnert er sich und meint skeptisch: „Man sollte schon froh sein, wenn nur jeder zehnte, der jetzt Interesse zeigt, sich hier auch tatsächlich ansiedelt!“ Das soll nicht Niedergeschlagenheit signalisieren, sondern ist vielmehr Ausdruck von Realismus, wie er gerade den nur selten euphorischen Oberpfälzern eigen ist, nicht nur in Wackersdorf... Gerd Otto



Die Schule von Wackersdorf im Juli 1989



Ein ganz normales Dorf

Eigentlich ist Wackersdorf ein ganz normales Dorf. Der Ort liegt rund 400 Meter über dem Meeresspiegel, gehört zum oberpfälzischen Landkreis Schwandorf und hat 3896 Einwohner (Stand Juli 1989). In einem von der Gemeinde herausgegebenen Prospekt aus dem Jahre 1983 ist unter anderem die Rede von einer neu entstandenen Landschaft nach dem Ende des Braunkohlenabbaus, wodurch viele neue Badeseen entstanden seien. Deshalb werde Wackersdorf in Zukunft „erhebliche Bedeutung im Fremdenverkehr“ gewinnen. In diesem Prospekt wird unter der Rubrik

„Industrieansiedlungen“ bereits der Titel „Wiederaufarbeitung“ geführt. In einem Inserat, das ein Photo vom „Info-Shop der DWK“ zeigt, heißt es: „Kommen Sie zu uns! Wir beantworten gern Ihre Fragen zum Thema Wiederaufarbeitung und zeigen Ihnen hierzu aktuelle Video-Filme. Selbstverständlich erhalten Sie auch Informationsbroschüren bei uns.“

Die Bilder auf dieser Seite stammen vom Juli 1989 und zeigen: Das Schulhaus der Gemeinde Wackersdorf (oben), den Neubau des Feuerwehrhauses (unten) und eine Skulptur am „Franziskus-Marterl“ bei Aitenschwand, die den geschundenen Menschen symbolisiert.



Widerstand

16. 5. 1979: Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) erklärt nach einem internationalen Expertenhearing, das infolge massiver Proteste der Bevölkerung zustande kam, eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben für „politisch nicht durchsetzbar“. In Gorleben hätte auf einer Fläche von 1200 Hektar das „Nukleare Entsorgungszentrum“ der Bundesrepublik mit einer WAA mit einem jährlichen Jahresdurchsatz von 1400 Tonnen abgebrannter Brennelemente entstehen sollen. Anfang 1980 erklärt sich Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß dazu bereit, die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage im Freistaat prüfen zu lassen.

9. 10. 81: Die erste Bürgerinitiative gegen die geplante WAA in Wackersdorf wird in Schwandorf gegründet.

16. 2. 1985: Nach der offiziellen Entscheidung der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen vom 4. Februar 1985, im Taxölderner Forst eine WAA mit einem Jahresdurchsatz bis zu 500 Tonnen zu bauen, demonstrieren auf dem Schwandorfer Marktplatz rund 30 000 Menschen gegen dieses Vorhaben. **14. 12. 1985:** Großkundgebung mit Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet im Taxölderner Forst gegen die bevorstehende Rodung des WAA-Geländes. Anschließend errichten rund 1000 Personen ein Hüttendorf.

16. 12. 1985: Beim bis dahin größten Polizeieinsatz Bayerns wird das Hüttendorf geräumt. Rund 300 Personen werden zur Feststellung ihrer Personalien vorübergehend festgenommen. Fünf Tage später entsteht im Taxölderner Forst das zweite Hüttendorf.

7. 1. 1986: Ein Großaufgebot der Polizei räumt das zweite Hüttendorf. Die Erbauer und „Bewohner“ beider Hüttendorfer werden von der einheimischen Bevölkerung ständig mit Lebensmitteln versorgt.

Ostermontag 1986: An die 100 000 Menschen beteiligen sich an der Kundgebung gegen die WAA im Taxölderner Forst. Während diese Veranstaltung friedlich verläuft, beweren am sogenannten „Chaoten-Eck“ am Bauzaun Mitglieder „autonomer Gruppen“ die Polizei mit Steinen, Ästen und Knallkörpern.

Die Polizei setzt daraufhin erstmals in der Bundesrepublik bei einer Demonstration Reizgas ein (CN- und CS-Gas), das in die Tanks von Wasserwerfern gemischt wird. Dieses Vorgehen wird nach langen Prozessen vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof für rechtmäßig erklärt. Nach der Oster-Demonstration wird Hermann Friker, Polizeipräsident von Niederbayern und der Oberpfalz, abgesetzt. Sein Nachfolger wird Wilhelm Fenzl.

Pfingsten 1986: Die Bundesbürger werden durch das Fernsehen Zeugen, wie es am Bauzaun zu wahren Schlachtszenen kommt. Dabei werden fast 400 Menschen aus beiden „Lagern“ zum Teil schwer verletzt. Als eine ganze Truppe von Polizisten in aussichtsloser Lage von „Chaoten“ umringt wird, setzt die Polizei erneut Reizgas ein, ein Polizeimannschaftswagen wird angezündet. 16 Demonstranten werden festgenommen.

7. 8. 86: Obwohl inzwischen durch Verhängung einer „Bannmeile“ alle Aktionen am Bauzaun verboten sind, finden sich erneut 40 000 Menschen am Baugelände ein. Österreicherische Kernkraftgegner dürfen auf Anweisung des Münchner Innenministeriums nicht nach Bayern einreisen. Als einige Personen versuchen, ein Loch in den Bauzaun zu reißen, wird Reizgas eingesetzt. Wieder sind zahlreiche verletzte Polizisten zu beklagen. 48 Personen werden festgenommen.

7. 9. 1986: Ein Polizeihubschrauber stößt in unmittelbarer Nähe des WAA-Geländes mit einem Triebwagen der Bundesbahn zusammen. Dabei stirbt ein Polizist, vier Menschen werden verletzt. Zu dem Unglück kam es, weil ein Punker den Hubschrauber mit Steinen beworfen hatte und anschließend mit dem Helikopter bei der Flucht in den Wald verfolgt wurde.

26. 12. 1986: Obwohl Landrat Hans Schuierer in Schwandorf zur Gewaltlosigkeit aufruft, kommt es am Bauzaun erneut zu schweren Krawallen, die Verletzte auf beiden Seiten fordern. Rund 30 Personen werden festgenommen. Insgesamt gibt es während der jahrelangen Auseinandersetzungen Anklagen gegen rund 4000 WAA-Gegner, von denen über 2000 verurteilt werden.

10. 10. 1987: Nach einer Demonstration in Wackersdorf während der Aktionstage marschieren rund 25 000 Menschen zum Bauzaun, obwohl dieser Zug verboten ist. Vor



Irene Maria Sturm wurde am 29. Juni 1989 erste Sprecherin der Schwandorfer Bürgerinitiative gegen die WAA.

dem Zaun geht vor allem eine Sondereinheit der Berliner Polizei massiv gegen Demonstranten vor. Nach der Rechtslage war der Aufenthalt am Zaun erlaubt. Polizeipräsident Wilhelm Fenzl lobt das Verhalten dieser Menschen, die bis auf 25 „Autonome“ und rund 300 „Sympathisanten“ durchweg friedlich protestiert hatten. Später gab es über 400 Anzeigen gegen Polizisten. Von den 21 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte wurden im Sommer 1989 die letzten eingestellt. Es kam zu keiner Anklage.

Ostern 1988: Die Schlagzeilen künden nicht mehr von schweren Auseinandersetzungen: „Ohrfeige störte den Frieden am WAA-Zaun“ hieß es am 5. April 1988 in der MZ. Ein Polizist war mit einer WAA-Gegnerin in Streit geraten, weil diese sich nicht von dem Ordnungshüter duzen lassen wollte. Im Polizeibericht heißt es, die Frau „ging den Beamten tötlich an, wobei sie ihn auch kratzte“, worauf dieser in einer Art Reflex seine Kontrahentin geohrfeigt habe. Ansonsten hieß die Polizeibilanz für die Osterfeiertage, an den an die 8000 WAA-Gegner demonstriert hatten: „Die Stimmung war gelöst und friedlich.“

31. 12. 1988: Zum Jahreswechsel herrschte Ruhe am WAA-Gelände. Was in der Zwischzeit alles zur Normalität geworden war, zeigt der letzte Polizeibericht des Jahres '88: Acht vorläufige Festnahmen wegen der Mitführung von „Betäubungsmitteln in geringen Mengen“, 20 WAA-„Spaziergänger“ durchsucht, bei 36 die Identität festgestellt, ein Polizeiwagen und ein Privatauto durch Krähfüße beschädigt.

6. 2. 1989: Beim Faschingstreiben auf dem WAA-Gelände gibt es noch einmal Krach. An die 3000-WAA-Gegner sind unterwegs. Beim Entrollen eines Transparents mit der Aufschrift „Keine Atomtransporte durch Amberg, Nürnberg oder anderswo“ schreit die Polizei ein, um diese „unangemeldete Kundgebung“ aufzulösen. Während der dabei ausbrechenden Auseinandersetzungen wird einer Demonstrantin das Nasenbein gebrochen.

16. 4. 1989: Rund 6000 WAA-Gegner feiern nach der Verlagerung der Wiederaufarbeitungspläne nach La Hague am Baugelände ihren Sieg. Sie lassen aber auch ihrer Wut über die „Wechselbäder der Gefühle“ freien Lauf, da die Bundesregierung den Abschied von Wackersdorf noch immer nicht offiziell erklärt hat.



Bilder, die fast zur Routine wurden: Wasserwerfer und Demonstranten am Bauzaun.



Dieses Bild erinnert an ein Datum, das in der Oberpfalz wohl unvergessen bleiben wird. Am 10. Oktober 1987 ging eine Sondereinheit der Berliner Polizei mit bis dahin unbekannter Brutalität auch gegen friedliche WAA-Demonstranten vor.

31. 5. 1989: Die Widerständler haben „gesiegt“: Die DWK läßt für einen kurzen Moment das große Eingangstor am Bauzaun schließen und vollzieht damit den Baustopp. „Am Roten Kreuz“ feiern die paar hundert Oberpfälzer WAA-Gegner mißtrauisch ihren Erfolg.

29. 6. 1989: Die Mitgliederversammlung der

Schwandorfer Bürgerinitiative wird zu einem Hexenkessel. Innerhalb der BI ist ein lange schwelender Flügelstreit ausgebrochen. Die langjährige erste Sprecherin Erna Wellnhof kritisiert, daß innerhalb des BI-Vorstandes praktisch Grüne Politik betrieben werde, obwohl die Satzung ausdrücklich keine Politiker im Vorstand zulasse. Ihre Gegenspiele-

rin Irene Sturm wirft Frau Wellnhof dagegen vor, sie verstoße mit der Forderung, die BI solle ihr politisches Spektrum nicht nur auf die Kernenergie beschränken, gegen die Satzung der Bürgerinitiative. Bei den Neuwahlen des Vorstandes setzt sich der „konservative“ Flügel um Irene Sturm klar durch.

Anja Kalischek/Birgit Rieger



Nach dem Einsatz von Reizgas.



Der Meier Mich' aus Altenschwand hielt als einziger von ehemals vier Klägern durch, bis der WAA-Bebauungsplan durch einen Richterspruch für nichtig erklärt wurde.

DWW

Respekt für die Greenpeace-Leute

Walter Weinländer, DWK, mag keine Glaubenskrieger



Walter Weinländer,
Vorstandsmitglied
der Deutschen
Gesellschaft zur
Wiederaufarbeitung
von
Kernbrennstoffen

„Natürlich schmerzt es, daß die konkrete Aufgabe weg ist!“ Dr. Walter Weinländer, Atomphysiker, DWK-Vorstandsmitglied und zusammen mit Gert Wölfel Geschäftsführer der DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH (DWW), läßt aber keinen Zweifel, daß die Abkehr vom nationalen Entsorgungskonzept mit einer WAA in Wackersdorf ja keineswegs die Aufgabe der Wiederaufarbeitung oder gar den Ausstieg aus der Kernenergie bedeute. Die Entscheidung, auf die Offerte aus Frankreich einzugehen, sei vielmehr nicht zuletzt deshalb notwendig gewesen, um einen verlässlicheren Rahmen zu schaffen, nachdem in der Bundesrepublik der energiepolitische Konsens verlorengegangen sei. Dr. Weinländer ist fest davon überzeugt, daß unsere Kernkraftwerke nicht abgeschaltet werden können und verweist auf die USA, wo Kernenergie sich eben gerade nicht — wie immer wieder behauptet werde — auf dem Rückzug befinde: „Die Amerikaner werden die ersten sein, die wieder auf Atomkraft setzen!“ Strom erlaube eben eine intelligente Anwendung von Energie, vor allem zeige die intensive Klima-Diskussion in den USA bereits Wirkungen in bezug auf die Anwendung der Kernenergie, z.B. im Südosten des Kontinents.

Weinländer hat dabei gar nichts gegen Solarenergie. Doch müsse man angesichts der Tatsache einfach skeptisch sein, daß derzeit z.B. 150 Quadratkilometer Solarzellen nötig wären, um ein Kernkraftwerk vom Typ Isar 2 zu ersetzen. Auch der Flächenbedarf und durchaus problematische Eingriffe in die Natur, wie sie für Wasserkraft typisch sind, machen diese Energieform nicht gerade da-

für geeignet, die „Übergangsenergie“ Kernkraft tatsächlich ersetzen zu können. Natürlich sei alles eine Frage der Zeit, und selbstverständlich sei es möglich, daß der Wissenschaft neue Entdeckungen gelingen. Vergessen dürfe man bei all diesen Überlegungen nur nicht die Tatsache, daß die nukleare Energiegewinnung die jüngste Entwicklung darstellt.

Überwunden werden müßte der „Fanatismus des Glaubenskriegers“, wie er nicht nur in der Naturwissenschaft, sondern in allen Bereichen des Wissenschaftsbetriebs anzutreffen sei. Entscheidendes Manko der gegenwärtigen Auseinandersetzung sei, daß es an interdisziplinärer, über alle Sektoren hinwegreichender Diskussion fehle, obwohl die Themen in der Tat immer komplexer werden. Schon Einstein wußte nicht mehr alles aus seinem Fachgebiet, umso schwieriger ist es heute, auch nur den Überblick zu bewahren. Um wissenschaftlich dennoch wirkungsvoll arbeiten zu können, sei nach Auffassung von Dr. Weinländer gegenseitiges Vertrauen unter den Wissenschaftlern dringend erforderlich. So sollte man sich z.B. auch als Professor davor hüten, zu Detailfragen Stellung zu nehmen, „von denen man nichts versteht“, oder gar im Austausch mit Kollegen der „eigenen Zunft“ etwas anderes zu sagen als gegenüber der Öffentlichkeit. Freilich geht es nicht nur um rein naturwissenschaftliche oder technische Fragen. Auch historische oder kulturelle Aspekte dürften bei derart wichtigen Entscheidungen nicht außer acht gelassen werden, betont der Atomphysiker Weinländer. Daß etwa über wirtschaftliche Zusammenhänge geradezu abstruse Vorstel-

lungen herrschen, sei nicht ohne Bedeutung. Wovon leben wir? Woher kommt unser Wohlstand, der uns Mobilität und Freiheit garantiert? Woher kommt das Geld, das wir verschwenden? — Diesen Fragen müssen wir uns stellen, fordert Dr. Weinländer. Natürlich könne man sehr unterschiedlicher Meinung darüber sein, wohin die Reise der Menschheit geht. Sicher sei nur, daß die Zukunft nicht in grenzenloser Verschwendung liegen könne, aber auch die Askese führe nicht weiter.

Kritik übt Dr. Weinländer an den Intellektuellen unserer Tage, die „ihre Überzeugungen nicht vorleben“. Offenbar seien ihre Bekenntnisse nur rhetorische Übungen, „der Mann auf der Straße jedenfalls versteht die Diskussion weithin gar nicht mehr“. Der Mensch hat schon immer nach Erleichterung gestrebt, „doch wir Heutigen leben in absolut luxuriösem Zustand“. Dr. Weinländer vermißt deshalb, daß von den Parteien, den Gewerkschaften („sie sind es, die Wachstum fordern!“) und der Industrie, die auch keine Ausnahme macht, bei den Menschen mehr Bewußtsein geweckt wird.

Doch zurück nach Wackersdorf! Für Weinländer bedeutet die Tatsache, daß er als DWW-Geschäftsführer jetzt ansiedlungswillige Firmen für das ehemalige WAA-Gelände ausfindig macht, keineswegs einen Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung. Die direkte Endlagerung der Brennelemente sollte sich schon deshalb verbieten, weil es sich um eine Energiequelle handelt, und die generelle Entsorgung im Ausland werde auf Dauer nicht finanzierbar sein. Kernenergie müsse im übrigen noch länger genutzt werden als sich manche das vorstellen. Vor dem Hintergrund dieser Überzeugung habe er sich erst heuer für drei Jahre zum Vorsitzenden der Kerntechnischen Gesellschaft wählen lassen, einer technisch-wissenschaftlichen Vereinigung von Fachleuten der nuklearen Forschung und der industriellen Anwendung. Dr. Weinländer hält es für richtig, für seine Überzeugung einzutreten, dabei müsse man freilich Kritik durchaus ernst nehmen.

Entscheidend sei stets die Frage, ob die Risiken akzeptabel sind, immer gesehen vor dem Hintergrund der Verpflichtung gegenüber dem Leben, meint das Alpenvereinsmitglied Weinländer. Er habe sich z.B. als Bergsteiger schon früh angewöhnt, „all das, was ich auf den Berg raufschleppe, auch wieder runterzubringen.“ Wenn er sich da manchmal an die „Szene“ erinnert, die nach Demonstrationen am Bauzaun in Wackersdorf zurückblieb, ärgere er sich noch heute. Viel Verständnis, ja Respekt bringt Dr. Weinländer dagegen der Organisation „Greenpeace“ entgegen, wenn etwa Aktionen gegen die Dünnsäure-Verklappung auf hoher See oder gegen die Verwendung von Pestiziden durch Agrarkonzerne gestartet werden: „Diese grüne Wüste ist ähnlich schlimm wie Beton!“

Gerd Otto



Der ehemalige DWK-Vorstandsvorsitzende Günther Scheuten (ganz links), neben ihm sein Stellvertreter Carsten Salander. Der neue DWK-Vorstand wurde am 30. Juni 1987 gewählt.



Statt Plutonium sollen auf dem WAA-Gelände in Zukunft hergestellt werden: Küchengeräte (Wilden KG), Schleusentore (Noell GmbH), Autoteile (BMW) und Solarzellen (Siemens).
Luftbild: DWK

Vertrauensschaden

„...leider kann schon heute festgestellt werden, daß ein großer Vertrauensschaden – sowohl in der Politik als auch der Bevölkerung gegenüber, insbesondere in den Standortregionen – entstanden ist. Ich muß hier auch unsere eigenen Mitarbeiter mit einbeziehen. Wir wurden am 30. März 1989 erstmals unterrichtet. Kommunikationsdefizite beherrschen unsere Zeit. Die Frage nach dem Mandat wurde häufig genug gestellt. Das Vorgehen hat meines Erachtens doch im Übermaß das Verhältnis zwischen Industrie und Politik belastet, und zwar mehr, als es je der Anlaß rechtfertigen könnte. Ein Stück Kultur ging verloren. Die DWK hat in den vergangenen zwölf Jahren drei Nuklearstandorte erschlossen. Weit über den dienstlichen Umfang hinaus haben wir dort Freunde gewonnen. Menschliche Enttäuschung und Betroffenheit herrscht vor. Die Akzeptanzkrise um die friedliche Nutzung der Kernenergie ist eine Vertrauenskrise. All das scheint vergessen in Ansehung dieser Entwicklung. Die eigentliche Dimension der vor uns liegenden Frage ist gewiß nicht von allen erkannt worden.“

Dr. Wolfgang Straßburg,
DWK-Vorstandsmitglied am 11. Mai
auf der Jahrestagung „Kerntechnik 89“



Den Kampf verloren, den Glauben bewahrt

„Die Art des Vorgehens war menschenverachtend!“ Helmut Kumeth, Betriebsratsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen Wackersdorf (DWW) und Sprecher von 224 Mitarbeitern des im Taxöldorfer Forst geplanten Projekts, bleibt dabei, daß es unverantwortlich gewesen sei, noch acht Tage vorher den Wackersdorfer Gemeinderat eine Genehmigung beschließen zu lassen und dann den Ausstieg zu proklamieren. So könne man nicht mit engagierten Bürgern umspringen, meint das 55jährige CSU-Mitglied, das sich zu Beginn seiner DWW-Tätigkeit 1985 der Christlichen Gewerkschaft an-

geschlossen hatte. Kumeth ist von Haus aus Brauer, brachte es hier in seiner Jugend bis zum Bundessieger und hatte sich danach selbständig gemacht. Bei der DWW kümmert er sich nicht nur um die Interessen der Belegschaft, sondern ist daneben auch in der allgemeinen Verwaltung des Unternehmens tätig. Jetzt gehe es darum, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen und auf sozialen Ausgleich bedacht zu sein. Seine Kollegen seien äußerst diszipliniert, doch könne ebenso nicht übersehen werden, daß sich langsam Verunsicherung breitmache. Was derzeit fehle, seien konkrete Vorgaben, etwa welche Aufgaben künftig die DWW übernehmen werde oder in welcher Form die ohne Zweifel gesicherte Ausbildung vollzogen werden könne. Problematisch erscheint Kumeth die Situation vor allem für die „gelerten Wiederaufarbeiter“, zumal über das Schicksal der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe ebenfalls noch keine Klarheit herrsche. Wie sehr das Unternehmen gegenüber seinen Mitarbeitern eine moralische Verpflichtung empfindet, geht nach Auffassung des Betriebsratsvorsitzenden daraus hervor, daß einigen zu Beginn des Jahres engagierten Ingenieuren, deren Probezeit am 30. Juni endete, trotz der veränderten Situation nicht gekündigt worden war. Persönlich läßt Kumeth keinen Zweifel, daß er „einen Kampf verloren hat“. Doch den Glauben habe er sich bewahrt, meint er lächelnd und betont, wie sehr es jetzt darauf ankomme, den Schub der Stunde nun auch tatsächlich für die mittlere Oberpfalz zu nutzen.

Gerd Otto

Presse-Freiheit

Frei? Unabhängig? Überparteilich?

Zeitung machen für WAA-Gegner und für WAA-Befürworter

Wenn der – zugegeben etwas martialische – Vergleich des Bundesaußenministers Hans Dietrich Genscher stimmt, nach dem die Presse „die Artillerie der Freiheit“ ist, so haben die zurückliegenden Monate Gelegenheiten genug geboten, über die Treffsicherheit der Kanoniere nachzudenken. Die WAA in Wackersdorf hat Parteien und Parteiungen entzweit wie selten ein Thema zuvor. Sie hat zu einem Riß quer durch die Bevölkerung geführt. Sie hat einen Keil in Vereine, Organisationen, ja Familien getrieben, sie hat eine tiefe Kluft selbst in nach ihrem Selbstverständnis auf Einheit angelegten Institutionen aufgetan. Und sie hat auch Redaktionen, Journalisten in pro und contra Wiederaufarbeitung in Wackersdorf gespalten. Allerdings: die leidenschaftlichen Diskussionen innerhalb der Redaktionen haben nicht dazu geführt, daß die kühle Professionalität der Nachrichtengebung, des Sammelns, Verarbeitens und Weitergebens von Nachrichten über die WAA im weitesten Sinne gelitten hätte.

Dieses scheinbare Eigenlob ist schon deswegen nicht anrühlich, weil von solch bestandener Zerreiß- und Bewährungsprobe mit den Journalisten Hunderttausende von Lesern und Hörern profitieren, die – zu Recht – erwarten, präzise, schnell und wahrheitsgetreu informiert zu werden, und dies unabhängig davon, welche private Meinung der die Nachricht bearbeitende Redakteur haben mag. Die wird öffentlich erst in dem Augenblick, wenn sein Name unter einem Kommentar steht. Diese Spielregel journalistischen Arbeitens haben die Leser in der Oberpfalz in einer, die Redaktion beindruckenden Weise verstanden und mitgetragen – gegen manche Versuchung und gegen manche Pression. Eins wie's andere tendiert zwar zu der ebenso kurzschlüssigen wie bequemen Ansicht, nach der die „gute Nachricht“, damit der „gute Journalismus“ der sei, der die eigene Meinungsposition stützt und bestätigt und umgekehrt die Presseschelte dann anzuheben pflegt, wenn eine Nachricht oder gar ein Kommentar nicht im Sinne, nach der Meinung des Lesers ist. Es ist auch eine Erfahrung mit Wackersdorf, gespürt zu



Journalisten auf dem WAA-Gelände im Gespräch mit Joschka Fischer, dem ehemaligen hessischen Umweltminister der Grünen.

haben, einen wie unverzichtbaren und wie hohen Stellenwert eine freie, eine unabhängige, eine überparteiliche Presse hat. An einem „Groß-Thema“ haben exemplarisch Leser, hier: der Mittelbayerischen Zeitung, unmittelbar vor Ort überprüfen können, was ihre Zeitung aus den Ereignissen, an denen sie mit Verstand und Emotion Anteil nehmen, „gemacht“ hat. Leser haben ihre Kontrollfunktion auch gegenüber den Journalisten ausschöpfen können und dies aus eigenem, unmittelbarem Erleben heraus. In dem Maße, wie sie ihre eigene Betroffenheit in der Zeitung wiederfanden, haben sie wohl auch die Regeln einer pluralistischen Demokratie in der Zeitung akzeptiert: Nachrichten sind für alle da, Nachrichten sind für alle wahr, Nachrichten sind zu veröffentlichen – völlig unabhängig davon, wem sie dienen oder wem sie gefallen mögen. Sich mit Kommentaren auseinanderzusetzen, das dagegen barg und das birgt Konfliktpotential, auch zwischen Journalisten und Lesern. Doch dies sind argumentativ auszutragende Konflikte im Meinungsbereich, die die einen wie die anderen in der Erkenntnis voranbringen können. Daß Zeitung als Forum unterschiedlichster, auch diametral gegensätzlicher Meinungen und als Podium des Austragens eines öffentlichen Diskurses bewegender Themen angenommen worden ist, spricht für diese Leser, für die Kontrahenten – und ein ganz klein wenig auch für die Zeitung.

„Wackersdorf“ ist – neben vielem anderen – auch die Probe aufs Exempel, wie Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit miteinander gehen, oder eben auch nicht. Da ist die im Artikel fünf des Grundgesetzes garantierte Pressefreiheit. Da ist das gute Recht jedes einzelnen Lesers, eine Zeitung, die ihm nicht gefällt, abzubestellen. Da ist das Diktum des Bundesverfassungsgerichts vom 5. 8. 1966: „Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine regelmäßig erscheinende politische Presse für die Demokratie unentbehrlich.“ Da sind Verleger, die „innere Pressefreiheit“ so wörtlich ernst nehmen, daß Redaktionen

dem freien Spiel der (geistigen) Kräfte überlassen bleiben und keinen inhaltlichen Vorgaben unterworfen sind. Das alles sind, nimmt alles nur in allem, Regeln, die sich am konkreten, am von jedermann überprüfbar Fall bewährt haben. Nicht daß es an Versuchen gefehlt hätte, Druck auszuüben. Nicht daß es nicht die Versuchung gegeben hätte, auf autoritäre Strukturen zurückzugreifen, nach denen Verleger veranlaßt werden sollten, Redaktionen Meinungen zu diktieren. Nicht daß es nicht zu dem Mißverständnis gekommen wäre, nach dem die Richtigkeit eines Gedankens von der Zahl seiner Anhänger abhängig sei und umgekehrt Minderheiten nicht erhebliche Probleme gehabt hätten, mit Mehrheitsentscheidungen in demokratischem Geiste umzugehen: all das hat es im Zusammenhang mit Wackersdorf gegeben. Und doch: die bilanzierende Summe der Erfahrungen mit „Wackersdorf“ ist insgesamt gesehen doch positive: das Selbstbewußtsein der Bürger ist mit einer selbstbewußten Presse in einen oft schwierigen, nichtsdestotrotz aber fruchtbaren Dialog getreten.

Von dem mag und kann aber nicht reden, wer auf das Verhältnis zwischen Presse und Staatsgewalt blickt. Daß Parteipolitik Presse zum Büttel zur Durchsetzung eigener Interessen zu machen versucht, mag als zum Scheitern verurteilter Versuch hingehen, das um so mehr, als allgemeiner Realitäts-sinn genau dieses offensichtlich erwartet und wo nicht für richtig hält so doch auch nicht besonders krumm nimmt. Es wird zwar nicht richtigter dadurch, daß es immer wieder probiert wird, doch die Relevanz solcher Versuche hielt und hält sich innerhalb tolerierbarer Grenzen. Sehr viel schwieriger – und das ist eine zentrale Erfahrung rund um Wackersdorf – wird die Situation des Journalisten, wo Gesetzgebung und Rechtsprechung einen doch erheblichen Zeitverzug zur aktuellen Situation haben: in der Frage des Rechtes der Zeugnisverweigerung für Journalisten und des Schutzes für Unterlagen und Informationen gegen Beschlagnahme. Dieses Recht und dieser Schutz – so zum Beispiel der deutsche IPI-Vorsitzende Rainer von

Schilling in Berlin bei einer Tagung des International Press Institute – gilt nur für Material, das Journalisten von Dritten erhalten. Als „kleinen Mangel der Pressefreiheit“ führt er auf: „Recht und Schutz gelten nicht für selbstrecherchiertes Material. Vor allem Bildberichterstatte und Fernsehmitarbeiter werden zu ‚unfreiwilligen Hilfspolizisten‘, wenn die von ihnen aufgenommenen Personen damit rechnen müssen, daß auch nicht veröffentlichte Bilder in den Besitz von Polizei oder Staatsanwaltschaft kommen. Wird eine Redaktion auf Grund einer richterlichen Verfügung durchsucht, erweist es sich darüber hinaus als schwierig, geschütztes Material Dritter von nicht geschütztem eigenen Material zu trennen. Die informierende und kontrollierende Berichterstattung wird erschwert, wenn die für diese Arbeit unentbehrlichen Informationsquellen nicht geheimgehalten werden können...“ Genau in diese Lage sahen sich auch Regensburger Redakteure versetzt, als im Juli 1988 in der Redaktion der Mittelbayerischen Zeitung selbstrecherchiertes Material, hier: fünf Negativstreifen mit Bildern von einer Demonstration im Oktober 1987 in Wackersdorf, beschlagnahmt wurde. So eindeutig die Rechtslage, so heftig die Proteste von Verlegern und Journalisten: an der gesetzlichen Grundlage dieser Beschlagnahme hat sich bis heute nichts geändert. Bleibt nur – auch dies eine Folge von „Wackersdorf“, das dieses Problem vielleicht doch ins allgemeine Bewußtsein gerückt hat – der Appell an den Gesetzgeber, hier Abhilfe zu schaffen. Es ist ja nicht so, daß sich hier Journalisten vor der staatsbürgerlichen Pflicht „drücken“ wollten, an der Aufklärung von Straftaten (damals ging es um Ermittlungen gegen Berliner Polizeibeamte) mitzuwirken. Worum es einzig und allein geht und im Interesse einer Informationspflicht der Journalisten gegenüber der Öffentlichkeit auch nur gehen kann, ist, Journalisten bei ihrer Arbeit nicht zu behindern. Und es ist eine gravierende Behinderung ihrer Arbeit, wenn Teilnehmer einer Demonstration etwa – oder Polizeibeamte oder wer auch immer – damit rechnen müssen, daß Bilder eines Pressefotografen, auch die, die aus wohlerwogenen Gründen nicht veröffentlicht wurden, irgendwann gegen sie verwendet werden können. Denkt man hierzu noch die emotionale Aufgeheiztheit mancher Demonstrationssituation hinzu, müßte vollends deutlich werden, wie schnell in einen wie prekären Verdacht ein unabhängiger Journalist geraten kann, der nichts tut als seine Arbeit. Hier tut Abhilfe dringend not.

Wackersdorf wird im kollektiven Gedächtnis der Oberpfälzer noch lange, sehr lange eine Ereigniskette sein, die prägend auf Politikverständnis und eben auch Presseverständnis gewirkt hat. In Zustimmung und Ablehnung, in Solidarität und Verbitterung werden Gegner und Befürworter dieses Projekts sich auf lange Zeit hinaus auf ihre je eigenen Erfahrungen rund um Wackersdorf berufen. Die psychosoziale Befindlichkeit der Region wie auch die politische Gemengelage in der Oberpfalz werden wohl nie mehr sein wie sie waren. Ob das gut ist oder schlecht – wer wirklich mag dies heute am Beginn einer Zukunft ohne Wiederaufbereitungsanlage in der Oberpfalz ermesen? Zu komplex sind die Erlebnisse, zu dicht und hautnah noch die Erfahrungen, zu aufgewühlt die Stimmungslage, als daß heute mit Verbindlichkeit gesagt werden könnte, was morgen sein wird. Wackersdorf und die Folgen: welche Folgen das sein werden ist bei weitem nicht so klar als die Tatsache, daß Wackersdorf nicht folgenlos bleibt...

Kurt Hofner



„Der Zaun“: Symbol für die Auseinandersetzungen um die WAA. Der 4,8 Kilometer lange Zaun kostete elf Millionen, der Betongraben davor 15 Millionen Mark. Die restlichen Sicherheitsanlagen wie die Scheinwerfer und die Straße für den Sicherheitsdienst auf dem 110 Hektar großen eingezäunten Gelände waren noch einmal vier Millionen Mark teuer.

„Schreibt doch mehr über uns!“ Die Schwandorfer MZ-Redaktion und die „neue Dimension“

Beinahe auf den Tag genau vor zehn Jahren waren erste Gerüchte über ein atomares Zwischenlager aufgetaucht, das in Wackersdorf errichtet werden soll. Die Reaktion der Staatsregierung war kennzeichnend und unterschied sich nicht von den Beschwichtigungsversuchen, die in den nächsten Jahren immer wieder folgen sollten. Noch im Dezember 1980 sprach man im Umweltministerium davon, daß eine Wiederaufbereitungsanlage in der Oberpfalz abwegig sei. Nun trifft diese Aussage in ihrem eigentlichen Kerngehalt zu, war jedoch politisch gemeint und wie die Jahre danach zeigten, durchaus kein Hinderungsgrund, sich an dem Tauziehen um das Milliardenprojekt zu beteiligen.

Dieses hinhaltende Taktieren hatte uns in der Redaktion vor Ort hellhörig gemacht, denn halberzige Dementis, bestätigen mehr denn dementierten Inhalt, als sie ihn ausschließen. Eine Wiederaufbereitungsanlage nach Wackersdorf? Was bitte ist eine Wiederaufbereitungsanlage? Die Beschaffung von Informationsmaterial gestaltete sich keineswegs einfach. Hochglanzbroschüren der DWK waren schnell im Hause, doch wer ist der Ansprechpartner der Gegenseite?

rororo aktuell – „Atom Müll oder der Abschied von einem teureren Traum“ – erstmals mit diesem Thema konfrontiert und dann dazu noch diese comics; zugegeben, der Text stimmte nachdenklich, aber das kann doch alles nicht wahr sein. Inzwischen wissen wir längst, daß es sich um eine Wiederaufbereitungsanlage hätte handeln sollen. Inzwischen haben wir auch erfahren müssen, was dieses Kürzel „WAA“ wirklich bedeutet und daß sich darum herum Dinge abgespielt haben, von denen wir immer wieder aufs Neue sagten, das kann doch nicht wahr sein. Vieles, was für uns vor der WAA als selbstverständlich galt, war eben nicht selbstverständlich. Viele, theoretisch unstrittige Rechte, so unsere Erfahrung, waren bei denjenigen, die sie eigentlich hätten bewahren

sollen, nicht immer in den besten Händen. Leidvolle Erfahrungen haben einen schmerzlichen Erkenntnisprozeß bewirkt, bei uns, und wohl auch bei Tausenden von Menschen dieser Region, die Zeugen all der Vorkommnisse am und um das Baugelände wurden.

Die Redaktion traf das Thema WAA als es spruchreif wurde, nicht ganz unvermittelt. Trotzdem mußten wir uns erst innerlich darauf einstellen, daß wir hier ganz andere zeitliche und inhaltliche Dimensionen vor uns hatten, als dies bei Projekten unseres Raumes der Fall war, die damals in der obersten Kategorie angesiedelt waren. Wir sammelten unsere ersten Erfahrungen mit Großveranstaltungen, mit Demonstrationen von mehr als 20 000 Teilnehmern. Ängste und Befürchtungen, sie könnten unfriedlich verlaufen, teilten wir damals nicht.

Die Eskalation begann, als im Dezember 1985 auf dem Baugelände die ersten Bäume gefällt wurden. Von diesem Zeitpunkt an, hielten uns die Vorkommnisse am und um das Gelände im wahrsten Sinne des Wortes auf Trab. Im Wochenenddienste waren ab diesem Zeitpunkt kein „Feiertagsjob“ mehr, denn nach der Erledigung der normalen Sonntagsarbeit war der Gang zum Gelände obligatorisch. Kaum einmal kam es nicht zu Zusammenstößen zwischen aufgebracht WAA-Gegnern und Polizeikräften.

Der konfliktträchtige Stoff: Die BI und mit ihr Tausende von Bürgern wollten, daß eine WAA weder in Wackersdorf noch anderswo gebaut wird. Die Gegenseite hoffte auf Zeitgewinn, auf den Effekt, den sie sich durch „sachliche Information“ versprach. Dabei waren bereits auf diesem Gebiet im Vorfeld haarsträubende psychologische Fehler gemacht worden, die durch praktische und politische Ungeschicklichkeiten, einen möglicherweise vorhandenen Vertrauensbonus ins Gegenteil verkehrten.

Fortsetzung auf Seite 42



„Eine neue Dimension in der Oberpfalz“: Das beschauliche Schwandorf wurde wiederholt zum Schauplatz großer Demonstrationen.

Fortsetzung auf Seite 41

Verständlich, daß zu dieser Zeit versucht wurde, „der Presse“ Einseitigkeit vorzuwerfen. Die Gegner drängten uns, „noch mehr zu schreiben“, dabei füllten bereits zu dieser Zeit die Zeitungsausschnitte ganze Aktenordner. Die Befürworter pochten auf „Ausgewogenheit“, was immer sie darunter verstanden. Aber die Anzahl ihrer Veranstaltungen war wesentlich geringer und fand nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit wie Aktivierung der Gegenseite.

Auch in der Redaktion gab es verschiedene Meinungen zu dem Projekt, gab es selbst bei denjenigen, die der Anlage eher skeptisch gegenüberstanden, durchaus unterschiedliche Auffassungen über einzelne Aktionen, die sich um die WAA abspielten. Wir vereinbarten eine Linie, die sich letztlich bewährte und die wir auch (cum grano salis) durchhielten. Wir wollten und haben über alles informiert, was uns bekannt gemacht oder bekannt wurde. Wir haben alle Leserbriefe zu diesem Thema veröffentlicht. Wir beteiligten uns nicht an der Bewertung der technischen Problematik, da wir uns dazu nicht kompetent fühlten. Allerdings wollten wir alle bemerkenswerten Vorgänge kommentieren, die sich im Umfeld der versuchten Durchsetzung der WAA ereigneten. Und in diesem Bereich — dies stellte sich schnell heraus — war Stoff genug zu finden. Ahnungsvoll hatten wir bereits in einem der ersten Kommentare am 1. November 1981 geschrieben, „das Versteckspiel um die Nennung möglicher Standorte für die WAA in Bayern läßt in bezug auf eine offene Diskussion dieses hochbrisanten Themas nicht Gutes erwarten“. Tausende unserer Leser konnten diese Erfahrungen durch persönliche Erlebnisse und Erkenntnisse nachvollziehen.

Mit der Räumung der Hüttendorfer im Dezember 1985 und im Januar 1986 wurde wohl den meisten WAA-Gegnern klar, daß ihr

friedlicher Protest zwar zur Kenntnis, aber offensichtlich nicht ernst genommen wurde. Zu starr hatte sich die Staatsregierung auf das Projekt fixiert, zu sehr sollte wohl auch anderen Bundesländern gezeigt werden, was unter bayerischer Linie zu verstehen sei. Daß sie politisch und polizeitaktisch genauso gescheitert ist, wie die Versuche in anderen Bundesländern, echte Chaoten an Ausschreitungen zu hindern, hat sich nachträglich herausgestellt.

Die Politiker der Regierungspartei standen dem Phänomen der massenhaften Verweigerung in der Oberpfalz hilflos gegenüber. Auf einzelne Chaoten und Krawallmacher wurde geschoben, was doch inzwischen längst durch die breite Mehrheit, die Oberpfälzer getragen wurde. Diese Hilflosigkeit, die sich im Verschärfen, Draufhauen, in Forderungen nach „bessere Bewaffnung“ (gegen die eigene Bevölkerung) nach noch strengerer Überwachung und Aburteilung ausdrückte, hat das schwerste Erbe dieses Jahrzehnts hinterlassen. Tausende von Menschen wurden in ihrer Ohnmacht und Wut in eine innere Notlage gedrängt, die sie die Anwendung von Gewalt tolerieren, ja zum Teil sogar schützen ließen. Diesen fatalen Irrweg hätten verantwortungsbewußte Politik rechtzeitig erkennen und seine Beschreitung nicht zulassen dürfen.

Wir fragten uns nach den Pfingstkrawallen 1986, soll jetzt demnächst scharf geschossen werden? Doch die Durchhalteparolen wurden von den Befürwortern nicht aufgegeben. Die Polizei, auf deren Rücken die Nichtdurchsetzbarkeit ebenso ausgetragen wurde wie auf den Rücken der WAA-Gegner, schützte angeblich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland am Bauzaun. Dabei hat es in den Augen vieler Zeugen gerade durch die dort praktizierten Methoden mehr Schaden genommen, als in Jahrzehnten zuvor.

Auch an uns gingen die Dauereinsätze am

WAA-Gelände nicht spurlos vorbei. Nicht nur CN- und CS-Gas trieben uns manchmal die Tränen in die Augen. Die eigene Ohnmacht und die Ahnung davon, daß in Wackersdorf viel mehr kaputtgemacht wurde bei vielen Menschen, die gar nicht daran gedacht hatten, jemals an diesem Staat und seinen Repräsentanten zu zweifeln, machte manchmal mutlos. Schließlich noch der Einsatz der berüchtigten Berliner Polizeisondereinheit, die auch vor dem Niederknüppeln fliehender Medienvertreter nicht zurückschreckte, da hätte sich gerne mancher von uns zum zweimal wöchentlich erscheinenden „Landboten“ ins Oberbayerische versetzen lassen mögen.

Und dann, eher unvermittelt: Die WAA wird nicht benötigt. Da war die Verwirrung auf Seiten der Befürworter größer, als die Freude auf Seiten der Gegner. Sie trauten dem Frieden nicht. Schließlich war das Eingangslager bereits weitgehend fertiggestellt, seine Nutzung als Zwischenlager jedenfalls denkbar. Wiederholte gegenteilige Erklärungen der DWW/DWK stießen noch auf Skepsis. Die Ansiedlung der Wilden KG und schließlich vor allem von BMW zeigen den eindeutigen Trend, daß es in Wackersdorf keine Nuklearbetriebe geben wird.

Erstaunlich wie flexibel vormals vehemente Verfechter einer scheinbar unabdingbaren Konsequenz nun plötzlich, vielleicht sogar mit einem heimlichen Aufatmen, eine Entwicklung begrüßen, die der Region den sehnlichst erhofften Aufschwung bringen kann. Seit der Bekanntgabe der BMW-Ansiedlung sieht man das offensichtlich auch bei der Staatsregierung so. Schließlich attestiert Ministerpräsident Streibl der mittleren Oberpfalz jetzt noch bessere Zukunftsaussichten als mit der WAA. Unter diesen Voraussetzungen könnten die Wunden der letzten Jahre schneller vernarben.

Hans Kalischek

Steine, Knüppel, blanker Haß

MZ-Reportage über eine Wasserwerfer-Besetzung

Von Karl-Heinz Weigel

Schwandorf. „Habt ihr schon Whisky drauf!?“ Der Einsatzleiter fragt über Funk an und will wissen: Sind im 9000-Liter-Tank des Wasserwerfers „WaWe 9“ inzwischen Reizstoffe beigemischt, also CS oder CN. „Nein“, tönt die Stimme des Kommandanten, und dieser bittet die „Chaoten“ vom Schwarzen Block, die sich am Bauzaun der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf austoben, zum x-ten Mal: „Sind Sie halt nicht so aggressiv. Sonst müssen wir Reizstoff gegen Sie einsetzen.“

An diesem Sonntag vor einer Woche ist zunächst keine Randalie angesagt. Die Österreicher demonstrieren im nahen Schwandorf gegen die WAA, der Protest bleibt friedlich. Nach den blutigen Pfingstkrawallen, als die Polizei und mit ihnen elf Hundertschaften durch den Ansturm der kriminellen WAA-Gegner in die Defensive gedrängt war, scheint dieser 1. Juni 1986 „normal“ zu verlaufen; so man überhaupt von Normalität am WAA-Bauzaun sprechen kann. Wie stets hat Bereitschaftspolizei innerhalb des WAA-Zauns Stellung bezogen und harrt der Dinge, die an diesem sonnigen/regnerischen Sonntag (hoffentlich) nicht kommen sollen. Doch am Nachmittag gegen 16 Uhr fliegen wieder Steine und Molotow-Cocktails, Eisenbolzen und Knüppel. Die „Chaoten“ bauen ihr Feindbild erneut auf und rennen gegen die Staatsmacht an. Aber die ist nicht nur bewehrte Phalanx, uniform und in Block aufmarschiert, sondern zeigt Ängste und Emotionen – so war es 90 Minuten lang in einem „WaWe 9“ zu erleben, als sich vier Polizisten von der Bereitschaftspolizei Dachau für den Staat engagierten.

Der „WaWe 9“ ist seit etwa zwei Jahren auf dem Markt und ein Markenprodukt, doch nicht als „Panzer“ konzipiert, geschweige denn ausgerüstet. Das Kunststoffglas hält scharfen Schüssen nicht stand und fallen Molotow-Cocktails (Brandbomben) auf die Glaskuppel, können die Dichtungen schnell durchbrennen. Bei Reizstoffeinsätzen träneten die Augen der Beamten. Und nach kurzer Zeit schwitzt jeder in diesem Ungetüm wie in der Sauna. „Wir erreichen Temperaturen bis 60 Grad Celsius“, sagt der Kommandant und zieht sein Uniformhemd aus. Das gleiche tun der Fahrer und die beiden „Bediener“ in der erhöhten Reihe im Heck. Mit Hebeln auf einem kleinen Pult können sie die Wasserwerfer in jede gewünschte Richtung lenken. Der Strahl reicht 70 Meter weit und kann bis zu 18 atü stark sein, nur: der WAA-Bauzaun wirkt wie ein Sieb und bricht die Strahlkraft.

„Isolieren Sie die Chaoten“

Seit 5 Uhr morgens sind die vier Beamten, so um die 30 Jahre alt, schon im Einsatz und würden gern etwas anderes tun, als hier auszuharren. Aus ihrem Frust machen sie keinen Hehl und zeigen durchaus Verständnis für den Protest der friedlichen WAA-Gegner... weil mancher unter den Polizeibeam-



„Angst, Trauer und Erschöpfung“: Polizisten in der Deckung.

ten auch WAA-Gegner ist. Doch für die „Chaoten“, auf der Suche nach Profil vor der „Festungsanlage WAA“, haben die Ordnungshüter kein Verständnis. „Isolieren Sie die Chaoten“, fleht der Kommandant („Hier im Wasserwerfer gibt es keine Hierarchie“) und meint damit Neugierige, die den Kriminellen Deckung geben – gewollt oder nicht. Manchmal tauchen die friedlichen Zaungäste auch mit kleinen Kindern auf, die besonders gefährdet sind. „Sie schaden doch nur ihrer Sache“, klingt ein weiterer verzweifelter Appell an die Vernunft. „Seien Sie halt nicht so unvernünftig und entfernen Sie sich vom Zaun.“

Immer das gleiche Ritual. Der „WaWe“-Kommandant sagt über Außenlautsprecher seinen Dreisatz auf: 1. Unterlassen Sie die Gewalttätigkeiten! 2. Unbeteiligte, entfernen Sie sich! 3. Wir müssen jetzt Wasser einsetzen! Was auf die „Chaoten“ jedoch keinen Eindruck macht. Die Sägeversuche am WAA-Bauzaun gehen weiter, weiter werden Holzstangen gegen die Stacheldrahtrollen gerammt, weiter wird gebrüllt, gedroht, mit obszönen Gesten soll provoziert werden. „Die wollen vom Hintergrund bewundert werden“, weiß ein Werfer im Heck und spricht damit das breite Sympathisantenfeld an, das ähnlich der Kulisse im Fußballstadion mit Beifall und Pfiffen anspricht und animiert. Pausen in dem ständigen Hin und Her, das weiter Distanz und Gegnerschaft bewirkt, entstehen nur dann, wenn der Strahl direkt trifft und zur Flucht zwingt. Allerdings kann die Wasserwerfer-Besetzung das ihre dazu tun, um die Auseinandersetzung zu dämpfen oder zur Eskalation beizutragen. Reagiert die Besetzung sensibel, so setzt sie nur wenig Wasser ein und redet auf die gewalttätigen Demonstranten wieder und wieder ein, „geht die Luft“ ganz langsam raus und die „Chaoten“ laufen zu einem anderen Schauplatz, wo die Wellen höher schlagen.

Der Wasserwerfer steht nur wenige Meter weit vom WAA-Bauzaun entfernt und verändert seine Positionen nur selten, beispielsweise auf Funkbefehl hin oder um Wasser aufzutanken. Ansonsten steht er da wie ein Klotz an einer Festungsmauer, wuchtig und

beschränkt mobil. Dreierlei überrascht bei der „Pressefahrt“ im Wasserwerfer an vorderster Front: Die Polizeibeamten haben Angst, denn die heranfliegenden Steine und Brocken könnten vielleicht auch einmal das breite Panoramafenster durchschlagen und ein Gesicht treffen. Und dann überrascht das Aggressionspotential, das die „Chaoten“ (es sind wohl eher Straftäter, die Sachen beschädigen und Leben gefährden) da auf dem Schlachtfeld anschaulich machen. Schließlich überrascht auch die Geduld der Polizei, mit der um Vernunft und Einsicht gebeten wird. „Wir werden laufend fotografiert“, sagt der Kommandant und kommt sich vor „wie im Tierpark“. Als Entlastungsangriff greift er selbst zur Kamera, fotografiert einen aktiven „Chaoten“ und gibt eine Personenbeschreibung über Funk weiter.

Koexistenz ist unmöglich

„Wir müssen Wasser gegen Sie einsetzen!“ Der Spruch wird in vielen Wochen zur Routine und ist auf den „Chaoten“ gemünzt. Dieser schüttelt jede Drohung ab und demonstriert seine Wut in loser „Chaoten“-Gruppierung oder auch individuell als schlechter Unterhalter. Der Standort – vor dem WAA-Bauzaun oder dahinter – bestimmt das Bewußtsein scheinbar absolut und muß jeden Differenzierungsversuch zerschlagen. Eine friedliche Koexistenz von Polizist und „Chaoten“ schließt sich aus, wobei der blanke Haß im Angesicht des Wasserwerfers und im Einzelfall wahre Orgien feiert. Die Beamten dagegen werden in ihrer täglichen Routine stumm oder schimpfen, fluchen auch schon mal. Sie bemühen sich, auf die „Chaoten“-Angriffe möglichst abgestuft zu reagieren, wobei ihre Eindrücke von Angst, Abscheu, Trauer und Erschöpfung mitbestimmt werden. Sie verrichten hier am WAA-Bauzaun ihren Dienst, aber ungerne. Die „Chaoten“ legen eine Gegnerschaft und eine Verbissenheit an den Tag, die kaum zu bändigen ist und nichts anderes als Ausgrenzen zuläßt.

(MZ, 7./8. Juni 1986)

Wissenschaft

Unglaubliche Wissenschaftler?

Professoren der Universität Regensburg zum Ende der WAA

Die Auseinandersetzung um die WAA hat auch an der Universität Regensburg deutliche Spuren hinterlassen: „Die Wissenschaft hat sich teilweise unglaubwürdig gemacht, weil sie nicht sauber wissenschaftliche Fakten und persönliche Meinungen auseinandergelassen hat“, sagt Professor Gottfried Märkl (Chemie). Rund 300 Stunden lang haben sich die Naturwissenschaftler an der Universität in Vorträgen und Seminaren mit



Gottfried Märkl,
Professor für
Chemie an der
Universität
Regensburg

dem Thema Wiederaufbereitung auseinandergesetzt. Aber der Versuch herauszufinden, „bis zu welchem Punkt es eine gesicherte Beweiskette gibt, wo wir nicht emotional argumentieren können“, ist letztlich gescheitert. „Das war für mich eine Enttäuschung.“

Märkl sieht eine Krise jener Wissenschaftlern, „die sich übernommen haben, weil sie sich als Wissenschaftler zu weit aus dem Fenster gehängt haben“. Wegen der vielen Emotionen, die im Spiel gewesen waren, sei eine saubere Differenzierung zwischen wissenschaftlichen Tatbeständen und persönlicher Meinung nicht möglich gewesen. Grundsätzlich habe zwar jeder Wissenschaftler die Bürgerpflicht, zu einem solchen Projekt Stellung zu beziehen, „aber nicht im Namen des Instituts oder des Lehrstuhls, sondern als Bürger“. Viele hätten einfach ihren Professorentitel in die Waagschale geworfen.



Gustav Obermair,
Professor für Physik
an der Universität
Regensburg

Vizepräsident Professor Richard Bonart (Physik) argumentiert in ähnlicher Weise, wenn er feststellt, daß auf ein Projekt wie die WAA nicht die Universität als Ganzes, sondern viele einzelne reagieren würden. Die Ablehnung durch die Physik sei nicht so allgemein gewesen: „Es schien, daß die Physiker in Regensburg dagegen waren. Das war nicht so der Fall.“ Bonart vermutet sogar, daß viele das Ende des Projekts bedauern würden, denn „es wäre ein Innovations Schub gewesen“. Man müsse darüber nachdenken, wenn ein Projekt ums andere ins Ausland abwandere.



Martin Creuzburg,
Professor für Physik
an der Universität
Regensburg

„Wer sich vor drei Jahren in die Öffentlichkeit begab, hat nicht an den Technologiestub gedacht“, hält der engagierte WAA-Gegner Professor Martin Creuzburg (Physik) dagegen. Vielmehr habe man sich mit dem physikalischen Hintergrund auseinandergesetzt. „Damals hat man nicht die Gefahr gesehen, daß etwas ins Ausland abwandert. Es ging vielmehr darum, wie diese Technik in der Wissenschaft dastand. Und das hat sehr bedenklich gestimmt“.

Professor Gustav Obermair (Physik) gibt Märkl grundsätzlich recht, daß auch ein Physiker als zwar relativ gut informierter, aber doch nur als Bürger sprechen kann. Gerade das habe er aber immer wieder versucht, klarzustellen. „Man kann sagen, daß ein Teilkomplex beherrschbar ist. Aber eine solche Sache setzt sich aus vielen Teilen zusammen, das läßt sich insgesamt nicht genau wissenschaftlich beantworten“. Am Ende der Bemühungen, das große Feld von Meinungen zu übersehen, stehe letztlich ein persönliches Meinungsbild.

Vizepräsident Bonart erinnert daran, daß zu guter Letzt doch die Meinung entstanden sei, daß das Projekt „naturwissenschaftlich abzulehnen sei“. Wer in einer solchen Frage seine Meinung sage, „muß sie persönlich verantworten und darf nicht für die Physik sprechen“.

Einigkeit besteht unter den Wissenschaftlern, daß die verschiedenen Meinungen nicht durch materielle Abhängigkeiten vorgegeben waren. „Die Universität Regensburg hat zwar



Richard Bonart,
Professor für Physik
und Vizepräsident
der Universität
Regensburg

große Wünsche, aber sie ist hinreichend gut ausgestattet und muß nicht darauf schielen, ob von der Wirtschaft etwas kommt“, so Professor Obermair. Professor Märkl nimmt für sich in Anspruch, immer die kritische Distanz zur DWK eingehalten zu haben. Die DWK habe nur die Vortragenden bezahlt, sonst sei im Namen der DWK „keine müde Mark geflossen“.

Die Diskussionen an der Universität Regensburg hätten beispielsweise dazu geführt, daß die DWK letztlich den Auftrag bekam, eine Krypton-Rückhaltung zu errichten. Und bereits 1985 habe man einen Vortrag zur Bedeutung der Wasserstofftechnik veranstaltet. Den Vorwurf, daß die Wissenschaft im Elfenbeinturm saß, wollen die Regensburger Naturwissenschaftler deshalb auf keinen Fall auf sich sitzenlassen. Mit Soziologen zusammen habe man sogar über die Akzeptanzprobleme diskutiert.

Für depremierend hält es Märkl, daß die Wiederaufbereitung nun an einen weniger sicheren Ort verlegt wird. Jetzt werde sogar überlegt, die „Dreckschleuder“ Sellafeld in England für die Aufarbeitung deutscher



Professor
Manfred Liefänder,
Dekan der Fakultät
für Chemie und
Pharmazie an der
Universität
Regensburg

Kernbrennstäbe zu nutzen. Möglicherweise werde sich das Aus für die WAA noch als „Phyrrussieg“ erweisen.

Professor Manfred Liefänder, Dekan der Fakultät für Chemie und Pharmazie, erinnert



„Die Wissenschaft ist teilweise unglaublich geworden“: MZ-Gespräch mit Professoren in der Universität Regensburg.

an die Anfänge der Kernenergienutzung. 1971 seien die Prognosen des Club of Rome bestimmend gewesen, und die Vorhersagen hätten gelaute, wenn man das wenige Uran ausnützen wolle, brauche man den schnellen Brüter und die WAA. In der Ölkrise sei dann der Vorwurf gekommen: „Warum habt ihr mit den Kernkraftwerken solange gebraucht?“ Im Rückblick stellt Obermair fest, daß es sich um große Zukunftsvisionen gehandelt habe, an denen auch die Physiker beteiligt waren. „Es ist bedenklich, wenn aus der Wissenschaft Visionen werden“, warnt der Physiker.

Heute hat die Wissenschaft nach Meinung von Obermair die Pflicht, darauf hinzuweisen, „daß rund 20 Kernkraftwerke in Betrieb sind und wir einen Berg von 10 000en Tonnen radioaktiven Abfall vor uns herschieben“. Wie Endlagerung aussehe, wisse heute noch niemand auf der Welt. „Die Frage der Weiterbehandlung ist des Schweißes der Edelsten wert, obwohl die Abfallbeseitigung nicht sehr prestigereich ist.“

Daneben stellt sich die Frage nach der weiteren Entwicklung in Wackersdorf. Wenn es etwas gibt, an dem sich die Universität beteiligen könne, solle sie grundsätzlich darüber nachdenken, sagt Vizepräsident Bonart, der für diese Frage eine Senatskommission einsetzen möchte. Die Universität müsse sich aber in einer Dimension beteiligen, die „ihr entspricht“, so Märkl. „Es wäre ein Unsinn, einen Lehrstuhl in den Wald zu setzen“.

Peter Brielmaier

Professor Armin Weiß: Wissenschaft gegen die WAA

Professor Dr. Dr. h. c. Armin Weiß (auf unserem Bild mit dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Otto Schily) war zweifellos eine der markantesten Figuren im WAA-Widerstand. Weiß, der am 5. November 1927 in Stefling bei Regensburg geboren wurde, ist Professor für anorganische Chemie an der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Zu den internationalen Auszeichnungen des Wissenschaftlers gehören unter anderem die Mitgliedschaft bei der New Yorker Akademie der Wissenschaften (1979) und die medal d'hommage der Universität Brüssel (1963). Die Gesellschaft Deutscher Chemiker zeichnete Weiß 1981 mit dem Liebig-Preis aus.

Weiß wandte sich von Anfang an entschieden gegen die Pläne einer Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz und begründete dies mit dem seiner Auffassung nach enormen Risiko, das eine solche Anlage für die Bevölkerung bedeute. Der Landtagsabgeordnete Armin Weiß, Vater von vier Kindern und Großvater, ist Mitglied des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag. Während der Verhandlungen um den WAA-Bebauungsplan im Januar 1988 wurde tagelang die Frage diskutiert, ob die tiefen Grundwasserschichten in der Bodenwöhrer Senke bei ei-



nem schweren Unfall in der WAA radioaktiv verseucht würden oder nicht. Ein Prozeßbeobachter der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung aus Neuherberg bei München bezeichnete damals die Argumente, die Weiß gegen die positiven Gutachten der zuständigen Behörden ins Feld führte, als „brillant“.

Ausstieg

Ein Abweichler und seine SPD

WAA-Befürworter Wolf ist enttäuscht von den Genossen



Xaver Wolf,
SPD-Landtags-
abgeordneter aus
Hainsacker und
WAA-Befürworter

„Die WAA-Gegner dürften über die neue Entwicklung rund um Wackersdorf eigentlich nicht glücklich sein!“ Schließlich werde das Problem nach Auffassung des SPD-Landtagsabgeordneten Xaver Wolf nur verlagert, noch dazu an Standorte, wo die Belastung für die Umwelt zweifellos entscheidend höher sein werde. Wäre die SPD konsequent in bezug auf ihre Forderung nach der direkten Endlagerung im Vergleich zur Wiederaufarbeitungstechnik, dann müßte sie sich z. B. mit der Suche nach einem Standort für die Konditionierungsanlage befassen und damit auch mit der Frage: Warum nicht Wackersdorf? Der sozialdemokratische Politiker, wegen dessen Mitgliedschaft im Standortbeirat der DWW es sogar zu einem Parteiausschlußverfahren gekommen war, zeigt sich mit Blick auf die letzten Jahre am meisten von dem Fanatismus erschüttert, mit dem die Kontroverse um die WAA betrieben worden sei. Auch wenn er sich fest davon überzeugt gibt, daß sechs Leute aus zwei Ortsvereinen „nicht die Partei“ sind, so hat er jetzt einen Schlußstrich gezogen: „Ich werde künftig kein Mandat mehr übernehmen!“

Zwar rügt Wolf die „vornehme Zurückhaltung der Bosse“ (die der Politik die Drecksarbeit aufgebürdet hätten), dennoch sei er überzeugt, daß die Entscheidung der Stromwirtschaft richtig gewesen ist. Das Angebot aus Frankreich müsse aus volkswirtschaftlichen Gründen als „unschlagbar“ angesehen werden, „zumal die Milliarden nur einmal zur Verfügung stehen“. Seine inzwischen von der Mehrheit der eigenen Partei abweichende Position begründet der ehemalige ostbayerische Bezirksvorsitzende nicht zuletzt auch mit seinem Ingenieurberuf. Er habe Vertrauen in das durch die Technik Machbare, was man jedoch nicht mit unkritischem Fortschrittsglauben verwechseln dürfe. „Als andere für Kernenergie waren“, erinnert sich Wolf, „habe ich ständig auf die Risiken verwiesen und den Einbau von Sicherungen gefordert.“ Diese Notwendigkeit des Abwägens werde immer bestehen, meint der Parlamentarier, und verweist auf die jetzt so viel gepriesene Wasserstoffwelt: „Da wird es noch eine Menge Probleme zu bewältigen geben!“ Ohne Ingenieurfleiß, so seine feste Überzeugung, gehe es nicht, und ausblenden aus der Entwicklung sei ebenfalls kein gangbarer Weg.

Auf die Frage, warum gerade der einstigen „Fortschrittspartei“ SPD moderne Technologien so viel Kopfschmerzen verursachen, verweist Wolf auf die Strukturveränderungen der Sozialdemokratischen Partei. Hier gebe es nur noch sehr wenige Praktiker oder entsprechend Ausgebildete, die SPD sei inzwischen eine Partei der Akademiker geworden, noch dazu mit deutlichem Übergewicht der Geisteswissenschaftler. Dabei wendet sich Wolf keineswegs gegen Sensibilisierung, vielmehr sei kritische Distanz ganz besonders dringend nötig. Als Beispiel für eine ausgiebige Prüfung der Technik-Folgen nennt Wolf etwa die Gen-Technologie. Doch: „Bei all diesen Fragen muß irgendwann einmal auch entschieden werden!“ Gerd Otto



Genossen am Zaun: Der bayerische SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann (links), Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau und Landrat Hans Schuierer.

SPD mit „begrenzter“ Kernenergie

„Die Eckwerte einer SPD-geführten Bundesregierung sind: Die Grundrichtung weg vom Öl, entschiedene Anstrengungen zur besseren Nutzung und Einsparung von Energie, die Erschließung erneuerbarer Energieträger, Vorrang der heimischen Kohle vor der Kernenergie in der Wärmeversorgung und bei der Stromerzeugung. Begrenzte Nutzung der Kernenergie zu genau umrissenen Sicherheitsbedingungen subsidiär zur Kohle bei gleichzeitigem Offenhalten der Möglichkeit, daß langfristig auf Kernenergie verzichtet werden kann. Die Zukunft der Kernenergie hängt zunächst ab von der tatsächlichen Lösung der Entsorgungsprobleme. Am Ende dieses Jahrzehnts ist der Betrieb von Kernkraftwerken immer weniger zu verantworten, wenn keine Entsorgung im Inland oder neue gesicherte Entsorgungsmöglichkeiten im Ausland nachgewiesen werden.“

(Aus dem Programm der SPD für die Bundestagswahl 1983, beschlossen beim Wahlparteitag am 21. Januar 1983 in Dortmund)

Die SPD ohne Atomkraft

Die SPD hat seit über einem Jahrzehnt stellvertretend für große Teile der Gesellschaft eine sehr ernsthafte Diskussion über die Zukunft unserer Energieversorgung geführt. Wir sind 1984 – also zwei Jahre vor der Katastrophe von Tschernobyl – zu dem Ergebnis gekommen, daß die Nutzung der Kernenergie nur noch für eine Übergangszeit zu verantworten ist. Gerade nach Tschernobyl geht es um die grundlegende Frage, was die Politik den Menschen an Risiken auferlegen darf und will. Wir Sozialdemokraten bekräftigen unsere Position: Wir wollen eine umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung ohne Atomkraft.

Wir werden auf der Grundlage der Beschlüsse unseres Parteitags in Nürnberg einen Stufenplan für einen Weg in eine Energieversorgung ohne Atomkraft vorlegen. Wir werden das Atomgesetz novellieren, den Schnellen Brüter in Kalkar nicht in Betrieb nehmen und den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nicht fortsetzen. Für bestehende Atomkraftwerke wird der Nachweis einer Entsorgungsvorsorge auf dem Weg der direkten Endlagerung gesetzlich vorgeschrieben. Wir werden mindestens einen weiteren Endlagerstandort auswählen und auf seine Eignung untersuchen. Wir werden das Energiewirtschaftsgesetz, das Kartellgesetz und die Bundestarifordnung Elektrizität diesen Zielen entsprechend ändern.

(Aus dem Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 1987, beschlossen beim Parteitag in Nürnberg vom 25. bis 29. August 1986)

Strauß ohne WAA-Ehrgeiz

„Bei dem Projekt in Wackersdorf handelt es sich um den Vollzug des Entsorgungskonzeptes des Bundes und nicht um ein ehrgeiziges Anliegen der Bayerischen Staatsregierung. Ich habe deshalb um klare und schleunigste Mitteilung gebeten, wenn die Bundesregierung will, daß die Bayerische Staatsregierung dieses Projekt aufgibt und den polizeilichen Schutz einstellt.“

(Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem Brief an den Vorsitzenden des CSU-Kreisverbandes Schwandorf, Otto Zeitler, April 1988)

WAA

Alphabet



A Anarchisten, Atomkraftbefürworter, Atomkraftgegner, Atommafia, Angst;

B Bannmeile, Baustopp, Bischof für alle, Blut, Bullen;

C Caesium, Chaoten, Castor, Chemiefabrik, CS/CN;

D Demokratie, Demokatur, Demontage, Desinformation, Diktatur;

E Eiertanz, Einsätze, Energie, Ermittlungen, Eskalation;

F Fahrradspeichenfabrik, Faustrecht, Festival, Freistaat, friedlich;

G GAU, Gewalt, Gorleben, Größenwahn, Gummigeschosse;

H Hau' weg den Scheiß, Helikopter, Hetze, Horden, Hüttendorf;

I Ideologen, Idioten, industriegewohnt, industriehörig, Irrsinn;

J Jagdszenen, Ja-Sager, Jod, Judas, Justiz;

K Kontrollen, Krähenfüße, Krawalle, Kreuzzug, Kriminelle;

L La Hague, Landfriedensbrecher, Langhaarige, Leibeigene, liberalitas, Lügen;

M Manipulationen, Marterl, Maulkorb, Mob, Molotowcocktails;

N Nanogramm, Naturschützer, Neunburg, Niederlage, Nörgler;

O Objektivität, Obrigkeit, Opfergang, Ordnung, Ökopapst;

P Panikmache, Plutonium, Propaganda, Polizeistaat, Psychoterror;

Q Querulanten, Querköpfe, Querelen;

R Razzien, Rädelsführer, Riesensauerei, Rodung, Rückbau;

S Sachzwang, Salamtaktik, Spaziergänge, Selbsteintritt, Sprengen;

T Taktik, Teufelswerk, Totalität, Tote, Trittbrettfahrer, Tschernobyl;

U Umtriebe, unglaublich, Unterbindungsgewahrsam, unverschämt, Uran;

V Veiba, verblendet, Verbrecher, Verfahren, Vertrauen;

W Wackersdorf, Waffen, Wahnsinn, Weiterbau, Widerstand, „wenn's wos gscheid's waar, kammads ned zu uns“;

X Xenon;

Z Zaun, zerbrochen, Zerstörungswut, Zwillen, zynisch.



Hunderttausende von Bürgern gingen immer wieder auf die Straße, um ihre Meinung gegen die WAA in der Oberpfalz friedlich kundzutun. Gewalttäter waren stets eine zahlenmäßig verschwindend kleine Minderheit. Allein zu den sieben Anti-WAAhsinnsfestivals in Teublitz und Burglengenfeld (unteres Bild) mit berühmten Pop- und Rockmusikern, die zwischen 1980 und 1989 stattfanden, kamen 160 000 Menschen.





MITTELBAYERISCHE DRUCKEREI- UND VERLAGS-GESELLSCHAFT MBH REGENSBURG
8400 Regensburg I · Postfach 178 · Kumpfmühler Straße 11
Telefon (09 41) 20 70 · Telefax (09 41) 2 71 73 · Telex 6 5 841
Telefonische Anzeigen-Annahme (09 41) 2 50 05 · Zeitungs-Zustellung (09 41) 20 77